Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 223 September / Oktober 2022 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 223 September/Oktober 2022



»Wir haben uns vereint, wir haben alles überlebt, wir sind hier«, sprachen Kurd:innen 99 Jahre nach Vertragsunterzeichnung in Lausanne im selben Saal. Foto: ANF



Täglich greift die Türkei Rojava/Nordsyrien mit Drohnen und Artillerie an. Die Bevölkerung antwortet mit Protesten und ruft weltweit zur Solidarität auf. Foto: anha



Die kurdische Bevölkerung in Europa demonstriert nahezu täglich gegen die Invasion der Türkei und den Einsatz verbotener chemischer Kampfstoffe. Foto: riseup4rojava

Liebe Leser:innen,

Mitte Juli reiste Erdoğan nach Teheran, um sich mit dem iranischen Präsidenten Raisi und dem russischen Präsidenten Putin zu treffen. Anfang August folgte ein weiteres Treffen Erdoğans mit Putin, diesmal im russischen Sotschi. Bei beiden Treffen war das Thema Syrien ganz oben auf der Tagesordnung, doch beide Male scheint der türkische Präsident ohne grünes Licht für einen erneuten Angriffskrieg in Rojava (Nordsyrien) abgereist zu sein.

Folgenlos blieben die Treffen jedoch nicht, und Grund zur Beruhigung gibt es ebenso wenig. Denn der Drohnenterror und die militärischen Aggressionen des türkischen Staates in Nordsyrien wurden in den letzten Wochen massiv intensiviert. Die Demokratischen Kräfte Syriens sprechen von insgesamt 3763 türkischen Angriffen gegen Rojava, allein seit Anfang des Jahres (Stand 13.8.). Während also alle gespannt darauf zu warten scheinen, ob die Türkei grünes Licht für die angekündigte Invasion erhält, findet bereits seit geraumer Zeit ein Krieg niederer Intensität statt. Die anhaltenden Angriffe des türkischen Staates destabilisieren die Region und schwächen den Kampf gegen den IS. Sie tragen aber auch dazu bei, dass das Baath-Regime sich gegenüber der Selbstverwaltung in Stellung bringen kann. Der Türkei ist das durchaus recht. Denn das einzige Ziel der Syrienpolitik des AKP-Regimes ist die Zerschlagung der Autonomen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. In Ankara wird auf Regierungsebene bereits Bereitschaft für eine politische Einigung mit dem lange verteufelten Baath-Regime signalisiert. In den türkisch besetzten Gebieten Nordsyriens ging die Bevölkerung hingegen auf die Straße, um gegen diese Signale Ankaras zu protestieren.

Heftige Proteste gegen den türkischen Staat gab es in den letzten Wochen auch im Irak, nachdem die Türkei bei einem Angriff in Südkurdistan neun arabische Tourist:innen getötet hatte. Binnen kürzester Zeit demonstrierten tausende Menschen vor türkischen Einrichtungen im Irak und verbrannten türkische Fahnen. Forderungen nach einem sofortigen Rückzug der türkischen Armee aus Südkurdistan wurden laut. Dass der Irak aufgrund interner Machtkonflikte kurze Zeit darauf wieder in eine politische Krise stürzte, wurde in Ankara sicherlich mit Wohlwollen aufgenommen, weil man dadurch nicht mehr in der Schusslinie stand.

Und dann war da noch der Besuch der deutschen Außenministerin Baerbock bei ihrem Amtskollegen Çavuşoğlu in der türkischen Hauptstadt. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz nach dem Treffen richtete sie deutliche Kritik an den NATO-Bündnispartner, vor allem in Bezug auf die türkischen Kriegsdrohungen gegen Nordsyrien/Rojava. Für ihre Worte fand sie viel Beifall, auch von den Vertreter:innen der HDP, mit denen sie sich am Folgetag traf. Offen bleibt allerdings die Frage, ob und wenn ja, was für Taten auf ihre Worte folgen werden? Dem andauernden türkischen Drohnenterror in Rojava sieht die Bundesregierung nämlich genauso tatenlos zu wie dem Chemiewaffeneinsatz der türkischen Armee in Südkurdistan.

Ob die Bundesregierung eine klare Haltung gegenüber den Verbrechen des türkischen Staates in Kurdistan einnehmen wird, bleibt also zumindest zweifelhaft. Unzweifelhaft hingegen ist, dass neben den Kurd:innen auch immer größere Teile der arabischen Bevölkerung im Mittleren Osten ihren Widerspruch zur türkischen Kriegs- und Expansionspolitik zum Ausdruck bringen. Wenn es uns gelingt, auch von Europa aus, die militärisch-politische Unterstützung für Ankara zu stoppen oder mindestens zu begrenzen, könnten die Tage des AKP-Regimes vielleicht schon bald gezählt sein.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Machtkriege dehnen sich weiter aus

Nilüfer Koç, Sprecherin der Kommission für Außenbeziehungen des Kurdistan Nationalkongresses (KNK)

Auf dem NATO-Gipfel im Juni 2021 unter dem Motto NATO 2030 wurde sowohl die neue Vision als auch Strategie des Militärbündnisses für das nächste Jahrzehnt festgelegt. Um den »Weltfrieden« zu ermöglichen wurden namentlich China, Russland und Iran zu »Feinden des Friedens« erklärt. Es folgte im Februar 2022 der Ukraine-Krieg, der, wie es scheint, ein Krieg zwischen der NATO und Russland ist, der über die Ukraine geführt wird. Die Ukraine wurde zu einem Pufferzonen-Staat in diesem Machtkrieg gemacht. Es ist den USA gelungen, innerhalb der NATO führende EU-Staaten in diesen Krieg einzubeziehen. Nun kann gesagt werden, dass die EU mit diesem Krieg beschäftigt wird und den Auftrag hat, Russland über die Ukraine zu zähmen und in das Machtgefüge der NATO d.h. der USA zu unterstellen. Es ist ein Machtkrieg. Das Problem der Energiezufuhr wie die Gaslieferungen aus Russland ist eine Konsequenz, mit der allerdings die Bevölkerung in Europa beschäftigt werden soll. Diese Konsequenz ständig über die Mainstream-Medien in den Vordergrund zu stellen, dient vor allem dazu, die Urheber des Krieges zu decken. Metaphorisch ausgedrückt bedeutet dies, den Karren vor das Pferd zu spannen.

Es ist den USA tatsächlich gelungen, Russland in eine Sandwich-Position zu versetzen. Der russische Präsident Wladimir Putin wurde vor zwei Alternativen gestellt: entweder die Ukraine zu besetzen, oder Russland würde angegriffen werden. Putin hat unter Missachtung des internationalen Rechts die Ukraine besetzt, um sein Land jenseits seiner Grenzen zu verteidigen. Die Ereignisse zeigen, dass die Ukraine als neuer Pufferzonen-Staat noch lange Zeit die globale Politik befassen wird. Vor allem ist die EU hierdurch gefangen genommen worden, was einen Einschnitt in ihrer Entwicklung bedeutet.

Als beteiligte Staaten die ukrainischen Flüchtlinge aufzunehmen entschuldigt nicht die Beteiligung an der Eskalation, die z diesem Krieg führte. Den Ukrainer:innen zu helfen, müsste bedeuten, alle Wege zur Beendigung des Krieges zu suchen. Es hilft auch nicht, die Opposition im eigenen Land entweder dem Putin- oder dem NATO-Lager zuzuordnen. Im 21. Jahrhundert wird der 3. Weltkrieg noch weitere Länder zu Pufferzonen neuer Kriege machen. Um dies zu verhindern, ist es wichtig, den 3. Weltkrieg in seiner Gesamtheit zu verstehen. Die existentielle Frage »Quo vadis Menschheit« kann dabei helfen, sich eine allgemeine Frage zu stellen. Nicht nur die Ukraine, sondern viele Länder befinden sich im Umbruch in diesem 3. Weltverteilungskrieg.

Countdown für Erdoğan läuft

Die gefährliche Eskalation des türkischen Staates in Politik und Krieg geht weiter. Bis zum 24. Juli 2023 sind es jetzt nur noch Monate. Der türkische Präsident Erdoğan spricht seit Jahren über seinen Traum einer großen Türkei. Am 24. Juli 2023 wird der Lausanner Vertrag 100 Jahre. Außerdem jährt sich im Oktober 2023 auch die türkische Republikgründung durch den »Vater der Türken« Mustafa Kemal Atatürk zum 100. Mal. Bis Juli 2023 möchte Erdoğan die türkischen Staatsgrenzen des Nationalpakts von 1921, den Atatürk nicht vollenden konnte, realisieren. 2023 stehen auch Präsidentschaftswahlen in der Türkei an. Da Erdoğan nochmals gewählt werden will, muss er für den türkischen Staat bis dahin einen Erfolg verzeichnen. Ansonsten droht ihm das Schicksal, das seinen Vorgängern wie Bülent Ecevit, Turgut Özal, Necmettin Erbakan widerfahren ist. Diese erfüllten ihre Staatsautorität nicht entsprechend der Bedürfnisse und Vorgaben des »tiefen Staates«. Der tiefe Staat, der augenscheinlich konspirativ wirkt, besteht aus ideologischen Kadern, die seit İttiḥâd ve Teraḳḳî Cemʿiyeti (Komitee für Einheit und Fortschritt[1]) einen wichtigen Kern des Staates bilden. Zusätzlich zu diesem wurde in den 1970er Jahren die sogenannte Ideologie des İttiḥâd ve Teraḳḳî Cemʿiyeti durch die Erweiterung in Form der türkisch-islamischen Synthese entwickelt.

1 Das Komitee für Einheit und Fortschritt (İttiḥâd ve Teraḳḳî Cemʿiyeti), auch bekannt als Ittihadisten, war eine politische Organisation im Osmanischen Reich. Es war die treibende Kraft hinter der konstitutionellen Revolution von 1908 und dem Völkermord an den Armenier:innen und regierte mit kurzer Unterbrechung von 1908 bis 1918. Es war die mächtigste und langlebigste Partei der Bewegung der Jungtürken. Quelle: wikipedia.org

Erdoğans Ära ist begleitet von radikalen Umwälzungen, vor allem seit dem »arabischen Frühling« und insbesondere seit der Syrien-Krise, in der Region des Mittleren Ostens sowie global. Das durch die Umwälzungen entstandene Vakuum im Mittleren Osten muss Erdoğan auf den »tiefen Staat« hin ausrichten. Hierfür wurde ihm erlaubt, die Staatsstrukturen zu zentralisieren. Das präsidiale Regierungssystem, das seit 2018 existiert, hat die Legislative, Judikative und Exekutive entmachtet und die Macht auf Erdoğan konzentriert. Er hat eine Clique von »Politikern« und »Experten« um sich gesammelt, um diese Aufgabe zu erfüllen. Durch hohe Gehälter und Löhne hat sich innerhalb dieser Clique schrittweise Korruption entwickelt, was gegenwärtig innerhalb der Bevölkerung thematisiert wird. Zudem wurde der Nepotismus[2] gefördert. Für die Aufbesserung der Staatskasse wurde die Nähe zur Mafia gesucht. Staatlich geförderter Drogenhandel, Geldwäsche etc. haben ein weites Netz zwischen Staat und Mafia gesponnen. Einige im Umfeld von Erdoğan befinden sich wegen des Vorwurfs der Geldwäsche zurzeit in den USA in Haft. Fast jede Woche gibt Erdoğan Aufträge an Meinungsforschungsinstitute, um die Tendenz der kommenden Wahl in Erfahrung zu bringen. Auch haben sich viele Gründungsmitglieder der AKP von Erdoğan getrennt, und ihre kritischen Stimmen werden lauter. Auch der Koalitionspartner, die ultra-nationalistische MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung), ist stark angeschlagen. Bis auf Kurd:innenfeindlichkeit und türkischen Nationalismus hat diese Partei politisch nichts zu bieten. Ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli hilft Erdoğan, Drohungen gegen Kurd:innen und Oppositionelle und kritische Stimmen aus dem Ausland auszusprechen.

Sechserbündnis keine Opposition, sondern reaktionär

In der türkischen Politik fehlt es, ausgenommen die HDP (Demokratische Partei der Völker), an einer seriösen Opposition. Es hat sich eine Koalition aus CHP (Republikanische Volkspartei), İyi Parti (Gute Partei), Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit), DP (Demokratische Partei), DEVA Partisi (Partei für Demokratie und Fortschritt) und Gelecek Partisi (Zukunftspartei) gebildet, die angeblich die Schwächung der AKP-MHP-Koalition zum Ziel hat. Was aber realpolitisch dieser Sechser-Pakt macht, ist, auf Erdoğans Aktionen zu reagieren. Ein eigenständiges Konzept zur Lösung der Probleme des Landes hat das Sechserbündnis nicht. In ihrer Distanz zur HDP sind sie ähnlich wie ihre sogenannten Gegner. Dabei ist das Kernproblem der Türkei ihr »Kurdenproblem«, wofür die HDP eine Alternative zu bieten hat. Die HDP schlägt im Gegensatz zu ihnen eine Alternative für die Demokratisierung des Landes vor. Aber dem Sechserbündnis geht es um einen Machtwechsel, weniger um eine Systemkritik mit dem Ziel einer Demokratisierung. Ohne sich der »kurdischen Frage« anzunehmen wird es dem Bündnis sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch nicht gelingen, eine Opposition zur Kurd:innenfeindlichkeit des AKP-MHP-Regime zu stellen. Denn in der Ära von Erdoğans AKP ist der Umgang mit der »kurdischen Frage« Teil der außenpolitischen Strategie. Erdoğans Regime greift die Kurd:innen jenseits »türkischer« Grenzen an. Sein Krieg gegen die Kurde:innen in Nord- und Ostsyrien sowie in der Region Kurdistan-Irak eskaliert immer weiter.

Sowohl die Koalition der AKP/MHP als auch das Sechserbündnis sind nicht in der Lage, die Türkei aus der Sackgasse einer von Krisen geprägten Region zu holen.

Auch wenn Erdoğan ständig als Megalomane[3] damit protzt, dass sein Staat allein gegen die kurdische Freiheitsbewegung Krieg führt und vielfach seine NATO-Partnerstaaten für die angeblich ausbleibende Unterstützung kritisiert, so widerspricht dies der Wahrheit. Innenpolitisch läuft Erdoğan auf dünnem Eis. Die politische Instabilität als Ursache für die Wirtschaftskrise ist nicht mehr haltbar. Seit 2018 befindet sich die türkische Wirtschaft in einer Rezession, auch weil die irrationale Zinspolitik zu Verunsicherungen führt und die Devisenpreise explodierten. Das Devisensystem richtet sich an den Wünschen des Autokraten Erdoğan aus. Im Wirtschaftssystem der Türkei herrscht ein konstantes Ungleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen in Fremdwährungen. Erstens werden seit Jahren öffentliche Güter in Privatbesitz umgewandelt. Zweitens werden, weil die Türkei im internationalen Finanzmarkt als unzuverlässig gilt, Swap-Instrumente eingesetzt, wenn die Möglichkeit, billige und frische Devisen aus dem Ausland zu erhalten, nicht mehr gegeben ist.

Die Türkei hat sich zu einem Swap-Staat entwickelt, jedoch nimmt die Zahl der Swap-Verträge nicht zu. Sie ist immer auf der Suche nach Ländern, mit denen Tauschgeschäfte abgeschlossen werden können. Dies ist auch einer der Gründe, warum Erdoğan Putin in seiner Krise geholfen hat: um die eigene Krise zu überwinden. Nach dem die EU die Swap-Verträge mit Russland gestrichen hat, hat sich die Türkei für Putin eingesetzt.

Neoosmanische Träumereien

Die türkische Armee, die nach der Rangliste der Streitkräfte die elftstärkste der Welt ist, ist die zweitgrößte Streitkraft in der NATO. Infolge der Strategie einer Großtürkei wurde dem Militarismus Priorität eingeräumt. Außenpolitisch wirkt sich

2 Klüngelei, Vetternwirtschaft

3 In etwa: Größenwahnsinniger

dieser Militarismus als drohende Aggression aus, mit Folgen wie Besatzung, Verstößen gegen das internationale Recht bei Intervention in souveränen Staaten wie Syrien und Irak aus.

Aus diesem Grund hat Erdoğan seine Ansprüche maximiert, um größer als Atatürk dazustehen. In den letzten Jahren hat er indirekt sowohl Atatürk als auch dem Chefdiplomaten bei den Gesprächen über den Lausanner Vertrag İsmet İnönü[4] vorgeworfen, die Republik nur auf einem kleinen Teil des ehemaligen Osmanischen Reiches gegründet zu haben, den Nationalpakt nicht eingehalten und bei den Lausanner Gesprächen mit dem Westen eine Niederlage für die Türkei unterzeichnet zu haben. Der türkische Regimechef möchte als der bessere Atatürk in die Geschichte eingehen, indem er ehemalige osmanische Gebiete – wie sie im Nationalpakt von 1921 stehen – annektiert. Sein Augenmerk hat er seit dem »arabischen Frühling« vor allem auf zwei ehemalige Provinzen des damaligen Osmanischen Reiches gesetzt, Mûsil (Mosul), das für das gesamte Südkurdistan (Nordirak) steht und die Provinz Aleppo für Rojava (Nord- und Ostsyrien). Erdoğan glaubt, hier sein Ziel schnell zu erreichen, da sowohl der Irak als auch Syrien auf allen Ebenen durch Krieg und andere Konflikte geschwächt sind. Unerwartet überraschten ihn die Kurd:innen. Denn auch sie haben sich auf das politische Vakuum im Mittleren Osten vorbereitet und eigens ein neues Modell und eine Lösung für die kurdische Frage in der Türkei, Syrien, Irak und Iran entwickelt. 2005 hatte der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan das Modell des demokratischen Konföderalismus, ein Modell der staatenlosen Demokratie, entwickelt, welches von der kurdischen Freiheitsbewegung schrittweise in allen Teilen Kurdistans umgesetzt wird. Die Lösung, die auf Koexistenz der Völker und Religionen in den kurdischen Gebieten setzt, hat sich auch unter den vielen ethnischen Gruppen bewährt. Kurzum kann gesagt werden, dass das Modell des demokratischen Konföderalismus die Lösung der kurdische Frage innerhalb der bestehenden Grenzen gewährleistet. Doch im Gegensatz dazu will die Türkei unter Erdoğan die Zukunft des türkischen Staates durch Änderungen des Grenzverlaufs garantieren.

Um dies durchzusetzen und um die kurdischen Gebiete zu entvölkern, hat der türkische Staat alles erdenkliche unternommen und mit der Besatzung einzelner Regionen in den umliegenden Ländern begonnen. Hierfür hat die Türkei selbst den sogenannten Islamischen Staat (IS) und andere Söldnergruppen gefördert und gegen die kurdische Bevölkerung gehetzt. Allerdings ohne großen Erfolg, denn die Guerilla der PKK, die Volks- sowie die Frauenverteidigungseinheiten YPG/YPJ und die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) konnten den IS in Syrien und Irak besiegen.

Mit der Strategie des »Çöktürme Planı« (sinngemäß »In die Knie zwingen«), wurde ab 2015 der Krieg gegen die Kurd:innen durch Verhaftungswellen, die Besetzung kurdischer Gemeinden durch die staatliche Treuhand, die wirtschaftliche Unterentwicklung kurdischer Gebiete, Veränderung der demografischen Strukturen durch die Ansiedlung von Kriegsflüchtlingen aus Syrien und Afghanistan in kurdische Gebiete und vielem mehr weiter intensiviert. In Nordsyrien wurden 2018 Efrîn und 2019 Girê Spî und Serêkaniyê besetzt. Nahezu täglich wird die Zivilbevölkerung durch Drohnenschläge oder mit Artillerieangriffen terrorisiert.

Erdoğans neoosmanischen Traum bekommt auch das NATO-Land Griechenland zu spüren. Denn nach dem Vertrag von Lausanne wurden die Inseln Lesbos, Chios, Samos und Ikaria Griechenland zugesprochen. Mit dem 100. Jahrestag des Vertrages, am 24. Juli 2023, streckt Erdoğan mit seiner Expansionsstrategie seine Hände auch auf griechische Inseln aus, was Griechenland dazu veranlasst hat, als Präventivmaßnahme mehr Militär dorthin zu verlagern. Nicht zuletzt warf der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis in einem CNN-Interview Erdoğan Expansionismus vor indem er sagte: »Erdoğan sollte sich um die türkische Wirtschaft kümmern, anstatt neoosmanische Fantasien wiederzubeleben.«

Zuvor hatte Erdoğans Koalitionspartner Devlet Bahceli sich mit einer Landkarte fotografieren lassen, auf der sämtliche griechische Inseln der östlichen Ägäis und auch die größte griechische Insel Kreta als türkisches Gebiet dargestellt wurden.

Ohne internationale Rückendeckung ist der Krieg gegen Kurd:innen nicht möglich

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden in Kurdistan permanent statt. Die Türkei als Mitglied der NATO, UN, Europarat und als Beitrittskandidat der EU profitiert vom Schweigen dieser Organisationen, da diese glauben, die geopolitische und geostrategische Bedeutung des Landes sei für ihre Interessen von Bedeutung.

Seit zwei Jahren verurteilt die kurdische Freiheitsbewegung die Türkei wegen des Einsatzes von verbotenen C-Waffen gegen die kurdische Guerilla und an zivilen Orten. Gegenüber jedweder Bemühung zur Aufklärung dieser Verbrechen hat die OPCW (Organisation für das Verbot chemischer Waffen) mit Sitz in Den Haag regelrecht die »drei Affen« gespielt. Dabei ist die Türkei Mitglied im OPCW und von daher verpflichtet, den Einsatz verbotener chemischer Kampfstoffe zu unterlassen. Vor allem im Verlauf der am 14. April dieses Jahres begonnenen Invasion in den Gebieten Zap, Avaşîn und Metîna in

4 Mustafa İsmet Pascha, ab 1934 İsmet İnönü, war ein türkischer Offizier und später Politiker der CHP und Gefährte des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk.



Am 17.8.2021 hat die türkische Luftwaffe die Sikêniyê-Klinik im Nordirak bombardiert, acht Menschen kamen in den Trümmern ums Leben. Das Gesundheitskomitee von Şengal hat am Jahrestag vor der Ruine des Krankenhauses der Toten gedacht. Foto: ANF

den Medya-Verteidigungsgebieten setzte die türkische Armee vermehrt unterschiedliche C-Waffen ein.

Ein weiteres schwerwiegendes Verbrechen ist die Ermordung von Zivilist:innen durch bewaffnete Kampfdrohnen. Dies ist eine neue Form der Todesstrafe ohne gerichtliche Verurteilung. Auch die Verbrechen gegen Kurd:innen in den besetzten Gebieten in Rojava wie Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî dauern unvermidert an.

Die Frage, die sich immer wieder stellt, ist: Wer hält das Erdoğan-Regime trotzdem auf den Beinen? Sicherlich spielt die langjährige türkische Erfahrung der Diplomatie im kalten Krieg, in dem die Türkei stets zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO manövriert hat, eine wichtige Rolle. Kriegt sie bei der NATO nicht, was sie will, geht sie zu den Kontrahenten des Militär-Bündnisses, Russland oder China.

Auf dem NATO-Gipfel in Madrid am 29. Juni hat Erdoğan die USA unter Druck zu setzen versucht, endlich grünes Licht für die vollständige Besetzung von Rojava zu bekommen. Allerdings passte dies zeitlich nicht in die Planungen der USA, weshalb Erdoğan aufgefordert wurde, noch zu warten. Sein Auftritt beim Madrider Gipfel war für seine innenpolitische Machtdemonstration wichtig. Auf der anderen Seite hat die NATO – und hier vor allem Schweden und Finnland – geholfen, das Antlitz eines Diktators zu beschönigen, indem sie wieder einmal die Kurd:innen diskreditieren. Dies ist ein Schandfleck für diese beiden Staaten, die mit ihrer Demokratie geprotzt haben. Wenn eigene Interessen im Spiel sind, dann wird die Demokratie ins Bücherregal verwiesen. Wichtig ist, wie die Menschen in diesen Ländern mit dieser brutalen und nackten Wahrheit der Interessenspolitik der Nationalstaaten umgehen. Sowohl die NATO und im Besonderen auch Schweden haben seit Beginn des bewaffneten Aufstandes am 15. August 1984 sowieso permanent zur türkischen Diktatur gehalten. Insofern ist hier die Frage: »Quo vadis Demokratie in Schweden und auch in Finnland?«

»Grünes Licht« für Erdoğan?!

Da sich die USA allerdings andere strategische Prioritäten - wie die gegen Russland, Iran und China – gesetzt haben, gab es bisher für die Türkei kein grünes Licht für eine breite neue Offensive zur Besetzung weiterer Gebiete in Rojava. Dennoch hat die USA Erdoğan auf die eine oder andere Art und Weise die Genehmigung zu extralegalen Hinrichtungen mit Killerdrohnen gegeben. So wurden allein in der zweiten Augustwoche mehrere kurdische Politiker:innen, Aktivist:innen und Zivilist:innen gezielt mit Drohnen in der nordsyrischen Stadt Qamişlo hingerichtet. Es ging soweit, dass eine führende



Beerdigungszug für die Kommandantin der QSD und YAT (Antiterroreinheiten – Yekîneyên Antî Terorê), Jiyan Tolhildan. Tausende begleiteten den Sarg zum Gefallenenfriedhof in Şeyxmaqsûd. Foto: ANF

Kommandantin der YPJ, Jiyan Tolhildan, die zugleich verantwortlich war für die Koordination mit der internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS, zusammen mit zwei weiteren Freundinnen ermordet wurde.

Über die Chronologie des diplomatischen Verkehrs des Erdoğan-Regimes nach dem NATO-Gipfel wird verständlich, warum die USA den Luftraum über Rojava nicht schließen und den türkischen Drohnen die Erlaubnis zu den extralegalen Hinrichtungen geben.

Am 13. Juli 2022 trafen sich Militärdelegationen aus der Türkei, Russland, der Ukraine und den Vereinten Nationen (UN) in Istanbul, um über die Verschiffung von Getreide aus der Ukraine zu beraten. Am 22. Juli 2022 trafen dieselben Delegation in Istanbul zusammen und unterzeichneten das »Dokument über die Initiative für die sichere Verschiffung von Getreide und Lebensmitteln durch ukrainische Häfen«. Die im Rahmen dieser Vereinbahrung eingerichtete »Gemeinsame Koordinierungsstelle« nahm am 27. Juli in Istanbul ihre Arbeit auf. Es folgte ein permanenter Austausch mit Russland und den US-Kontrahenten.

Am 19. Juli traf sich Erdoğan mit Putin und dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi in Teheran zu einem trilateralen Treffen im Rahmen der Astana-Vereinbarungen. Hier hat Erdoğan erneut auf die Invasion in Rojava beharrt, so wie er das ebenfalls auf dem NATO-Gipfel in Madrid getan hatte. Interessant ist auch, dass sich der syrische Außenminister zu dieser Zeit in Teheran befand – auch wenn er nicht an dem Treffen teilnahm.

Diesem Treffen folgte ein türkisches Massaker im Dorf Perex in der Nähe von Zaxo in Südkurdistan am 20. Juli, bei dem neun schiitisch-arabische irakische Bürger getötet und etwa 30 Personen verletzt wurden, die als Touristen in das Sommerressort gereist waren. Die irakische und arabische Öffentlichkeit protestierte in vielen Städten des Landes. Dieses Massaker hatte das Fass zum Überlaufen gebracht, weshalb die irakische Regierung diesen Vorfall den Vereinten Nationen vortrug. International wurde dieses Massaker verurteilt, allerdings ohne die türkische Armee als Täter zu benennen, obwohl die irakischen Vertreter alle auf die Türkei verwiesen hatten. Dies ist eine weitere Haltung zum Schutz des diktatorischen Partners Erdoğan.

America First durch Smart Power gestärkt

Die sogenannte neue Strategie und Vision der NATO folgte im Grunde der Neustrukturierung der US-Politik nach der Ära Donald Trump. Anstelle der groben und abstoßenden Art von Trumps »America First« folgte mit dem neuen Präsidenten Joe Biden die smarte Art. Mit Biden haben die USA eingesehen, dass sie ihren Anspruch auf globale Dominanz nicht allein durchsetzen können. Hierfür benötigen sie Partner, was der US-Präsident auf dem NATO 2030-Gipfel in Brüssel letztes Jahr verkündet hat. Das Motto dieses Gipfels wurde daher »*NATO* 2030. *United* for a *new era« (NATO 2030: Vereint* für eine neue Ära). Diese Einigung ist den USA binnen kurzer Zeit gelungen.

Seit den Debatten über die neue Strategie der NATO verspricht sich Erdoğan, diese als eine Chance für sich zu nutzen. Die neue Strategie hat als ersten Schritt die Staaten China, Russland und Iran als gefährliche und feindliche Staaten deklariert. Mit dem Ukraine-Krieg wurde somit der erste faktische Krieg gegen Russland begonnen. Mit diesem Krieg bekräftigten die USA innerhalb der NATO ihr neues Strategiekonzept des Gipfels vom 28.–30. Juni in Madrid.

Front gegen den Iran

Der Besuch des US-Präsidenten Joe Biden im Nahen Osten am 13. Juli verbunden mit Gesprächen in Israel, Palästina und Saudi Arabien, dann seine Teilnahme am 16. Juli am »Sicherheits- und Entwicklungsgipfel von Jeddah«, an dem Ägypten, Irak und Jordanien teilnahmen, waren dazu gedacht, eine starke arabisch-israelische Front gegen Iran zu errichten. Vor dem Gipfel von Jeddah fand am 27. und 28. März in Israel der erste »Najaf-Gipfel« statt, an dem die Außenminister Ägyptens, der USA, Marokkos, der VAE (Vereinigte Arabische Emirate) und Bahrains teilnahmen. Das zweite Gipfeltreffen folgte dann am 27. Juni in Bahrain, unmittelbar vor dem NATO-Gipfel in Madrid. An dem Gipfel nahmen Vertreter aus Israel, Ägypten, Marokko, Bahrain und den VAE teil. All diese Staaten wurde über die Konkretisierung des von Trump initiierten Abraham-Abkommens[5] vom 15. September 2020 eingeschworen. Im Ergebnis dieser Treffen begannen die Diskussionen über eine gegen Iran ausgerichtete Nahost-NATO in den Vordergrund zu treten. Vor allem mit dem Besuch von Biden in Israel am 13. Juli ist zu erwarten, dass die Eskalationen gegen den Iran zunehmen werden.

Das Abraham-Abkommen hat vor allem auch Israel genutzt, da es aus der diplomatischen und politischen Isolation in der Region herausgekommen ist. Auch innerhalb der palästinensischen Politik haben einige wie die Hamas ihre Politik dementsprechend gemildert. Es ist zu erwarten, dass auch der palästinensische Präsident Mahmud Abbas viel mehr Kompromisse mit Israel eingehen wird. Die Frage ist dann, welche Reaktionen der Iran zeigen wird, da er auch starken Einfluss in der Palästina-Frage hat.

All dies muss zur Kenntnis genommen werden, um das Bild der hegemonialen Ansprüche der USA in seiner Gesamtheit sehen zu können. Sich nur auf den NATO-Russland-Krieg zu konzentrieren, lässt das Bild unvollständig. Ein weiterer Gewinner der US-Politik ist Saudi-Arabien geworden. Denn nach der Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi war die saudische Führung – vor allem der Kronprinz – diplomatisch, politisch und öffentlich diskreditiert worden. Nach dem Biden-Besuch startete der saudische Kronprinz seine Europareise nach Griechenland, Frankreich etc. Es sieht so aus, dass ein Teil der antiiranischen Politik der USA auch von der saudischen Monarchie übernommen worden ist.

Es ist offensichtlich, dass die Biden-Regierung sehr entschlossen und sehr schnell handeln will. Auch gegen den dritten Feind neben Iran und Russland, nämlich China, werden die Schritte zunehmend schneller. Der Besuch der Sprecherin des Repräsentantenhauses der USA, Nancy Pelosi, nach Bidens Nahost-Reise am 3. August in Taiwan signalisiert, dass die Maßnahmen gegen China gestärkt werden. Viele Expert:innen der internationalen Politik hegen aufgrund dieses Besuches den Verdacht, dass Taiwan zur Pufferzone gegen China entwickelt wurde, da es über das Finanzzentrum Hongkong nicht geklappt hatte.

Alle Entwicklungen nach dem NATO-Gipfel vom Juni 2021 zusammengefasst ergeben, dass drei Zentren gegen drei Feinde errichtet wurden. Gegen Russland die EU, gegen Iran ein arabisch-israelisches Bündnis und mit dem »Indo-Pacific Economic Framework (IPEF)«, dem viele asiatische Staaten wie Indien, Philippinen, Südkorea, Thailand, Vietnam, Indonesien, Japan, Malaysia, Neuseeland, Australien eingegliedert sind, gegen China. Daneben spielt auch das Einwirken der USA auf Japan, Australien, Südkorea und Neuseeland eine Rolle, die selbst bemüht sind, ihre Interessen im Indopazifik zu entwickeln.

5 Am 15. September 2022 jährt sich nun zum zweiten Mal die Unterzeichnung des Abraham-Abkommens zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Bahrein. Später folgten Abkommen mit Marokko und dem Sudan.

Erdoğan provoziert durch jonglieren

Alle genannten Entwicklungen haben seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs direkt oder indirekt mit Kurdistan zu tun. In Iran leben etwa 15 Millionen Kurd:innen. Darüber hinaus ist der Iran sehr stark sowohl in Südkurdistan, Irak als auch in Syrien involviert. Russland ist darum bemüht, dem Erdoğan-Regime bei der Überwindung der wirtschaftlichen wie diplomatischen Isolierung zu helfen. Es geht Russland auch darum, über die Stärkung seiner Bündnispolitik mit der Türkei die NATO zu provozieren, deren Mitglied die Türkei ja ist. In Syrien ist Russland vehement bemüht, einen türkisch-syrischen Dialog zu fördern, der sich dann in ein antikurdisches Bündnis umsetzen soll. Aus welcher Ecke auch geschaut wird, man wird auf die Kurd:innen treffen.

Annalena Baerbocks Besuch in der Türkei

Nachdem sich Schweden und Finnland dem Diktator Erdoğan gebeugt haben, war die kritische Haltung der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Besuch im Juli in der Türkei doch ein wichtiger Schritt, zumindest das Gesicht europäischer Demokratie und Progressivität ein wenig zu bewahren. Auch wenn dieser Besuch von einigen Teilen der deutschen Politik als nicht diplomatisch bezeichnet wurde, war er ein wichtiges Signal für die Demokratie Deutschlands und Europas. Denn, was eigentlich nicht diplomatisch ist, ist, wenn einem Partner wie der Türkei fehlende Glaubwürdigkeit attestiert wird. Hin- und herjonglieren der Türkei, ihren Versuchen, anderen ihre eigenen Interessen aufzuoktroyieren, zu provozieren, gehört als Reaktion auch, ihr ihre Ecke zu zeigen. Dies zu tun, zeigt zugleich Stärke. Es bedeutet allerdings nicht, dass die deutsche Außenpolitik gegenüber den Kurd:innen – vor allem gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung – Sympathie hegt. Im Gegenteil, die deutsche Regierung hat innerhalb der NATO stets zu den verschiedenen türkischen Regierungen gestanden. Im Gegenteil zum US-Pragmatismus war es wichtig, dem türkischen Regime zu zeigen, dass alles seine Grenzen hat.

Trotz allem: Die Kurd:innen sind unschlagbar

Die Kurd:innen haben das Erdoğan-Regime bereits im Juni 2015 durch den Sieg in Kobanê besiegt. Denn die militärische Niederlage des IS war zugleich auch eine Niederlage der Regierung Erdoğans. Immerhin hatte Ankara mit allen Mitteln den IS gefördert und unterstützt. Bei den Wahlen am 7. Juni 2015 verlor Erdoğans Partei die Mehrheit, da er keine kurdischen Stimmen mehr bekommen hatte. Im März 2019 hatte Erdoğan auch bei den Kommunalwahlen die Megametropole Istanbul verloren, da die Kurd:innen seinem Kandidaten die Stimmen nicht gaben. Heute benötigt er für die Wahlen 2023 ebenfalls wieder die Stimmen der kurdischen Bevölkerung. Erdoğans Regime hat in den letzten zwei Jahren vehement versucht, über die südkurdische PDK einen innerkurdischen Krieg zu initiieren. Dieser ist nicht gelungen, da die kurdische Bevölkerung offensichtlich die PDK des Verrats beschuldigt und sich eindeutig für die PKK positioniert hat. Trotz der C-Waffen und der Drohnen gelingt es der Türkei nicht, den Widerstand der kurdischen Freiheitskämpfer:innen zu brechen; sie ist mit der Militäroffensive seit dem 17. April in der Zap-Region militärisch in eine Sackgasse geraten, die Erdoğan auch innenpolitisch schlecht ausschauen lässt. Er braucht dringend einen Erfolg, was gegenüber dem kurdischen Freiheitskampf nicht so einfach ist. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass er nach neuen Wegen für die Liquidierung der Kurd:innen suchen wird. In diesem Zusammenhang lässt er auch den kurdischen Denker Abdullah Öcalan seit dem 25. März 2021 mit der totalen Isolation bestrafen. Um die kurdische Bevölkerung zu manipulieren, werden über ihm nahestehende Journalist:innen falsche Informationen verbreitet, wie z.B. »in Kürze wird Öcalan von seiner Familie besucht werden«.

Seine Bemühungen, mit Teilen der irakischen Regierung wie Mustafa Al-Kadhimi und Muqtada as-Sadr eine Front gegen die Êzîd:innen in Şengal (gehört zur Provinz Musîl) zu betreiben, ist ebenso gescheitert. Somit ist das Abkommen vom 9. Oktober 2021, nach dem das Gebiet erneut unter die Kontrolle der PDK und Teilen der irakischen Armee gestellt werden sollte, auch hinfällig geworden. Denn es waren diejenigen, die am 3. August 2014 die Êzîd:innen an den IS ausgeliefert haben, indem sie, ohne auch nur eine Kugel abzuschießen, einfach abgehauen sind. Es waren die PKK und YPG/YPJ-Kämpfer und Kämpferinnen, die ihnen zu Hilfe eilten und viele Menschen in letzter Minute retten konnten.

Hinzu kommt, dass die kurdische Freiheitsbewegung im Multilateralismus der gegenwärtigen Politik sowohl über Flexibilität als auch Vorausschau verfügt.

Zuletzt sollte gesehen werden: Genau am 99. Jahrestag des Lausanner Vertrages am 24. Juli 2022 trafen sich Vertreter:innen von 57 kurdischen politischen Parteien und Organisationen aus allen vier Teilen Kurdistans in Lausanne zu einer gemeinsamen Konferenz. Nach 99 Jahren sprachen die Kurd:innen genau in dem Saal, in dem der Vertrag zur Verleugnung von Kurd:innen unterzeichnet wurde und sagten: »Wir haben uns vereint, wir haben alles überlebt, wir sind hier.« Dies sollte doch von denen zur Kenntnis genommen werden, die immer noch über die kurdische Karte ihre Bündnispolitik mit der Türkei, dem Iran, Syrien und Irak machen. ♦

Zur Lage der Bevölkerung in Südkurdistan und zum Kampf der PKK gegen die türkische Besatzungspolitik

Zum eigenen Überleben stützt sich die PDK auf die Feinde der Kurd:innen

Fragen an KCK[1]-Sprecher Zagros Hîwa

Die Türkei erscheint militärisch stark und außenpolitisch erfolgreich, auch im Rahmen der NATO. Hat der Guerilla-Widerstand langfristig eine Chance auf Erfolg?

Das türkische Militär ist in strategischer, taktischer und technologischer Hinsicht in hohem Maße von der NATO abhängig.

Im Nahen Osten agiert die Türkei als Stellvertreterin der NATO. Ohne deren Zustimmung und Unterstützung ist es für die Türkei äußerst schwierig, militärisch und auch politisch einen Schritt zu tun. Ihre Interventionen in Syrien, Irak, Libyen, Armenien und der Ukraine stehen im Einklang mit der Politik des westlichen Militärbündnisses. Sie hat sich als äußerst flexibles Instrument für die NATO erwiesen und nutzt diesen Status, um sich das Schweigen der NATO- und EU-Mitgliedsländer zu erkaufen. Unter dem Mantel dieses Schweigens übt sie Terror gegen das kurdische Volk, die Frauen, die Jugend und alle demokratischen Kräfte in der Türkei aus.

Was vielen als außenpolitischer Erfolg der Türkei erscheint, ist in Wirklichkeit der Ausverkauf ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen, um die diktatorische Herrschaft der mächtigen Eliten auf Kosten von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten zu sichern. Was auf dem NATO-Gipfel in Madrid geschah, erschien oberflächlich betrachtet als erfolgreicher Versuch der Türkei, Schweden und Finnland ihre türkische antikurdische Politik zu diktieren. Der Streit um die Auslieferung der Kurd:innen war nur ein Scheingefecht. Schweden war schon immer ein integraler Bestandteil der NATO-Politik gegen die kurdische Freiheitsbewegung. Es ist die Bühne, auf der 1986 das Stück um die Einstufung der PKK als terroristische Vereinigung nach der Ermordung des schwedischen Premierministers Olof Palme durch Gladio aufgeführt wurde.

Was in Madrid geschah, waren in Wirklichkeit immer größere Zugeständnisse der Türkei an die NATO. Die Türkei akzeptierte alle Bedingungen des westlichen Militärbündnisses bezogen auf die regionale und internationale Politik. Die türkische Politik folgte der Devise »Unterdrückung im Inland und Zugeständnisse in der Außenpolitik«. Um seine autoritäre und faschistische Macht im Inland zu festigen, lud Erdoğan den Mann in seinen Palast ein, den er des Mordes an Jamal Khashoggi beschuldigt hatte, er lud den israelischen Präsidenten in seinen Palast ein, den Mann, den er des Mordes an Palästinenser:innen beschuldigt hatte, und er akzeptierte alle Bedingungen des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, seines langjährigen Rivalen. Das sind politische und wirtschaftliche Zugeständnisse Erdoğans an ausländische Mächte, um seine Ein-Mann-Herrschaft über die Türkei außenpolitisch abzusichern.

Die Freiheitsguerilla Kurdistans leistet seit 38 Jahren Widerstand gegen die Angriffe der zweitgrößten Armee der NATO. Der Krieg der Guerilla ist die Selbstverteidigung des kurdischen Volkes gegen die völkermörderische Politik des türkischen Staates. Der Widerstand der Guerilla hat den wahren antidemokratischen, faschistischen, sektiererischen, dschihadistischen und völkermörderischen Charakter des türkischen Nationalstaatssystems gegen die Kurd:innen und alle anderen in Anatolien und Mesopotamien lebenden ethnischen und religiösen Identitäten entlarvt. Dieser Kampf hat auch die Völker des Nahen Ostens und die gesamte Menschheit vor dem Terror der radikalen dschihadistischen Stellvertreter des türkischen Staates, al-Qaida und Islamischer Staat (IS), geschützt. Die Angriffe von Erdoğans Armee und ihren Stellvertretern in Irak und Syrien gegen das kurdische Volk und die Selbstverteidigungskräfte sind in Wirklichkeit ein Racheakt gegen sie, denn sie haben den IS besiegt und damit Erdoğans neoosmanische Träume zunichte gemacht. In diesem Sinne ist es der kurdischen Freiheitsguerilla gelungen, Erdoğans interne und regionale Pläne zu vereiteln. Dies ist ein legitimer Kampf, der einer gerechten Sache entspringt, der Sache der Freiheit und der Demokratie. Ungeachtet der türkischen Angriffe wird dieser Kampf weitergehen und alle unterdrückten Völker des Nahen Ostens inspirieren und sie so vor radikalen salafistischen Ideologien und deren Politik schützen.

1 KCK – Koma Civakên Kurdistan – Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans

Südkurdische NGOs weisen auf die schwerwiegenden Folgen der türkischen Militärangriffe für die Zivilbevölkerung hin. Was sind diese Kriegsfolgen?

Seit 1983, als die erste grenzüberschreitende Besetzung durch die Türkei stattfand, wurden Hunderte von Zivilist:innen von der türkischen Armee getötet. Insbesondere nachdem Erdoğan das Ende des Friedensprozesses am 24. Juli 2015 verkündet hatte, wurden 138 Zivilist:innen durch türkische Bombardements getötet und über 200 verwundet. Mehr als 800 Dörfer wurden evakuiert und Zehntausende von Menschen mussten ihre Häuser verlassen und leben nun als Binnenvertriebene. Diese Dorfbewohner:innen betreiben Landwirtschaft, Imkerei und Viehzucht, bauen normalerweise auf den fruchtbarsten Böden Südkurdistans und des Nahen Ostens Obst, Gemüse und Lebensmittel an und leisten damit einen großen Beitrag zur lokalen und nationalen Wirtschaft. Die Angriffe der türkischen Besatzer haben dieses wirtschaftliche und soziale Leben zerstört. Der Natur wurde großer Schaden zugefügt. Diese inzwischen besetzten Gebiete sind die ökologisch reichsten Regionen des Nahen Ostens mit einer großen Naturvielfalt, ein Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen.

Seit Jahren werden jedes Jahr durch die Bombardierungen der Türkei Millionen von Bäumen, Pflanzen und Tieren in Schutt und Asche gelegt. In den von der Türkei eroberten Gebieten findet eine Umweltkatastrophe statt. Das gesamte Terrain wird in Brand gesetzt, um die Bäume zu verbrennen. Vom Feuer verschonte Bäume werden von der türkischen Armee gefällt, auf Lastwagen verladen und in der Türkei vermarktet.

Auch der Einsatz von chemischen, thermobaren (Vakuumbomben) und taktischen Nuklearwaffen[2] durch die türkische Armee in diesem Gebiet hat langfristig katastrophale Folgen für den gesamten Irak und den Nahen Osten. Die Auswirkungen dieser Waffen, der Chemikalien und der Strahlung, werden das Leben von Generationen beeinträchtigen, vergleichbar mit den Auswirkungen des Chemiewaffenangriffs auf Helebce durch die Saddam-Armee.

Ich zitiere einen Taxifahrer, mit dem ich einmal in Südkurdistan gesprochen habe: »Was nützt mir meine kurdische Identität, wenn die Politiker das Land verkaufen?« Verkauft die PDK wirklich Südkurdistan an die Türkei?

Nach dem Vertrag von Lausanne wurde Kurdistan ein System der Verleugnung, Assimilation und Vernichtung aufgezwungen. Den Kurd:innen wurden jegliche nationalen demokratischen Rechte verweigert und sie wurden den vier Nationalstaaten Iran, Irak, Türkei und Syrien zur Assimilation überlassen. Diejenigen, die sich der Verleugnung und Assimilierung widersetzten, wurden Opfer von Massakern und Völkermord. Der soziale, kulturelle und geschichtliche Hintergrund des kurdischen Volkes führte zu immer neuen Aufständen und zu Widerstand gegen die existenziellen Bedrohungen, denen es ausgesetzt war. Das internationale System sah sich nicht in der Lage, den nicht enden wollenden Kampf der Kurd:innen für ihre Identität und für demokratische Rechte einzudämmen, und eine Lösung schien auf eine kollaborative Kraft innerhalb der Kurd:innen selbst zu setzen und sie damit sozial, kulturell und politisch zu spalten. Als Konsequenz wurde die Demokratische Partei Kurdistans (PDK) gegründet, um die Rolle des trojanischen Pferdes innerhalb des kurdischen Volkes zu spielen. Seit ihrer Gründung wurde sie gegen die Freiheitskämpfe der Kurd:innen in den vier Teilen Kurdistans eingesetzt. Sie wurde gegen die für ihre Freiheit kämpfenden Kurd:innen in Rojhilat *[»Osten«: Ostkurdistan/Nordwestiran]* ausgespielt und kollaborierte mit dem iranischen Regime bei der Unterdrückung des Freiheitskampfes der Kurd:innen dort. Viele Rojhilat-Politiker:innen wurden entführt, getötet, an Iran ausgeliefert. In den Jahren 1980–1985 wurde die PDK zum Kanonenfutter des iranischen Regimes und kollaborierte mit dem Korps der Islamischen Revolutionsgarden (IRGC) im Kampf gegen die Kurd:innen, vor allem gegen Komala (»Gesellschaft der revoltierenden Werktätigen von Iranisch-Kurdistan«) und HDKI (Demokratische Partei Kurdistans in Iran). In Irak kollaborierte die PDK mit Saddam Hussein, dem Schlächter von Helebce und Initiator der Anfal-Operationen, um die Patriotische Union Kurdistans (YNK) und andere politische Kräfte in Başûr *[»Süden«: Südkurdistan/Nordirak]* zu bekämpfen. Von 1992 bis 2022, d. h. 30 Jahre lang, hat die PDK mit dem türkischen Staat zusammengearbeitet, um den kurdischen Freiheitskampf und die PKK in Bakur *[»Norden«: Nordkurdistan/Südosttürkei]* zu unterdrücken. Seit 2012 ist die PDK ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil der Angriffe des türkischen Staates auf Rojava *[»Westen«: Westkurdistan/Nordostsyrien]*. Die PDK war die Erste, die Gräben aushob, um Rojava von Başûr zu isolieren. In dem Versuch, Rojava vollständig einzukreisen, schloss die PDK ein schmutziges Abkommen mit dem IS und lieferte Şengal (arab. Sindschar) an radikale dschihadistische Terrorist:innen aus, die ein Massaker an der êzîdischen Bevölkerung verübten, mehr als 10.000 Menschen töteten und mehr als 5000 Frauen versklavten.

Für all diese Verbrechen gegen die Kurd:innen ist die PDK von den internationalen Kräften nie zur Rechenschaft gezogen worden.

2 Damit wird der Einsatz von Bomben beschrieben, die die in den Kriegen der Türkei bisher bekannte Sprengkraft bei weitem übertreffen und von der Guerilla als taktische Atombomben wahrgenommen werden. Das ließ sich bislang nicht verifizieren, da die Türkei hartnäckig und erfolgreich verhindert, dass ihr Einsatz geächteter Kampfmittel (wie z.B. Giftgas) untersucht wird.



Der Marsch südkurdischer Jugendlicher am 1.6.2022 gegen Verrat und Besatzung im Bezirk Koy in Hewlêr Richtung Behdînan wurde von PDK-Einheiten aufgehalten. Foto: ANF

Während alle, die mit Saddam und dem IS kollaborierten, von der »internationalen Gemeinschaft« als Terrorist:innen eingestuft wurden, wurde die PDK nie zur Verantwortung gezogen. Sie wurde sogar für alle Verbrechen, die sie gegen die Kurd:innen begangen hatte, belohnt. Das zeigt, dass die PDK keine kurdische Kraft ist, die für die Freiheit der Kurd:innen kämpft, sondern eine kollaborierende Kraft, die von der »internationalen Gemeinschaft« beauftragt wurde, gegen die Freiheitskämpfe der Kurd:innen in den vier Teilen Kurdistans vorzugehen.

Die Existenz der PDK ist also abhängig von ihrer Zusammenarbeit mit den Feinden der Kurd:innen. Je stärker der Freiheitskampf in einem Teil Kurdistans ist, desto klarer offenbart sich der wahre Charakter der PDK in der kurdischen Öffentlichkeit. In ihrem jetzigen Zustand hat sie keinerlei Beziehungen zum kurdischen Kampf für Freiheit und Demokratie. Unterstützt von den Befürworter:innen des Lausanner Vertrags, versucht sie sich als Vertreterin der kurdischen Sache zu präsentieren. Doch das Gegenteil ist der Fall. Sie missbraucht die kurdische Sache nur für ihre eigenen Interessen, insbesondere für die Interessen der Familie Barzanî. Die PDK, die von der Familie Barzanî beherrscht wird, ist ohne Einschränkung bereit, das kurdische Land und alle kurdischen politischen und kulturellen Ressourcen zu verkaufen, um das Überleben der Familie zu sichern. Mulla Mustafa Barzanî wird im Volk mit den Worten charakterisiert: »Das Kurdentum ist so wertvoll wie der Staub an deinen Schuhen«, Idris Mustafa Barzanî mit den Worten: »Wir können keine Brücken bauen, aber wir können leicht Brücken zerstören. Wir können keine Revolution machen, aber wir können leicht Revolutionen zerstören.«

Welche Zukunft sieht die PDK für sich in einem von der Türkei besetzten Kurdistan?

Um ihr eigenes Überleben zu sichern, stützt sich die PDK nicht auf das kurdische Volk, sondern auf die Feinde der Kurd:innen. Die PDK ist zur Zeit der verlängerte Arm der antikurdischen Politik des türkischen Staates. Sie tut also alles, was die Feinde der Kurd:innen ihr vorschreiben, hat aber eine hervorragende Expertise darin erlangt, ihren Verrat und ihren Vertrauensbruch als Patriotismus und Kurdentum zu tarnen. Sie ist bereit, die kurdische Sache in den vier Teilen Kurdistans für ihr eigenes Überleben zu opfern. Die Türkei nutzt diese Politik der PDK, um sich nicht als Feindin der Kurd:innen, sondern der PKK, YPG (Volksverteidigungseinheiten), PJAK (Partei für ein Freies Leben in Kurdistan) usw. zu präsentieren.

Wir wissen, dass die Armenier:innen im Nahen Osten Opfer eines Völkermords wurden, und den Überlebenden wurde ein kleines Gebiet im heutigen Armenien zugesprochen. Heute, 106 Jahre nach diesem Völkermord, sehen wir das gleiche Vorgehen gegen die Kurd:innen. Die »internationale Gemeinschaft« will eine kleine Enklave in Südkurdistan unter der Führung der PDK und der Familie Barzanî schaffen, aber auf Kosten der kurdischen Bevölkerung in allen anderen Teilen Kurdistans, die einem politischen, kulturellen und sogar physischen Völkermord ausgesetzt ist. Mit einem Völkermord an den Kurd:innen in anderen Teilen Kurdistans haben die

Barzanîs kein Problem. Sie sind sogar bereit, diesen Völkermord zu unterstützen. Dies ist der Kern der Politik der PDK gegen Bakur und Rojava. Sie legitimiert und beschönigt alle Verbrechen, die der türkische Staat an den Kurd:innen in Bakur und Rojava und sogar in Başûr begeht. Die PDK ist heute politisch, wirtschaftlich, sozial, kulturell und militärisch mehr mit der Türkei als mit Irak verflochten. Sie betrachtet sich selbst als die zur Türkei gehörende »Türkische Republik Nordirak« und sieht sich in derselben Rolle wie die »Türkische Republik Nordzypern« in Bezug auf die Türkei.

In den letzten Wochen führte eine PDK-Delegation Gespräche mit Parteien und Politiker:innen im Deutschen Bundestag. Ein Schwerpunkt der Gespräche war offenbar die Argumentation, dass man zwischen dem türkischen Staat und der PKK stehe. Deshalb, so die Argumentation, sei es der PDK nicht möglich, gegen die Angriffe der Türkei Stellung zu beziehen. Was ist Ihrer Meinung nach die Rolle der PDK im gegenwärtigen Krieg in Südkurdistan?

Das ist eine Argumentation, die entwickelt wurde, um die Zusammenarbeit der PDK mit dem türkischen Staat zu verschleiern und die Verbrechen des türkischen Staates gegen die Kurd:innen und insbesondere gegen die Freiheitsguerilla Kurdistans zu beschönigen. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass ihre Argumentation der Wahrheit entspricht, sollten sie nicht für einen der Akteure des Konflikts zwischen der Türkei und der PKK Partei ergreifen.

Aber wir sehen, dass sie aktiv mit der türkischen Armee in deren Besatzungskrieg gegen Südkurdistan zusammenarbeiten. Sie haben ihr erlaubt, mehr als 100 Stützpunkte in Başûr zu errichten. Der türkischen Armee steht es frei, ihre Truppen von überall her, aus der Luft oder vom Boden aus, zu jedem dieser Stützpunkte zu verlegen. Die meisten der türkischen Armeestützpunkte werden von den PDK-Kräften geschützt und bewacht. Der Nachrichtendienst der PDK, Parastin, liefert dem türkischen Geheimdienst MIT und der türkischen Armee wichtige brisante Daten. Diese Daten werden für Drohnen- und Luftangriffe auf Guerillastellungen verwendet. Was auch immer die türkische Armee an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung begeht, die PDK tut alles, um sie zu beschönigen, und schreibt diese Verbrechen sogar der PKK zu. So wurden beispielsweise in einem Ferienort in der Nähe von Barmerne zwei Kinder durch den Beschuss aus dem dortigen türkischen Stützpunkt getötet. Trotz der Zeug:innenaussagen der Zivilbevölkerung und der Familien der Gefallenen beharrten die PDK-Behörden und die PDK-nahen Medien darauf, dass die PKK diese Kinder getötet habe.

Außerdem wurden bisher 138 Zivilist:innen durch türkische Bomben und Granaten getötet. PDK-Parastin und Asayîş (Sicherheitskräfte) mischen sich in die Formulierung der Autopsieberichte ein und bestehen darauf, dass die Beschreibung der Todesursache von »türkisches Bombardement« in »einfache Explosion« geändert wird. Sie wollen nicht, dass die Türkei in Zukunft wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und gegen die Kurd:innen angeklagt werden kann.

Wie geht die PDK mit der PKK um? Sie hat ein vollständiges Embargo über alle Gebiete verhängt, die Stützpunkte der Guerilla sind. Die Kämpfer:innen der Guerilla dürfen sich nicht von einem Gebiet zum anderen bewegen. Sie dürfen keine Lebensmittel und Munition für sich kaufen. Wenn die Guerilla dieses Embargo durchbricht und von einem Gebiet in ein anderes gehen will, legt die PDK ihr Hinterhalte und tötet die Kämpfer:innen. Letztes Jahr gerieten zwei Gruppen von Kämpfer:innen der Guerilla in der Gegend von Xelîfan in einen Hinterhalt der PDK, und zehn von ihnen verloren ihr Leben. Sie waren nur nachts von einem Gebiet (Qendîl) zum anderen (Zap) unterwegs und benutzten dabei Routen, die von der Zivilbevölkerung nicht häufig benutzt werden. Die PDK hat dies nicht geduldet. Aber die türkischen Soldaten sind zu Tausenden unterwegs und benutzen sogar PDK-Ausstattung und PDK-Fahrzeuge. Die PDK verlegt ihre Truppen unter dem Schutz türkischer Drohnen und Kampfflugzeuge in das Herz der Guerilla-Gebiete. Ziel ist es, einen innerkurdischen Kampf zu provozieren und das Volk und die Pêşmerge von Başûr gegen die Guerilla zu mobilisieren.

Die PDK hat über die Angriffe des türkischen Staates eine vollständige Zensur für die Berichterstattung in den Medien verhängt. Keine unabhängigen Journalist:innen oder Menschenrechtsaktivist:innen dürfen das Kampfgebiet besuchen. Die lokalen Medien wurden angewiesen, nicht über die türkischen Besatzungsoperationen zu berichten. Andererseits werden alle Falschnachrichten und gefälschten Informationen über die Guerilla, die in den türkischen Mainstream-Medien veröffentlicht werden, sofort ungeprüft von den Medien in Başûr übernommen. Die PDK hat die dortigen Medien zu einem Werkzeug der psychologischen Kriegsführung der Türkei gegen die Kurd:innen gemacht und manipuliert damit die Wahrnehmung der Wirklichkeit.

Bis jetzt sind drei internationale Delegationen nach Başûr gekommen, um die Gebiete aufzusuchen, in denen chemische Waffen eingesetzt wurden. Sie alle haben eine unabhängige Untersuchung gefordert. Aber all diesen Gruppen wurde der Zugang zu den betroffenen Gebieten verweigert, und die Mitglieder wurden in ihre Länder abgeschoben.

Was sich vor Ort abspielt, ist die uneingeschränkte Kollaboration der PDK mit der türkischen Armee und ihre unheilvolle Feindschaft gegenüber der Freiheitsbewegung Kurdistans. ♦

Jüngste Entwicklungen im Geflüchtetencamp Mexmûr inmitten des irakischen Chaos

Türkische Drohnen und wirtschaftliche Angriffe

Baxtiyar Çelê, Mitglied im Volksrat des Geflüchtetencamps Mexmûr

Die Krise und das Chaos im Irak dauern an und verstärken sich mit jedem Tag. Vor über zehn Monaten haben in dem Land Wahlen stattgefunden, aber noch immer ist es nicht gelungen, eine neue Regierung zusammenzustellen.

Zu der andauernden Krise trägt u.a. bei, dass die kurdischen Kräfte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten für den ihnen laut Verfassung zustehenden Präsidentschaftsposten einigen konnten. Die zwei dominierenden kurdischen Parteien, YNK (Yekêtiy Nîştımaniy Kurdistan – Patriotische Union Kurdistans) und PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê – Demokratische Partei Kurdistans) haben jeweils eigene Kandidaten aufgestellt. Die Trennung der Kurden in Südkurdistan, der Kurdistan-Region Irak (KRI), in zwei verschiedene Verwaltungsgebiete und die andauernden Auseinandersetzungen der dortigen politischen Kräfte um Macht und Profite verstärken die Krise im Irak.

Auch die irakischen Schiiten sind aufgrund innerer Widersprüche gespalten. Schiitische Kräfte, die dem Iran nahe stehen, und irakisch-schiitische Gruppen konkurrieren um Macht und um die Kontrolle im Land. Aufgrund ihrer daraus resultierenden uneinheitlichen und gespaltenen Haltung waren auch sie bisher nicht dazu in der Lage, zur Bildung einer neuen Regierung einen konstruktiven Beitrag zu leisten.

Laut der irakischen Verfassung wird der Parlamentspräsident von den sunnitischen Kräften des Landes gestellt. Doch obwohl ihnen die Wahl des Parlamentspräsidenten gelungen ist, tragen auch die sunnitischen Kräfte mit ihrer kompromissunfähigen und gespaltenen Haltung zur anhaltenden Krise im Land bei.

Zusätzlich mischen sich Regionalstaaten wie die Türkei, der Iran oder Saudi-Arabien ständig in die inneren Entwicklungen des Iraks ein und imperialistische Kräfte wie die USA und die EU-Länder führen in dem Land einen Krieg für ihre eigenen Interessen. Die Folge ist eine Krise, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint.

Der Iran verfügt im Irak seit langer Zeit über bedeutenden gesellschaftlichen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die dort lebende arabische und auch auf die kurdische Bevölkerung. Er spielt deshalb im Land eine entscheidende Rolle. Der Iran kann die schiitische Bevölkerung des Irak und ihre politischen Kräfte vor Ort mobilisieren und dementsprechend als ein durchsetzungsfähiger Akteur auftreten. Er verfolgt die expansionistische Strategie, die schiitische Ideologie in verschiedenen Teilen des Mittleren Ostens zu verbreiten und dadurch das alte persische Großreich wieder zu beleben. Im Irak, Syrien und zahlreichen anderen mehrheitlich arabischen Ländern trifft diese Strategie auf fruchtbaren Boden. Zudem betrachtet der Iran sein Nachbarland Irak als eine vorgelagerte Verteidigungsstellung.

Neoosmanische Bestrebungen der Türkei im Irak

All diese verschiedenen Faktoren tragen dazu bei, dass die aktuelle Politik der Türkei, die historischen Misak-i Milli[1]-Grenzen und das Osmanische Reich wieder herzustellen, zwangsläufig zu direkten Konflikten zwischen Teheran und Ankara auf irakischem Boden führen. Fügen wir dieser Rechnung noch die reichen Öl- und Erdgasvorkommen im Irak hinzu, nimmt die Wahrscheinlichkeit von Konflikten zwischen den beiden Ländern noch weiter zu. Dass die Türkei stark auf ihre NATO-Mitgliedschaft und die Zugehörigkeit zum sunnitischen Lager des Islam setzt, verstärkt diese Gefahr nur noch mehr. Solange der Irak nicht als Ganzes den Willen dazu zeigt, auf nationaler Ebene die dringend notwendigen demokratischen Grundlagen zu schaffen und damit die Lösung seiner Probleme selbst in die Hand zu nehmen, wird es nicht gelingen, den Einfluss der Regionalstaaten und der imperialistischen Mächte zu verringern. In diesem Fall bleibt es auch weiterhin unwahrscheinlich, dass das Land einen Ausweg aus seiner jetzigen Lage findet.

1 Misak-i Milli: Nationalpakt aus dem Jahr 1920 – er ist die Rechtfertigungsgrundlage für die von der Türkei angestrebte Annektierung des Nordirak und Nordsyriens

Die faschistische Regierung der Türkei verfolgt in Rojava und Südkurdistan weiterhin eine Besatzungspolitik, wobei sie sich vor allem auf die militärischen Fähigkeiten der USA, der NATO und der EU-Länder verlässt. Das Ziel ist es, im Mittleren Osten zu einer regional-imperialistischen Kraft zu werden und ein Schritt in diese Richtung ist die Besetzung der oben erwähnten Teile Kurdistans. Darauf konzentriert sich die Türkei mit voller Kraft. Das Land verfolgt den Plan, die eigene Existenz im 21. Jahrhundert durch die Vernichtung der Kurd:innen abzusichern. Deshalb setzt es seine seit Jahren andauernden Besatzungsangriffe auf die Medya-Verteidigungsgebiete (von der Guerilla kontrollierte Gebiete in Südkurdistan) und Rojava ununterbrochen fort und missachtet dabei jegliche moralischen Normen und Werte. Die Türkei kann sich aufgrund der umfassenden Unterstützung durch den Barzanî-Clan in Südkurdistan (PDK) praktisch ohne Einschränkungen bewegen, Luft- und Bodenangriffe wo und wann immer sie möchte ausführen.

Türkische Angriffe mit Unterstützung der PDK gegen Zivilbevölkerung

Am 14. April dieses Jahres begann eine neue Angriffswelle der Türkei in Südkurdistan. Seither verliert sie dort tagtäglich Dutzende Soldaten, setzt aber dessen ungeachtet weiter ihre Angriffe fort. Je größer die Verluste, die die faschistisch-türkischen Kräfte erleiden, desto aggressiver werden deren Angriffe. Dabei setzt die Türkei modernste Waffen, Kriegstechnik und chemische Waffen ein, die ihr von der NATO zur Verfügung gestellt werden. Der faschistische türkische Staat setzt darauf, dass er die Kontrolle über die Zagros-Berge gewinnen und dann umso einfacher die weiter südlich gelegene Ebene Südkurdistans besetzen kann. Dabei erleidet er jeden Tag gegen all die von ihm auf den Berggipfeln bezogenen Stellungen schwere Angriffe durch die Guerilla und wird entsprechend kontinuierlich geschwächt. Als Reaktion darauf intensiviert er seine Angriffe und macht auch die Zivilbevölkerung zunehmend zum Angriffsziel. Mithilfe der kollaborierenden PDK-Kräfte ist es ihm gelungen, an zahlreichen Stellen in Südkurdistan militärische Stellungen zu errichten. All diese Orte betrachtet der türkische Staat als sein eigenes Staatsgebiet, beginnt mit der Vertreibung der dort lebenden Dorfbevölkerung und entvölkert die Gebiete. Zuletzt griffen türkische Soldaten mehrmals die Bewohner:innen des im südkurdischen Gebiet Zaxo liegenden Dorfes Perex an. Bei dem zweiten dieser Angriffe wurden am 20. Juli dieses Jahres arabische Familien, die dort ihren Urlaub verbrachten, zum Ziel. Neun Menschen starben und 23 weitere wurden verletzt. Bei einem früheren Angriff waren bereits zwei Bewohner des Dorfes Perex getötet worden. Laut offiziellen Angaben wurden in Südkurdistan bisher 138 Zivilist:innen durch türkische Angriffe getötet. Lokale Quellen sprechen aber von bis zu 178 getöteten Zivilist:innen, der Großteil von ihnen Frauen und Kinder.

Der faschistische türkische Staat setzt seine Kriegsstrategie ununterbrochen fort und weitet sie auf ganz Kurdistan aus. Jeden Tag werden Dutzende von Menschen durch bewaffnete türkische Drohnen ermordet. Das oben erwähnte Massaker in dem südkurdischen Dorf Perex hat den Verrat der mit der Türkei kollaborierenden Barzanî-Familie noch deutlicher werden lassen. Aber die Angst vor den politischen Folgen des Massakers in der Bevölkerung veranlasste Nêçîrvan Barzanî, den Präsidenten der KRI, den Sarg eines bei dem Angriff getöteten Kleinkindes selbst zu tragen und damit die direkte Verwicklung seiner Familie in dieses Massaker zu verschleiern.

Jeden Tag werden Guerillakämpfer:innen, die mutigen Kinder des kurdischen Volkes, oder patriotische Zivilist:innen in Şengal und Mexmûr bei türkischen Angriffen ermordet. Die Barzanî-Familie ist direkt in diese Morde verwickelt und stellt dem türkischen Geheimdienst MIT alle notwendigen Informationen für die Durchführung zur Verfügung. Durch ihre Kollaboration verliert der Barzanî-Clan eigene Willens- und Gestaltungskraft und ist mittlerweile praktisch vollständig in die südkurdische Region Behdînan abgedrängt worden. Sie hat sich zu einer Art Staatsbeamtin des AKP-MHP-Faschismus entwickelt.

Der Barzanî-Clan hat mittlerweile sein Ansehen im kurdischen Volk verloren und wird offen als Kollaborateurin und Verräterin bezeichnet. Die von ihr dominierte Partei PDK hält sich mithilfe der in dem Gebiet Behdînan, vor allem in Dihok und Hewlêr (Erbil), organisierten bewaffneten Milizen Roj-Peschmerga und der von ihr rücksichtslos ausgebeuteten wirtschaftlichen Ressourcen der Region auf den Beinen. Für ihr Weiterbestehen braucht sie die Unterstützung ausländischer Kräfte, denn ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist eklatant geschwunden und damit auch ihr politischer Gestaltungsspielraum. Vor allem England und Israel, aber auch die USA und die EU versuchen ihr Möglichstes, die Barzanî-Familie an der Macht zu halten, um ihre strategischen Interessen und ihre Ausbeutungspolitik in Kurdistan weiter zu verfolgen. Aus diesem Grund praktiziert diese Familie heute Verrat und Kollaboration, während sie zugleich in allen Teilen Kurdistans wie eine Bedienstete des Imperialismus auftritt. Sie wird als eine Art Projekt genutzt, mit dessen Hilfe die Einheit und Freiheit des kurdischen Volkes verhindert werden soll. In diesem Zusammenhang wird versucht, die PKK, eine Bewegung, die sich durch große Menschlichkeit auszeichnet, zu zerschlagen und die PDK, eine von jeglichen menschlichen Werten entleerte Alternative, am Leben zu halten und in den Vordergrund zu rücken.

Um die Barzanî-Familie haben sich heute all die Kräfte Kurdistans versammelt, die aus Angst um ihre Existenz entschieden haben, mit dem türkischen Staat zu kollaborieren und Verrat zu üben. Diese Kräfte haben dem kurdischen Volk nichts Anderes zu bieten, als Schmerz und Hoffnungslosigkeit. Genauso wie der AKP-MHP-Faschismus werden sie letztendlich Rechenschaft dafür ablegen müssen, und davor werden ihnen auch ihre auf der ganzen Welt verteilten Paläste keinen Schutz bieten können.

Im Irak hat das türkische Militär mittlerweile an 104 Orten Stellungen bezogen. Dazu kommen noch fünf große Militärstationen und 4000 türkische Soldaten auf irakischem Staatsgebiet. Fügen wir dem noch die vom MIT angeworbenen bzw. direkt eingesetzten Agenten hinzu, können wir davon ausgehen, dass der türkische Staat in Südkurdistan über ca. 10.000 Einsatzkräfte verfügt. Dementsprechend groß ist der Einfluss der Türkei in dem Land und die Kraft, türkische Interessen vor Ort durchzusetzen. Das jüngste Bombardement in dem Dorf Perex ist ein Signal der Türkei an alle irakischen Kräfte, dass sie mit gezielten Massakern jederzeit intervenieren kann. All dies tut sie mit direkter Unterstützung der kollaborierenden PDK, die sich zudem seit geraumer Zeit verstärkt bemüht, die irakische Armee in den Krieg gegen die PKK zu verwickeln. Auch in Bezug auf das Massaker in Perex wird die PDK in diesem Sinn wieder all ihre politisch-diplomatischen Möglichkeiten für das Erreichen dieses Ziels einsetzen.

Mittlerweile ist jedoch allen Beteiligten sehr deutlich geworden, dass die Präsenz des türkischen Staates im Irak eine große Gefahr für die Zukunft der dort lebenden Menschen darstellt. Die faschistische Politik der AKP-MHP-Regierung wird dazu führen, dass die in der Region lebenden Völker noch stärker zusammenrücken und ihre Beziehungen untereinander stärken. Auf der Grundlage der daraus resultierenden Solidarität der Völker wird sich deren gemeinsame Widerstandsfront gegen die türkische Besatzung und den Kolonialismus verbreitern, wodurch letztendlich Besatzung und Kollaboration ein Ende finden werden.

Şengal und Mexmûr Ziel türkischer Angriffe

Während der türkische Staat seine schmutzigen Pläne im Irak und Südkurdistan weiter verfolgt, greift er auch immer wieder Şengal und das Geflüchtetencamp Mexmûr an, die er beide als Hindernis für seine Politik in der Region betrachtet. Immer dann, wenn er andernorts in Bedrängnis gerät, sucht er nach Vorwänden, um diese beiden Orte anzugreifen mit dem Ziel, sie und ihre Selbstverwaltungsstrukturen zu zerschlagen. Da die NATO, insbesondere die USA, den irakischen Luftraum für türkische Kampfflugzeuge und Drohnen offen halten, kann die Türkei die Führungspersönlichkeiten der in Şengal und Mexmûr lebenden Bevölkerung, und auch deren Kinder und Frauen ermorden. Sie verfolgt dabei das Ziel, den patriotischen und widerständigen Geist der Menschen Şengals und Mexmûrs zu brechen und diese zur Kapitulation zu zwingen. Damit hätte sich die Türkei zweier wichtiger Hindernisse entledigt.

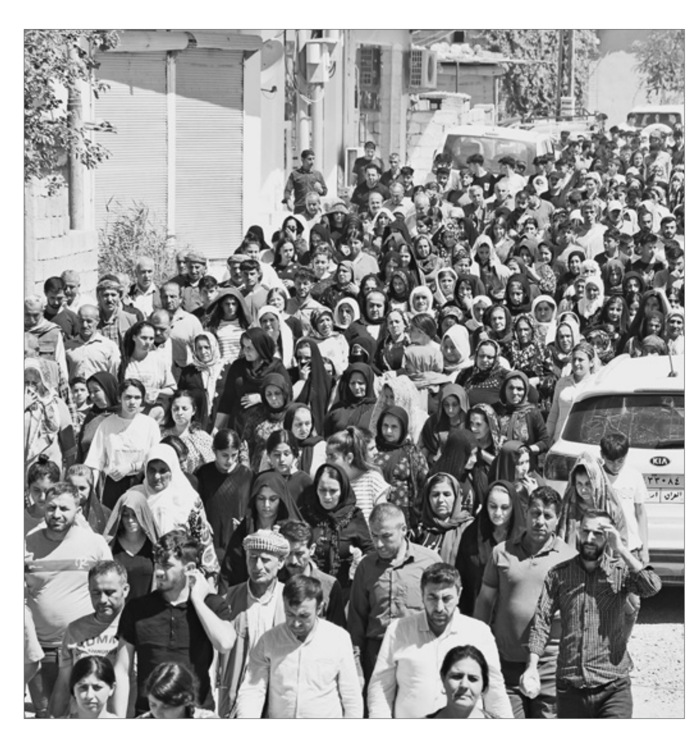
Seit Jahren ist besonders das politische Geflüchtetencamp Mexmûr ein Angriffsziel des faschistischen türkischen Staates und der mit ihm kollaborierenden PDK. Schauen wir uns daher einmal genauer an, welche Versuche in jüngster Zeit unternommen wurden, um das Camp dazu zu bewegen, seinen Widerstand aufzugeben.

Während des seit 27 Jahren andauernden Lebens als Geflüchtete haben die Menschen Mexmûrs je nach politischer Phase verschiedene Arten von Angriffen erlebt. Das Ziel ihrer Feinde hat sich nicht verändert, doch die Angriffe haben im Lauf dieser Zeit zunehmend ihre Orientierung an moralischen Maßstäben verloren. Heute haben wir es mit sehr schweren Angriffe zu tun, die institutionalisiert und gut geplant durchgeführt und immer intensiver werden. Dutzende Menschen wurden seit Dezember 2017 durch türkische Drohnenangriffe auf das Geflüchtetencamp Mexmûr getötet, viele davon Frauen und Kinder. Zuletzt wurden im Juli 2022 zwei alte Frauen bei einem Drohnenangriff der Türkei verletzt. Derartige Angriffe stellen für die Campbewohner:innen mittlerweile eine Art Routine dar. Ständig kreisen türkische Drohnen über ihnen und erzeugen eine Atmosphäre permanenter Angst vor neuen Angriffen. Dieser Druck soll die Menschen zum Verlassen des Camps zwingen.

Der türkische Geheimdienst MIT und der Geheimdienst Parastin der PDK planen von Hewlêr aus gemeinsam intensive Aktivitäten, um Mexmûr zu zerschlagen. Die in Hewlêr angesiedelte gemeinsame Zentrale der beiden Geheimdienste wird von Eli Ewni geleitet, der sowohl Mitglied des PDK-Zentralkomitees als auch des Parastin ist. Im Juni diesen Jahres traf eine neue Gruppe MIT-Agenten in Hewlêr ein. Ein Teil von ihnen wurde kurz darauf in die Stadt Kerkûk verlegt. Regionale Medien berichteten über die Ankunft der Gruppe. Ein Teil dieser MIT-Agenten wird explizit mit dem Ziel in der Region eingesetzt, an den Aktivitäten gegen das Camp Mexmûr mitzuwirken. Lokale Quellen berichten, dass diese MIT-Agenten in Uniformen der südkurdischen Peschmerga als angebliche PDK-Peschmerga in dem Gebiet um Mexmûr aktiv sind und dort u.a. in von der PDK kontrollierten Militärstationen untergebracht werden. Es wird berichtet, dass sie von dort aus direkt an Aktivitäten in der Region, insbesondere gegen das Mexmûr-Camp beteiligt sind. Sie scheinen sich darauf zu konzentrieren, in Mexmûr lebende Menschen als Agenten zu gewinnen und Drogen unter der in der Region lebenden Bevölkerung zu verbreiten. Zudem versuchen sie, Menschen aus dem Geflüchtetencamp dazu zu bewegen, das Camp zu verlas-

sen und nach Hewlêr oder sogar in die Türkei zu ziehen. Selbst für den Weg nach Europa wird den in Mexmûr lebenden Menschen von diesen MIT-Agenten Unterstützung angeboten.

Im irakischen Parlament arbeitet die Türkei aktiv daran, mithilfe von ihr kontrollierter Minister:innen und Parlamentarier:innen ihre Politik gegen das Mexmûr-Camp auch auf politischer Ebene umzusetzen. Sie will verhindern, dass die bestehenden irakischen Gesetze in Bezug auf Geflüchtete im Fall der Bevölkerung Mexmûrs umgesetzt werden. Die Türkei tut alles dafür, dass die Menschen aus Mexmûr nicht die ihnen gesetzlich garantierten Rechte in Anspruch nehmen können. Laut geltendem irakischen Recht (Paragraph 1971/51) hat die Bevölkerung Mexmûrs den offiziellen Status als »politische Geflüchtete«. Dessen ungeachtet werden ihr bis heute zahlreiche damit verbundene Rechte verwehrt. Der turkmenische Parlamentarier Erşat Salihi und zahlreiche weitere Mitglieder des irakischen Parlaments verfolgen eine vom türkischen Staat vorgegebene Politik. Auf sie alle hat die Türkei großen Einfluss, den sie nutzt, um im irakischen Parlament und in der Regierung sehr effektiv gegen die Bevölkerung des Mexmûr-Camps Politik zu machen.



Ein junger Mann wurde im Märtyrer-Flüchtlingslager Rustem Cûdî (Mexmûr) durch die Bombardierung einer türkischen Drohne verletzt. Die Menschen im Camp Mexmûr verurteilten den Angriff mit einem Massenmarsch. Foto: ANF

Angriffe gegen Kooperativen der Bevölkerung

Aufgrund der vor Ort vorherrschenden Bedingungen und des Drucks der Türkei und der PDK, kämpft die Bevölkerung Mexmûrs beständig mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seit Mai 2018 erreichen keinerlei Hilfslieferungen mehr das Camp. Auch die UN hat ihre Hilfen eingestellt. Die PDK selbst hat den Zugang zu dem von ihr kontrollierten Gebiet für die Menschen des Mexmûr-Camps faktisch unmöglich gemacht. All diese Entwicklungen haben die wirtschaftliche Lage des Camps noch einmal deutlich verschlechtert. Als einzige Einnahmequelle bleibt den Menschen die Arbeit im Bausektor des Landes. Entsprechend viele junge Männer arbeiten in anderen Teilen des Iraks auf dem Bau. Mit ihrem Verdienst konnten im Mexmûr-Camp kleine Wirtschaftskooperativen für Viehwirtschaft aufgebaut werden. Die in diesen Kooperativen organisierten Bewohner:innen Mexmûrs haben also begonnen, selbst für ihre Einkünfte zu sorgen und so die bestehenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Die Ziegen und Schafe werden auf Viehmärkten in der Region verkauft und mit dem verdienten Geld kann die Arbeit der Kooperativen weiter finanziert werden. Vor kurzem wurden alle Schafe und Ziegen an zwei Viehhändler verkauft, der Kaufpreis von zwei Millionen Dollar jedoch nie bezahlt. Beide Personen verschwanden nach Übergabe der Tiere spurlos. Später stellte sich heraus, dass diese beiden angeblichen Viehhändler Mitglieder des PDK-Geheimdienstes Parastin waren. Etwa zur gleichen Zeit waren Personen, die in dem bergigen Gelände der Region Handel betrieben, mit in Mexmûr lebenden Kleinhändler:innen in Kontakt getreten und hatten sie um eine Million Dollar betrogen. Durch diese von der PDK und dem türkischen Staat eingesetzten Personen wurde die Bevölkerung Mexmûrs um insgesamt drei Millionen Dollar betrogen. Das Ziel hinter dieser Politik ist klar: Die Bevölkerung des Camps soll wirtschaftlich ruiniert werden.

Selbstorganisierung gegen Unterwerfung

Trotz der grenzenlosen faschistischen Angriffe verzichtet die Bevölkerung des politischen Geflüchtetencamps Mexmûr auch weiterhin nicht auf ihre Selbstorganisierung und ihren politischen Kampf, sondern setzt ihren Widerstand ununterbrochen fort. Im Bewusstsein für ihre wichtige Mission und Rolle in der Region und auf Basis ihrer eigenen Kraft bleiben die Menschen dort. So wird das Mexmûr-Camp auch weiterhin ein Albtraum für seine Feinde bleiben. Den Menschen des Camps wird es mit Sicherheit gelingen, aus den von ihnen geschaffenen friedlichen Beziehungen zu den Völkern der Region eine solidarische Gemeinschaftlichkeit zu schaffen. Dabei werden ihnen auch die in den vergangenen 27 Jahren umfassenden praktischen Erfahrungen, verwurzelt im demokratisch-freiheitlichen Denken und in der demokratischen Selbstorganisierung, helfen. ♦

Aufruf der Guerilla an Besatzungsgruppen

»Ergebt Euch der Guerilla!«

ANF, 20. Juni 2022

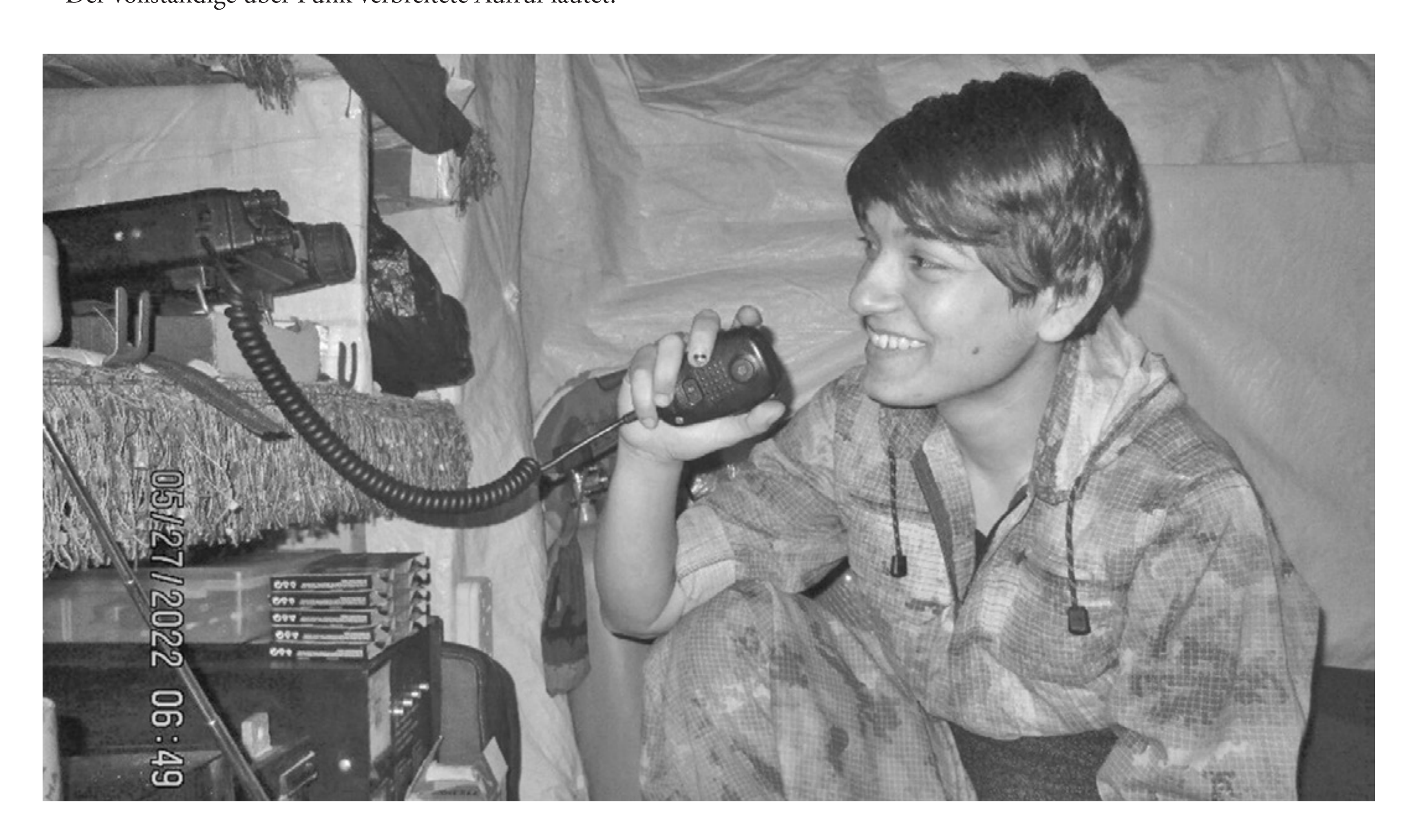
Inmitten der Angriffe des türkischen Staates auf die Freiheitsbewegung in den Bergen Kurdistans richten die Guerillakämpfer:innen der Volksverteidigungskräfte (HPG) einen Aufruf an die türkischen Soldat:innen. Eine Mitschrift des über Funk verbreiteten Textes drucken wir im Folgenden ab. Darin werden die Soldat:innen aufgefordert, aufzugeben, denn dieser Krieg sei einer der Herrschenden, der Reichen und nicht im Interesse der verarmten Bürger:innen des Landes, die für wenig Geld in den Tod geschickt werden. Betont wird zudem, dass die kurdischen Kämpfer:innen nicht ihre Feinde seien; vielmehr solle sich der gemeinsame Kampf gegen das Regime richten: »Dieser Krieg ist nicht Euer Krieg. Es ist der Krieg der Reichen, der Bosse und der Bourgeoisie.«

Der vollständige über Funk verbreitete Aufruf lautet:

»Hey, Soldat:in, Kind des armen Volkes,

wisse genau, dass Recep Tayyip Erdoğan, Hulusi Akar und Süleyman Soylu ihr Ausbeutungs- und Plünderregime fortsetzen wollen, indem sie weiter Hass auf Kurd:innen verbreiten und die Kinder der Armen des türkischen Volkes in den Tod schicken.

Wenn ihr Spruch ‚Alles für die Türkei' keine Lüge ist, warum gibt es dann unter Euch keine Söhne oder Töchter von AKP-Minister:innen oder -Abgeordneten? Habt Ihr Euch jemals gefragt, warum es unter Euch kein Kind eines Generals gibt? Es ist offensichtlich, dass die ausbeuterischen Feind:innen des Volkes im Luxus auf Kosten des Blutes der Armen leben.



Wisse genau, Recep Tayyip Erdoğan ist ein Vampir, der seine im Zusammenbruch befindliche Herrschaft mit Hilfe des Blutes des kurdischen und türkischen Volkes fortsetzen will.

Dieser Krieg ist nicht Euer Krieg. Es ist der Krieg der Reichen, der Bosse und der Bourgeoisie, die Dich in den Tod schicken, indem sie Dir ein paar Cent geben. Leg Deine Waffe nieder und höre mit dem Krieg auf!

Die Kommandanten schicken Euch in den Tod, um sich selbst im Hinterland zu schützen!

Die revolutionären Tunnel sind Todestunnel für die Soldat:innen des Kolonialismus. Eure Befehlshaber wissen das und schicken Euch für ihre persönliche Karriere in den Tod. Habt Ihr jemals von jemandem gehört, der in die revolutionären Tunnel ging und lebendig wieder herauskam? So jemanden gibt es nicht. Niemand ist jemals in einen von der Guerilla besetzten Tunnel hineingegangen und lebendig wieder herausgekommen. Wenn die Kommandierenden darauf bestehen, Dich zu diesen Tunneln zu schicken, falle nicht darauf herein. Wir haben nichts gegen Dich. Wir sind, wie Du, die Söhne und Töchter dieses Landes. Wir sind nicht gegen Dich, wir sind gegen die Herrschenden und ihre Kollaborateur:innen, die in Vergnügen in Palästen leben, während die armen Völker durch Kriegs- und Profitpolitik ausbluten. Unsere Ziele sind die Kommandierenden und die Herrschenden, die diesen Krieg führen. Wenn man sie sagen hört, dass jemand nach vorne kommen muss, dann sollen doch die Kommandeure die Vorhut bilden.

Hey, Soldat:in des armen Volkes!

Wisse, wenn Du Dich der Guerilla ergibst, wirst Du nicht sterben. Im Gegenteil, die Guerilla lässt Dich leben und gibt Dir die Möglichkeit eines freien und demokratischen Lebens. Lege die Waffen vor der Guerilla nieder!

Die jungen Frauen und Männer, die für eine freie und würdige Zukunft aller Armen und Arbeiter:innen in diese Berge gegangen sind, sind nicht Eure Feinde. Sie sehen Dich auch nicht als Feind an. Kämpfe nicht gegen sie. Kapituliere gegenüber der Guerilla! Befreie Dich von diesem dreckigen und faschistischen System. So können sich alle Völker der Türkei und die werktätigen Klassen ebenfalls von der Unterdrückung und dem Dämon der Inflation befreien. Der einzig richtige Weg dafür ist, dem Regime als Handlanger des Imperialismus nicht mehr zu dienen und sich mit den Revolutionär:innen in der Türkei und Kurdistan zu solidarisieren. Dies ist der ehrenhafteste und würdigste Weg.

Ein:e treue:r und ehrliche:r Bürger:in zu sein heißt nicht, für Geld zu kämpfen und das Blut der Kinder des Volkes zu vergießen; es besteht darin, gegen die Unterdrückung und die Herrscher, die die Völker ausbeuten, zu kämpfen und sich für ein freiheitlich-demokratisches Land und Leben einzusetzen. Heute ist es die Freiheitsguerilla Kurdistans, die die Freiheit in Kurdistan und den Kampf für Demokratie in der Türkei hochhält. Die Kämpfer:innen der Guerilla geben dafür ihr Leben. Kämpfe nicht gegen sie! Wenn Du ein:e ehrenhafte:r, würdige:r und treue:r Bürger:in der Türkei sein willst, dann greife nicht zu den Waffen gegen die Guerillakräfte. Ergib Dich und begegne so der freien Welt; werde so ein:e ehrenhafte:r und glückliche:r Streiter:in für Frieden und Demokratie!« ♦

Ein Bericht vom Forum zur Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien

»Diese Revolution wird Realität werden, für die Frauen der ganzen Welt«

Andrea Wolf Institut

In Erinnerung an Şehîd Jiyan Tolhildan, Şehîd Roj Xabur und Şehîd Barîn Botan

Am 22. und 23. Juli 2022, zum zehnten Jahrestag der Revolution, fand das Forum zur Frauenrevolution in Qamişlo, Nord- und Ostsyrien statt. Organisiert wurde es von Kongra Star, der Jineolojî-Akademie, den Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), der Frauenunion Zenobiya, der Union der Suryoye-Frauen, dem Frauenrat Nord- und Ostsyrien und dem Frauenrat Syrien. Das Forum fand in der Rojava-Universität statt und vor Ort nahmen über 200 Frauen als Delegierte aus Kurdistan, dem Mittleren Osten und der ganzen Welt teil. Es hätten noch mehr sein sollen, jedoch war es Frauen aus einigen Regionen des Mittleren Ostens aufgrund der Visa- und Reisepolitik der Staaten nicht möglich einzureisen. Unzählige Frauen verfolgten die Veranstaltung online.

Wir befinden uns mitten im Krieg, und es bedeutet viel, ein solches Forum zu veranstalten. Es ist ein Moment des Zusammenkommens in höchst angespannten Zeiten, in denen vieles auf dem Spiel steht. Zeiten, in denen es gilt, wachsam zu sein und die Errungenschaften der Revolution auf allen Ebenen zu verteidigen, sie weiterzuentwickeln, zu vertiefen und auszuweiten.

Die Allgegenwärtigkeit des Krieges wurde uns auch während des Forums schmerzlich bewusst. Drei Teilnehmerinnen wurden auf ihrem Rückweg vom faschistischen türkischen Staat gezielt durch einen Drohnenangriff getötet: die YPJ-Kommandantin bzw. Kommandantin der Anti-Terror-Einheiten (YAT) Jiyan Tolhildan, die am ersten Tag auf dem Forum gesprochen hatte, die YPJ-Kommandantin Roj Xabûr und Barîn Botan, ebenfalls Mitglied der YAT. Alle drei fielen bei dem Angriff, und so wurde das Forum nachträglich den drei Freundinnen gewidmet.

Das Forum

Das Forum gab einer beeindruckenden Zusammenkunft von Frauen Raum, die in den verschiedenen Bereichen gesellschaftlicher Organisierung eine wichtige Rolle einnehmen. In jeder einzelnen Frau spiegelten sich die Stärke, Entschlossenheit und die Lebendigkeit dieser Revolution wider. Gleichzeitig wurden die verschiedenen Farben, die jede Frau zum Gelingen der Revolution beiträgt, sichtbar: Viele der anwesenden Frauen haben seit den allerersten Schritten der Revolution große Verantwortung getragen, und dann ist da die neue Generation junger Frauen, die in der Revolution groß geworden sind. In den Pausen diskutierten Frauen in ihren traditionellen Kleidern mit Freundinnen in YPJ-Uniform, mit Müttern, die im Gerechtigkeitssystem aktiv sind, mit Frauen aus lokalen Selbstverwaltungsstrukturen, mit jungen Studentinnen … Es wird nur einmal mehr klar, dass alle Bereiche der Revolution zusammengehören und es einen ganzheitlichen Aufbau und eine ganzheitliche Verteidigung braucht. Das Forum fand zum großen Teil auf Arabisch mit Übersetzung ins Kurdische statt. Das, ebenso wie die Vielfalt an Organisationen, zeigt, dass es sich schon lange nicht mehr allein um eine kurdische Revolution handelt, sondern alle Frauen Nord- und Ostsyriens und darüber hinaus expliziter und selbstverständlicher Teil dessen sind.

Das Forum begann und endete mit der Erinnerung an die Şehîds [dt.: Gefallenen], an all die Frauen, die ihr Leben für die Revolution und für die Verteidigung einer freien Gesellschaft gegeben haben. Ein Video mit Bildern machte die Erinnerungen an sie lebendig. Nach einer einleitenden Rede von Seiten der Frauenorganisation Kongra Stars zur Feier der zehn Jahre Frauenrevolution folgte eine Einordnung der globalen und regionalen politischen Lage im Angesicht globaler Kriegsführung, der wir als Frauen organisiert und solidarisch entgegentreten, um die Frauenrevolution im 21. Jahrhundert voranzubringen. »Als Frauen Mesopotamiens haben wir das Glück,

selbst Geschichte zu schreiben«, sagte Foza Yûsifals, Sprecherin der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). »Deshalb müssen wir uns auf einen großen Krieg vorbereiten. (…) Wir müssen uns immer die Situation der Frauen in Efrîn, Serêkaniyê und Afghanistan vor Augen führen. Wir sind stark und glauben an uns, wir müssen das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Freiheit für alle Widerstandskämpferinnen werden lassen. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Freiheit der Frauen und der Völker sein.«

Die zwei Tage waren gefüllt mit eindrücklichen Redebeiträgen und Workshops. Zu den Themen gehörten die Bewertung von zehn Jahren Frauenrevolution, ideologische und physische Angriffe auf die Errungenschaften der Frauenrevolution und deren Verteidigung. In den Workshops wurden Themen wie die Vorreiterinnenrolle von Frauen in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen, Frauenkämpfe im politischen und rechtlichen Bereich, Frauenrechte und die Entwicklung von Frauenökonomie gegen Armutspolitik diskutiert. Weiterhin wurde die Rolle der Frauenrevolution im Kontext Syriens und des Mittleren Ostens erörtert. Den Abschluss bildete eine Diskussion über die Ergebnisse des Forums zum Aufbau von Zukunftsperspektiven.

Über jedes Panel und jeden Workshop ließen sich Seiten schreiben, jedoch wollen wir hier einen besonderen Fokus auf den Beitrag von Şehîd Jiyan Tolhildan legen, den sie im Rahmen des zweiten Panels gehalten hat. In Erinnerung an sie überlassen wir ihr hier das Wort.

Die Rede von Hevala Jiyan Tolhildan:

»Wir grüßen dieses Forum und wir grüßen alle Frauen in Syrien, im Mittleren Osten und auf der ganzen Welt. Wir sprechen allen Şehîds, die für Freiheit und Demokratie gekämpft haben, ihren Müttern, Partner:innen und Kindern unseren Respekt aus. Wir sprechen all unseren Freundinnen und Freunden Respekt aus, die einen Teil ihres Körpers geopfert haben, die in dieser Revolution verwundet worden sind.

Erst vor wenigen Tagen haben wir den zehnten Jahrestag der Revolution vom 19. Juli gefeiert. Euer aller zehnjähriges Arbeiten und Wirken ist in allen Farben, Nationalitäten, Religionen und Kulturen erblüht. Aus diesem Grund gedenken wir ein weiteres Mal aller Şehîds dieser Revolution, und als Kommandantinnen und Kämpferinnen der YPJ verneigen wir uns vor ihnen.

Jede Gesellschaft hat ihre Geschichte, und diese Geschichte ist voller Vorkämpfer:innen und Held:innen. Gesellschaften, insbesondere die kurdische Gesellschaft, die arabische Gesellschaft, die türkische und die iranische Gesellschaft, mit denen wir in dieser Region zusammenleben, hatten historische Vorkämpfer:innen, die heute in Rojava, Kurdistan weiterleben.

Was sich durch die Vorkämpferinnenrolle von Frauen wie Besê, Sara und Zarîfe entwickelt hat, wurde in Rojava durch die Vorreiterinnenschaft von Warşîn, Jînda, Roksan und zuletzt Tolhildan Raman, Sosîn Bîrhat, Şîlan Cûdî fortgesetzt. Sie haben ihr Leben gegeben, um all jene Gesellschaften zu stärken, die heute gegen das hegemoniale System der Unterdrückung, des Staates und des Mannes kämpfen.

Überall in Rojava begannen sich die YPJ Schritt für Schritt zunächst in den eigenen Dörfern und Städten zu organisieren; mit sehr bescheidenen Schritten, mit der Philosophie, die eigene Existenz und Gesellschaft zu verteidigen. Sie gingen von dort aus und stellten sich im gesamten Syrien all den brutalen Söldnern entgegen, die im Namen der islamischen Religion, im Namen der Schaffung eines islamischen Staates zwischen Irak und Damaskus, jede:n ermordeten, der:die ihnen unter die Augen kam. Wir haben die Bilder gesehen. Die Kämpfer:innen haben uns von einer solchen Gewalt, Brutalität und Mentalität befreit. Was haben sie damit für die Gesellschaft erreicht?

Wenn wir heute auf sämtliche Kontinente der Welt schauen, dann sehen wir, dass das System des Nationalstaates den Frauen und Gesellschaften nichts gelassen hat, außer unserer Selbstverteidigung und unserem Kampf. Nur auf diese Weise können freie Individuenund eine freie Gesellschaft entstehen.

Aus diesem Grund gratulieren wir heute von ganzem Herzen allen Frauen, die Teil dieser Revolution sind. Und wir sagen als YPJ: Zehn Jahre liegen hinter uns. Um diesen Tag zu erleben, haben Tausende von Freiheitskämpfer:innen, Frauen und Mütter, mit der Arbeit und Anstrengung ihrer eigenen Hände diese Erde, diese Revolution in eine großartige verwandelt. Es wurden große Opfer dafür gegeben. Wir könnten stundenlang davon erzählen. Jede Familie, jede Mutter und jedes Mädchen – alle sahen sich in der Verantwortung. Wer genug Kraft dazu hatte, griff zur Waffe und stellte sich an die vorderste Front, mit großer Selbstlosigkeit, ohne einen Blick zurück zu werfen, ohne zu unterscheiden: ist jemand arabisch, syrianisch, turkmenisch, assyrisch, syrisch, irakisch, aus dem Mittleren Osten, oder sind es Frauen der ganzen Welt?

Ethik, der Weg der politischen Gesellschaft, ist für uns der einzige Weg. Wir leben dafür, wir kämpfen dafür und wir werden dafür auch sterben. Ohne jemals auch nur eine Minute daran zu zweifeln. Denn der Gedanke und die Philosophie der Demokratischen Nation wurden als ein Geschenk der Freiheit von Abdullah Öcalan formuliert. Ein Samen, der vor 50 Jahren gepflanzt wurde, in Kurdistan, im Mittleren Osten und weltweit.

Heute hat sich in Rojava die Chance aufgetan, dass wir uns vom Faschismus der Nationalstaaten befreien können, dass wir uns von der Kultur des Völkermords, der Vergewaltigungskultur, der Kultur des Kaufens und Verkaufens befreien können.

Wir sagen: Wir sind Frauen, wir existieren; ohne dass jemand sich meines Körpers bemächtigt, meine Sprache an sich reißt, ohne mein Geschlecht als Frau auszulöschen.

Wir haben gesehen, was der IS im Irak und in Syrien gemacht hat. Diese Aktion, die wir heute hier organisieren, ist eine sehr demokratische und natürliche Aktion. Eine solche Möglichkeit hätte es vor zehn Jahren nicht gegeben. Frauen hätten nicht einmal in diesem Maße an Frauen geglaubt und Frauen hätten nicht so einfach mit anderen Frauen zusammen arbeiten oder Aktionen durchführen können. Denn das System der Nationalstaaten hat im Namen des Nationalismus, im Namen der Religion, im Namen anderer Kulturen eine totale Fragmentierung geschaffen. Nicht nur in unseren Gedanken und Seelen, sondern auch in unseren Körpern. Aus diesem Grund entspringt das Bewusstsein der Selbstverteidigung in den Kräften der YPJ ihrer demokratischen, gleichwertigen und natürlichen Kraft. Sie machen keine Unterschiede. Wie gesagt, die YPJ begannen in den eigenen Dörfern und Städten und organisierten sich mit arabischen Frauen, syrianischen Frauen, assyrischen Frauen, chaldäischen Frauen. Sie organisierten sich an den ersten Frontlinien, sie griffen zu den Waffen. Denn ohne organisierte Selbstverteidigung kann die Gesellschaft nicht verteidigt werden. Und besonders Frauen können wir ohne diese nicht verteidigen.

Als Frauen Mesopotamiens haben wir das Glück, selbst Geschichte zu schreiben

Wir schauen heute auf die Kontinente dieser Welt, auf die Gesellschaft in Europa. Zweifellos hatten sie ihre Held:innen und Vorkämpfer:innen, um die Freiheit zu erreichen, die wir heute als individuelle bezeichnen. Wenn wir uns die Gesellschaften des afrikanischen Kontinents und die Situation der Frauen vergegenwärtigen, sehen wir, sie sind ohne Verteidigung. Sie sind sehr wissend, sie kämpfen und sind nicht mit allem einverstanden, aber sie haben kein System, um alle Frauen des Kontinents zu erreichen. Heute schauen wir auch auf die Frauen im Mittleren Osten, sie sind nicht schlecht aufgestellt. Sie sind Vorreiterinnen in jedem Sinne, aber als es zum Angriff auf ihre Gesellschaften und ihre Körper kam, wurden sie wie Sklavinnen verkauft. Der IS verkaufte und kaufte sehr viele kurdische, arabische, armenische und assyrische Mädchen und Frauen als Gefangene. Dies ist keine Geschichte, die sich vor tausenden von Jahren ereignet hat, sondern innerhalb der letzten zehn Jahre. All das geschah nicht im Verborgenen, sondern vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Niemand hat sich dazu geäußert, außer Frauen einiger demokratischer und feministischer Bewegungen, die Aktionen gemacht haben. Das wissen wir zu schätzen – all diejenigen, die auf der Seite der Frauen Nord- und Ostsyriens standen und die YPJ als ihre eigene Armee betrachteten. Und heute in Afghanistan: Wer außer Müttern, Frauen und Mädchen erlebt heute so viel Gewalt in Afghanistan? Das haben Frauen heute in der Sitzung schon angesprochen. Den Schmerz, den sie in ihrer Persönlichkeit erleiden, erleidet die ganze Gesellschaft.

Die Mentalität der Selbstverteidigung ist sehr schwach. Verteidigung ist seit tausenden von Jahren den Männern überlassen worden. Und Männer, das hat man in Şengal personifiziert in der PDK[1] und dem irakischen Staat gesehen, liefen davon, als der IS kam, und ließen Frauen und Gesellschaft zurück, ohne sich umzudrehen. Bevor auch nur ein »Allahu Akbar‹ ihre Ohren erreichte. Fünf Jahre später wurden Raqqa und schließlich Deir ez-Zor vom IS befreit, der jede mögliche Form von Gewalt im Namen der Religion des Islam ausübte. Frauen, die befreit wurden, drückten es in wenigen Worten aus: »Wir haben uns tausende Male den Tod gewünscht. Aber nicht mal das lag in unserer Hand, als wir in den Händen des IS waren.« Wir haben das alles in Bildern, in Videos und Filmen gesehen.

Aber heute sind wir einer noch größeren Gefahr ausgesetzt, weil das Bewusstsein über Selbstverteidigung als Kultur noch nicht in jedem Haus und jeder Gesellschaft angekommen ist.

Sie ist nicht zur Aufgabe jeder Frau geworden. Deshalb können problemlos Pläne hinter verschlossenen Türen geschmiedet werden, auf Landkarten werden Linien gezogen. Und wenn diese Pläne umgesetzt werden, wird die Menschheit nicht gefragt und die Frauen werden erst recht nicht gefragt. Dabei sind es die Frauen, die den größten Schaden davontragen. Ihre Ansichten und ihre Meinungen sind nicht vertreten, aber in der Praxis sind sie es, die gekauft und verkauft, vergewaltigt und ermordet werden. Wir sehen heute, wie schlecht die Situation der Frauen in Wirklichkeit ist, auch in den demokratischsten Staaten.

Ich möchte das nicht nur so in theoretischer Form sagen, sondern ich möchte, dass unsere Mütter selbst aufstehen und hier sprechen. Welche Selbstlosigkeit und Aufopferung sie gelebt haben; mit ihren eigenen Händen, mit tausenden Töchtern dieses Landes haben sie neben jeder Stadt eine weitere Stadt geschaffen. Das ist unsere Überzeugung im Hinblick auf die Verteidigung aller Frauen.

---

1 PDK – Partiya Demokrata Kurdistanê, Demokratische Partei Kurdistans, auf Deutsch häufig auch KDP abgekürzt



Die durch einen türkischen Drohnenangriff getöteten YPJ-Kommandantinnen Jiyan Tolhildan, Roj Xabûr und Barîn Botan sind in Hesekê unter großer Anteilnahme und militärischen Ehren verabschiedet worden. Foto: Sopdaren roje ya cande

Auf jedem Gefallenenfriedhof dieses Landes ruhen tausende junger Frauen. Und sie ruhen friedlich, weil sie davon überzeugt sind, dass diese Revolution erfolgreich sein wird. Dass dieses System der Demokratischen Nation mit der Kraft der Frauen Wirklichkeit werden wird. Mit dieser Überzeugung und in diesem Glauben sind sie an die Front gegangen. Und unsere Mütter tanzten für uns Govend. Sie haben für die ganze Welt gekämpft. Vor allem für alle Frauen.

Diese Zusammenkunft hier ist allein schon sehr bedeutungsvoll, aber danach wird es unsere erste und wichtigste Aufgabe sein, die Kultur der Selbstverteidigung in allen Häusern zu etablieren. Aufgrund der Kultur der Selbstverteidigung hat die Revolution von Rojava, von Nord- und Ostsyrien, die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gezogen. Internationalistische Frauen sind aus allen Richtungen der Welt über Ozeane und Länder hinweg hergekommen. Sie haben ihren Platz in dieser Revolution eingenommen und sind für sie als Şehîd gefallen. Vielleicht ist ihre Zahl nicht so groß, aber der Geist hat sich verbreitet.

Die YPJ stehen heute vor noch größeren Aufgaben, ihre Verantwortung ist größer geworden, denn die Bedrohung der Revolution durch die Nationalstaaten ist noch ernster geworden. Vom ersten Tag der Revolution an wurde uns gesagt: ›Das wird nach einem Monat vorbei sein. Das wird in einem Jahr vorbei sein, es wird keine Zukunft haben. Die haben keinen Glauben, die sind sowieso Ungläubige.‹ Unter diesem Motto griffen sie uns an und kündigten unser nahes Ende an. Frauenkörper wurden auf Märkten verkauft und einander zum Geschenk gemacht.

Unser Handeln sollte jede Gesellschaft, jede Nation und jede Religion erreichen. Gleichheit, Freiheit, Geschwisterlichkeit entstehen mit der Vorreiterinnenrolle der Frauen.

Weil Frauen in ihrem Wesen weich sind, befürworten sie keinen Krieg. Aber wenn ihre Körper und Gesellschaften angegriffen werden, werden sie als Erste, vor allen anderen, auf höchstem Niveau kämpfen. Sie werden mit jeder Methode, Taktik und Technik kämpfen. Sie werden ihren Kopf nicht senken. Denn das Siegel der Sklaverei und Unterdrückung ist gebrochen. Frauen sind nicht mehr bereit, sich zu unterwerfen. Frauen akzeptieren es nicht mehr, in Unterdrückung zu leben. In Nordkurdistan, Südkurdistan und Rojava, überall auf der Welt werden Frauen gefangen genommen, werden Frauen ermordet. Aber sie geben nicht auf. Sie verteidigen sich mit all ihren Möglichkeiten.

Wir sind daher sehr froh, dass dieses Forum stattfindet, an dem alle Farben und Stimmen der syrischen Gesellschaft beteiligt sind und an dem Frauen des Mittleren Ostens und der ganzen Welt ebenfalls teilnehmen.

Wir erklären gegenüber der ganzen Welt: Wir greifen niemanden an, aber wenn die ganze Welt uns angreift, dann werden wir uns bis zum letzten Atemzug, bis zum letzten Tropfen unseres Blutes verteidigen. Etwas anderes werden wir nicht akzeptieren.

Niemand kann diese Revolution zerstören, solange noch eine Kommandantin oder eine Kämpferin dieser Verteidigungseinheiten existiert. Mit dieser Überzeugung haben Sosîn Bîrhat, Tolhildan Raman, Şîlan Goyî und Sozdar Cûdî bis zum Schluss in vorderster Front für die Verteidigung des freien Individuums und der freien Gesellschaft gekämpft und ihr Leben gegeben.

Damit unsere Mütter und alle Mädchen diese Revolution wirklich leben können, und nicht nur sie, sind wir bereit, gegen alle Angriffe Widerstand zu leisten. Und das sind keine leeren Worte. Als Frauen der YPJ stehen wir in der Schuld der Frauen von Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî. Solange wir diese Regionen nicht befreien, solange wir die Geflüchteten, die Mütter, Mädchen und Frauen nicht zurückbringen können, werden wir Tag und Nacht nicht ruhig schlafen können. Es wird nur eine Aufgabe für uns geben: Wie wir diese Regionen wieder befreien können.

Niemand kann diese Revolution zerstören, solange noch eine Kommandantin oder eine Kämpferin dieser Verteidigungseinheiten existiert.

Und wie Mütter und Frauen mit ihren Nachbar:innen in Frieden zusammenleben können. Das wird unsere Aufgabe, unsere Arbeit sein.

In diesem Sinne grüße ich noch einmal dieses Forum.

Und grüße mit Respekt alle Gefallenen dieser Revolution.

Wir gehen auf ihrem Weg.

Wir beglückwünschen erneut die Frauen weltweit, die Frauen des Mittleren Ostens, Syriens, Nord- und Ostsyriens zu diesem Forum.

Als YPJ erneuern wir unsere Überzeugung im Lichte dieses Forums und aller Frauen.

Solange es Angriffe auf die Nation der Frauen gibt, wird unsere Waffe in unseren Händen sein.
Schritt für Schritt, Front für Front werden wir diese Region befreien.
Das versprechen wir unseren Freund:innen und Feind:innen:
Diese Revolution wird Realität werden, für die Frauen der ganzen Welt.

Vielen Dank.«

Die Abschlusserklärung des Forums

In der Abschlusserklärung des Forums wurde bekräftigt, die Kämpfe für Freiheit zu intensivieren und daran zu arbeiten, die Revolution noch mehr zu einer Revolution aller Frauen zu machen.

Als konkrete Ziele wurden ferner formuliert, die Frauengesetze und -prinzipien in ganz Syrien zu implementieren, sich dafür einzusetzen, dass Frauenrechte auch in der zukünftigen syrischen Verfassung festgeschrieben werden, sowie Allianzen zwischen Frauen in ganz Syrien zu stärken. Die Frauenrevolution ist in erster Linie auch eine Revolution des Bewusstseins, weshalb es besonders notwendig ist, dass das Bewusstsein für den Kampf um Freiheit wächst. Auch die Befreiung der besetzten Gebiete wurde in der Abschlusserklärung erneut aufgegriffen: »Die Befreiung aller Frauen aus Besatzung, Gefangenschaft und Angriffen ist unsere Hauptaufgabe. Mit diesem Ziel werden wir unsere Anstrengungen verstärken. Vor allem um Städte wie Efrîn, al-Bab, Cerablus, Azaz, Idlib, Serêkaniyê und Girê Spî zu befreien, die unter der Besatzung des türkischen Staates und seiner Söldner stehen, müssen wir diese Anstrengungen verdoppeln.« Da insbesondere Frauen Zielscheibe geplanter Morde sind, sollten Frauen selbst auch die Kraft haben, sich zu verteidigen. Nicht eine Frau soll ungeschützt bleiben. Am Ende der Erklärung heißt es: »Wir verurteilen den türkischen Besatzungsstaat mit großer Entschlossenheit. Das Forum über die Frauenrevolution widmen wir den Şehids Jiyan Tolhildan, Roj Xabûr und Barîn Botan. Wir verpflichten uns, den Kampf für die Freiheit der Frauen und unsere Selbstverteidigungskraft zu verstärken.«

»You, sisters, are truly the guiding spirit of the revolution«

Was für uns nach dem Forum bleibt: die Stärke und Entschlossenheit der Frauen; das Bewusstsein über die Wichtigkeit globaler Organisierung; dass wir schon viele gute Schritte gegangen sind, diese jedoch nicht ausreichen und wir uns weiterhin mehr Mühe geben und unsere Anstengungen intensivieren müssen.

Es bleiben die Erinnerung an die starke Rede von Hevala Jiyan Tolhildan und der Angriff des türkischen Staates auf sie, Roj Xabûr und Barîn Botan. Der türkische Staat nimmt gezielt Revolutionärinnen und Revolutionäre ins Visier, die schon lange in der Bewegung sind, viel Erfahrung haben, in der Region verwurzelt sind und deren Perspektiven in der Gesellschaft



Das Frauenforum von Qamişlo bekräftigte, die Revolution noch mehr zu einer Revolution aller Frauen zu machen. Foto: ANF

sehr geschätzt werden. Diese Tat ist also kein Einzelfall, sondern dahinter steckt das System, wichtige Revolutionärinnen und Revolutionäre aus unserer Mitte zu nehmen.

Was ist eine angemessene Antwort auf diese Form der Kriegsführung? Rêber Apo[2] hat mit Gründung der PKK als Antwort auf den Mord an Haki Karer deutlich gemacht, dass wir jedem Angriff gegen uns mit einer starken Antwort begegnen müssen. Mit einer Form von Rache, die die patriarchale Macht- und Kriegslogik selbst aushebelt. Es ist wichtig, angesichts solcher Angriffe nicht ausschließlich in eine Politik von Reaktionen zu verfallen. Denn natürlich ist in uns der Wunsch groß, dem türkischen Staat deutlich zu machen, dass wir zurückschlagen, dass wir uns das keinesfalls gefallen lassen, wenn er unsere Freundinnen und Freunde derartig hinterhältig ermordet. Wichtiger als die bloße Reaktion ist jedoch, dass wir mit Leidenschaft und Entschlossenheit am Aufbau der freien Gesellschaft festhalten. Es ist auch wichtig, uns immer wieder zu fragen, ob die Arbeiten, die wir gerade machen, ob das Leben, das wir führen, wichtig und bedeutungsvoll sind. Wenn wir angesichts solcher Ereignisse merken, dass sie es nicht sind, müssen wir uns neu ausrichten. Wir können die Wut in Stärke und Entschlossenheit umwandeln und aus dem Leben, aus den Worten der Gefallenen lernen. Wenn wir uns der Gefallenen würdig erweisen wollen, müssen wir auch die Rede, die Hevala Jiyan Tolhildan auf dem Forum gehalten hat, ernst nehmen. Das bedeutet: Selbstverteidigung in jedem Haus, in jedem Dorf, in jedem Stadtteil, in jeder Stadt aufzubauen.

Und eben auch in uns selbst, in unserem Bewusstsein und in den Verbindungen zwischen uns. Der Feind will uns entmenschlichen. Und genau das dürfen wir nicht zulassen, sondern müssen stattdessen mit noch größerer Verbundenheit mit unseren Werten und miteinander kämpfen. Wie der Name der Freundin Jiyan Tolhildan ausdrückt: Leben (Jiyan) und Rache (Tolhildan). Sich auf der Grundlage revolutionärer Werte zu organisieren, mit Liebe, Geduld und Radikalität, ist die größte Rache gegen patriarchale Angriffe, Kolonisierung und Unterdrückung.

Über die gefallenen Freundinnen sagen wir, was Debbie Bookchin beim Forum in ihrem Grußwort an die Frauenbewegung sagte: »You, sisters, are truly the guiding spirit of the revolution.«[3]

Wir gehen vorwärts mit dem Wissen, dass sich das, was wir Frauenrevolution nennen, nicht aufhalten lässt. Frauen kämpfen überall, allerorts wird an Alternativen zum kapitalistischen Patriarchat gebaut und unsere Verbindungen werden immer tiefer und zahlreicher. Angesichts der globalen Lage, die von Krisen und Kriegen gezeichnet ist, werden im Austausch zwischen den widerständigen demokratischen Kräften weltweit immer mehr gemeinsame strategische Perspektiven deutlich. Sie spiegeln sich für uns in der Perspektive des demokratischen Konföderalismus wider. Es braucht die Kraft und Kreativität einer jeden Einzelnen von uns, es braucht die gemeinsame Organisierung, und es braucht die Entschlossenheit, uns gegenseitig zu verteidigen, wo und wann auch immer es nötig ist, um das 21. Jahrhundert zum Jahrhundert der Frauenrevolution zu machen. ♦

2 Rêber: Vordenker; Apo: Abdullah Öcalan

3 Dt.: »Ihr, Schwestern, seid wahrhaftig der wegweisende Geist der Revolution«

»Je mehr wir Öcalans Ideen verbreiten, desto mehr läuft die Politik der Isolation ins Leere.«

NÛN – eine Fraueninitiative des Mittleren Ostens für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Songül Karabulut, Nationalkongress Kurdistan (KNK)

Seit dem Tag seiner rechtswidrigen Verschleppung aus Kenia am 15. Februar 1999 wurden unterschiedliche regionale und internationale Initiativen gegründet, die sich die Durchsetzung der Forderung »Freiheit für Abdullah Öcalan« zum Ziel gesetzt haben. Während in Kurdistan seit nunmehr 23 Jahren kein Tag vergeht, ohne dass diese Forderung in Form von Aktionen, Pressekonferenzen, Erklärungen, Petitionen gestellt wird, wird sie auch außerhalb Kurdistans und auf internationaler Ebene immer lauter und sichtbarer formuliert. So veröffentlichten 1999 zahlreiche prominente Persönlichkeiten einen Appell und gründeten die Internationale Initiative »Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan«, welche seit März 1999 bis heute für dieses Ziel arbeitet.[1]

Eine weitere wichtige Kampagne unter Dutzenden in diesem Zusammenhang ist zweifellos diejenige der britischen Gewerkschaften. 2016 wurde in Großbritannien unter Federführung der Gewerkschaften UNITE[2] und GMB[3] eine gleichnamige Kampagne initiiert. Inzwischen sind Dutzende Gewerkschaften inner- und außerhalb Englands in diese Kampagne involviert. In Südafrika wurde Anfang 2021 von der Kurdish Human Rights Action Group und dem Gewerkschafts-Dachverband COSATU die »Free Öcalan«-Kampagne ins Leben gerufen.

Vor Kurzem nun hat sich eine Initiative aus dem Mittleren Osten und Nordafrika in dieses Engagement für die Freiheit von Abdullah Öcalan eingereiht. Das Besondere an dieser neuen Initiative aus dem arabischen Raum ist, dass es sich bei ihren Mitgliedern ausschließlich um Frauen handelt. So hat sich zum ersten Mal eine Fraueninitiative gebildet, deren Ziel es ist, der Inhaftierung von Öcalan ein Ende zu setzen. »NÛN – Freiheit für Abdullah Öcalan« wurde von elf Frauen – Anwältinnen, Politikerinnen und Vertreterinnen von Frauenorganisationen – aus Palästina, Libanon, Sudan, Irak, Ägypten, Jemen, Syrien und Libyen gegründet und am 4. Juni 2022 mit einer Pressekonferenz in der libanesischen Hauptstadt Beirut bekannt gegeben. Der arabische Buchstabe NÛN symbolisiert die Frau; daher rührt der Name der Fraueninitiative.

Motive und Ziele der Initiative

Gründungsmitglied Buşra Eli erklärte, dass bewusst die libanesische Hauptstadt Beirut als Ort der Bekanntmachung gewählt worden sei: »Der Vorsitzende Öcalan hat lange Jahre den Befreiungskampf von Libanon aus geführt. Als Gründerinnen haben wir uns die Frage gestellt, wo wollen wir als Initiative beginnen, und haben uns dann einstimmig dafür entschieden, ihre Gründung hier zu verkünden. Das hat symbolische Bedeutung. Unsere Initiative wird auch zur kurdisch-arabischen Freundschaft beitragen.«

Sabah Schuaid aus Libyen erklärte auf der Pressekonferenz: »Ich habe als ersten feministischen Schritt an der Gründung der Initiative ›Freiheit für Öcalan‹ teilgenommen. Es ist meine Aufgabe als Frau, diesen Kampf zu unterstützen, weil Öcalan für die Frauenbefreiung viel geleistet hat und äußerst gerecht zu uns Frauen ist. Dabei macht es keinen Unterschied, ob ich Kurdin bin oder aus Libyen komme.
Wir sprechen hier von jemandem, der mit seinen revolutionären und einzigartigen Gedanken und Ideen einen großen Beitrag für die Frauenbefreiung geleistet hat. Er hat Frauen gestärkt und ermutigt, sich für ihre Rechte einzusetzen. Es ist wichtig, sich für seine Freiheit einzusetzen, egal welche ethnische und religiöse Zugehörigkeit wir haben.«

Die Initiative bedauert, dass obwohl Öcalan in der arabischen Welt als wichtige politische Führungspersönlichkeit bekannt ist, sich nur wenig mit seinen Gedanken und seiner Philosophie

---

1 Für mehr Informationen siehe https://www.freeocalan.org/
2 *Unite the Union*, gewöhnlich kurz Unite genannt, ist eine britische und irische Gewerkschaft
3 GMB steht für *General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union* uns ist eine der größten Gewerkschaften in Großbritannien

auseinandergesetzt werde. Daher habe sie es sich zur Aufgabe gemacht, seine Ideen und Gedanken in Wort und Schrift auf Arabisch bekannt zu machen und zu verbreiten. Seine Philosophie der Freiheit biete allen unterdrückten Identitäten, allen voran den Frauen, eine große Chance. Jedoch würden die kurdische Befreiungsbewegung und vor allem Abdullah Öcalan seit vielen Jahren daran gehindert, sich zu äußern und ihre Gedanken, Analysen und Vorschläge darzulegen; es finde eine regelrechte Verleumdungskampagne statt, die eine verzerrte Wahrnehmung erzeuge. Das sei der Grund, weshalb die politischen und philosophischen Analysen Öcalans im Mittleren Osten für die Lösung bestehender Probleme bislang nicht ausreichend genutzt würden. Darum erklärt die Initiative: »Wir müssen gegen die Isolationspolitik des türkischen Staates kämpfen, der mit allen Mitteln Öcalans Verbindung zur Außenwelt abschneiden will. Je mehr wir seine Ideen draußen verbreiten, desto mehr läuft die Politik der Isolation ins Leere.«

Zu den weiteren Zielen sagte Mona El-Hilalki aus Irak: »Wir möchten über die Medien, die Netzwerke der sozialen Medien eingeschlossen, zur Sensibilisierung für dieses Thema beitragen. So werden wir in arabischer Sprache Online-Seminare organisieren, die sich mit den Ideen und der Philosophie Öcalans befassen. Des Weiteren wollen wir seine Texte und Bücher zur Frauenfrage ins Arabische übersetzen und verbreiten. Wir wollen ein Online-Archiv erstellen, damit die arabischsprachigen Frauen Zugang zu den wichtigen Texten haben, daraus Nutzen ziehen und ihre Probleme lösungsorientiert diskutieren können.«

Die Gründung der Initiative hat sowohl einen menschenrechts- als auch einen friedenspolitischen Aspekt.

Freiheit für Öcalan aus Menschenrechtsperspektive: Abdullah Öcalan hat sein Volk gegen langjährigen Kolonialismus und Unterdrückung organisiert. Aus diesem Grund wurde er 1999 durch ein internationales Komplott, in das unterschiedliche staatliche Geheimdienste involviert waren, verschleppt und in die Türkei gebracht. Seitdem wird er auf der Gefängnisinsel İmralı gefangen gehalten. İmralı ist ein rechtsfreier Raum. Selbst seine geringen Rechte als Gefangener werden ihm vorenthalten. Er ist der berühmteste politische Gefangene, und es wird ihm nicht erlaubt, sich politisch zu äußern. Öcalan wurde nicht nur ein faires Verfahren vorenthalten, sondern es werden ihm all seine Rechte verweigert, und er wird als Geisel festgehalten. So werden seit 2011 Anwält:innenbesuche und seit Oktober 2014 Familienbesuche unterbunden. In Folge öffentlichen Drucks fanden sehr wenige vereinzelte Kontakte statt. So gab es innerhalb der letzten drei Jahre nur zwei familiäre Kontakte: Am 7. August 2019 konnte sein Bruder ihn kurz auf der Insel besuchen, und am 25. Mai 2021 fand ein kurzes Telefongespräch statt, das unterbrochen wurde. Diese Totalisolation ist weder mit dem nationalen noch mit dem internationalen Recht vereinbar. Obwohl das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter) das einzige Organ ist, das ohne Einwilligung der Türkei Gefängnisse besuchen kann, unternimmt es nicht die nötigen Schritte, um dieser skandalösen Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. NÛN fordert die sofortige Einstellung dieser Willkür und die Verurteilung des türkischen Staates für seine Folterpraxis auf İmralı. Diese Forderung erfährt Nachdruck durch die Praxis. So ist geplant, eine internationale Frauendelegation zu organisieren, die an die Türkei und an unterschiedliche internationale Institutionen wie das CPT, die UN, das Europaparlament und den Europarat herantritt und in Gesprächen ihre Forderung vorträgt. Dafür ist eine Kampagne in Planung.

Freiheit für Öcalan aus friedenspolitischer Sicht: Die Initiative möchte sich nicht nur mit Öcalans Ideen zur Frauenbefreiung befassen, sondern auch mit seinen Ideen zu den bestehenden Problemen der Region und mit seinen Lösungsansätzen. Der Mittlere Osten und Nordafrika bluten in Folge verfehlter Politik mit jedem Tag mehr aus. Diese historisch bedingte Situation ist mithilfe der Gedanken und Analysen Öcalans besser zu verstehen; folglich können effektivere Lösungen entwickelt werden. Öcalan ist nicht nur für die Lösung der kurdischen Frage unentbehrlich, sondern auch für den Frieden in der ganzen Region über Kurdistan hinaus eine wichtige Hauptfigur. Die kolonialen Mächte beherrschen die Bevölkerung durch Spaltung. Nationalismus ist eine sehr gängige Ideologie, mit der die Einheit der Bevölkerung zerstört wird. Er wurde auch gegen die kurdischen Bestrebungen nach Freiheit effektiv eingesetzt. Türkischer, arabischer und persischer Nationalismus gegen die Kurd:innen gefährdet zweifellos auch den Frieden in der Region, wenn man bedenkt, dass Kurd:innen auf die Türkei, Irak, Syrien und Iran aufgeteilt sind und zu den wichtigsten innen- und außenpolitischen Faktoren dieser wichtigsten Länder in der Region gehören. Ethnische oder konfessionelle Konflikte führen dazu, dass die Region sich ständig im Kriegszustand befindet und weder Stabilität noch Demokratie und Frieden entwickelt werden können.

Die Gründung der Initiative NÛN ist gleichzeitig ein wichtiger Schritt gegen den Nationalismus und gegen die praktizierte »Teile und herrsche«-Politik in der Region. Ein Kampf für die Frauenbefreiung kann nur erfolgreich sein, wenn er gegen alle Unterdrückungsideologien gerichtet ist.

NÛN wird ihre Ziele in der arabischen Welt bekannt machen, um weitere Frauen für die Initiative zu gewinnen. Gleichzeitig möchte sie auch für die Frauen weltweit ein Vorbild darstellen, mit dem Appell, in den Ländern, in denen sie leben, ähnliche Fraueninitiativen zu gründen, und mit dem Ziel eines weltweiten Netzwerks der Fraueninitiativen »Freiheit für Öcalan«, das sehr stark und eng mit dem Ziel »Freiheit für Frauen« verknüpft ist. ♦

Verantwortung und Hoffnung aus der Revolution der Jugend in Rojava ziehen

Ich bin jung und deshalb träume ich

Tim Strobel

Die Jugend hat nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen. Wenn man die revolutionäre Jugend in Nord- und Ostsyrien und ihre Arbeits- und Herangehensweise in einem Satz beschreiben möchte, dann ist es vielleicht dieser. Seit nunmehr genau zehn Jahren ist die Revolution in Nord- und Ostsyrien in vollem Gange und zuvor schon deutlich länger war sie im Untergrund im Aufbau. Nach ihrem offenen Ausbruch im Juli 2012 wurde von den revolutionären Kräften die historische Chance genutzt, um die Besatzung von Kobanê, Efrîn, Serê Kaniyê, Qamişlo und vielen weiteren Städten durch das Assad-Regime zu beenden. Die Geschichte der Revolution in Nord- und Ostsyrien, aber auch Kurdistan im Ganzen, ist die Geschichte einer gesellschaftlichen Revolution, in der alle Teile der Gesellschaft sich gegen die besetzenden Staaten auflehnen und ihre Unterdrückung nicht länger akzeptieren. Es ist auch die Geschichte einer Gesellschaft, die sich ökonomischer und politischer Unterdrückung entledigt und, seit dem Paradigmenwechsel, gesellschaftliche Organisierung an die Stelle staatlicher Verwaltung und Unterdrückung setzt. Der Kampf der kurdischen Befreiungsbewegung war und ist bis heute ein Kampf der Gesellschaften in Mesopotamien um ihre selbstbestimmte Zukunft. Dieser Kampf war und ist bis heute ein Kampf, der vor allem von zwei gesellschaftlichen Gruppen vorangetrieben wird. Gerade die Frauen, sowie die Jugend, haben in den letzten Jahrzehnten gegen die Nationalstaaten und ihre Unterdrückung gekämpft und die dabei entstandenen Errungenschaften verteidigt.

Von Anfang an war die kurdische Befreiungsbewegung eine Bewegung der Jugend

Waren in den Gründungsjahren Frauen noch immer eher schwach vertreten, so waren es aber durchweg Jugendliche, die sich mit dem Zustand und der Situation ihrer Gesellschaften auseinandersetzten und die Notwendigkeit erkannten, dem genozidalen System des türkischen Nationalismus eine revolutionäre Organisierung entgegenzusetzen. Sie besaßen auch den Mut und die Entschlossenheit, es nicht bei einer Analyse zu belassen, sondern in der Praxis den revolutionären Kampf voranzutreiben.

Dies ist bei weitem kein Alleinstellungsmerkmal des revolutionären Prozesses in Kurdistan. Überall auf der Welt sind Frauen und Jugendliche immer an vorderster Front in revolutionären Prozessen aktiv gewesen und haben diese entscheidend beeinflusst, sei es in Russland 1917, in der 68er-Bewegung, rund um den Globus, seit 1994 in Chiapas oder heute bei den Aufständen in Lateinamerika und an anderen Orten auf der Welt. Aber dennoch ist die Jugend ein Faktor, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Revolution in Mesopotamien zieht und der leider von vielen immer wieder übersehen wird.

Die revolutionäre Jugend und ihre Rolle in der Revolution verstehen

Als internationalistische Jugendliche aus Europa hatten wir im Frühjahr dieses Jahres die Möglichkeit, die befreiten Gebiete in Nord- und Ostsyrien zu besuchen und die Revolution direkt zu erleben, die uns allen, und Millionen Menschen im Nahen Osten und rund um den Globus, neue Hoffnung auf Freiheit gegeben hat. Für uns alle war es das erste Mal, vor Ort mit eigenen Augen die Errungenschaften der Revolution zu sehen, zu der wir teilweise seit Jahren hier in Europa arbeiten. Das Ziel unserer Reise war es nicht, nur die Revolution besser kennenzulernen, sondern insbesondere auch, die revolutionäre Jugend und ihre Rolle in der Revolution besser zu verstehen. Diese Revolution, die sich in ihrem elften Jahr befindet, hat neue Hoffnung gegeben in einer Welt, in der die Mächtigen vom »Ende der Geschichte« erzählen und in der seit dem Anfang der Neunzigerjahre viele revolutionäre Bewegungen nach dem Ende des Realsozialismus ihren Kampf aufgegeben haben und verschwunden sind. Und weil sie uns so eine Hoffnung gibt, müssen wir uns als Jugend im Herzen des Kapitalismus fragen: Was macht diese Bewegung anders? Warum ist sie zu Dingen in der Lage, von denen die progressiven Bewegungen in unseren Heimatländern nicht zu träumen wagen? Was können wir lernen? Was müssen wir lernen? Welche Dinge können und müssen gerade wir als Jugend von der Jugend vor Ort lernen? Um diese Fragen zu beantworten, oder zumindest Ansätze von Antworten zu finden, haben wir in unserer Zeit



in Nordostsyrien sowohl eine Tour durch verschiedene Städte gemacht und dabei die Jugendlichen der verschiedenen Regionen kennengelernt und interviewt als auch Zeit in der Internationalistischen Jugendkommune verbracht und an einer Bildung im Rahmen der »Şehid Hêlîn Qereçox«-Akademie teilgenommen.

In eine neue Welt einzutauchen

In den Gebieten der Revolution und der Internationalistischen Kommune anzukommen, war für viele von uns, wie in eine neue Welt einzutauchen. Zwar waren wir auch davor in Europa im Umfeld der kurdischen Freiheitsbewegung aktiv gewesen und hatten diese und ihre Arbeitsweise und Ideologie in verschiedenem Maße kennengelernt, doch war es nochmal etwas ganz anderes, die Revolution selbst und die befreiten Gebiete, von denen man in Europa immer nur hört oder mal ein Video sieht, zu sehen und den Alltag dort zu erleben.

Im Vorfeld unserer Reise war die Sicherheitslage immer wieder angespannt. Sowohl der Angriff des Islamischen Staates (IS) auf das Gefängnis in Hesekê als auch das Bombardement Mexmûrs, Şengals und Dêriks Anfang Februar waren für uns und unser Umfeld im Vorhinein wichtige Themen und Grund zur Sorge gewesen. Umso eindrucksvoller und bewundernswerter war es für uns, nach der Ankunft zu merken, dass zwar die Sicherheitslage vor Ort merklich angespannt war und gewisse Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden waren, dass allerdings auch im Lichte dieser Angriffe die Menschen ihrem Alltag nachgingen oder oft gerade wegen dieser Angriffe aktiv geworden waren und sich beispielsweise an der Bekämpfung des IS-Aufstands in Hesekê beteiligt hatten. Gerade die Jugend hatte, wie uns gesagt wurde, sich daran beteiligt und, zum Schutz der Bevölkerung der Stadt, Checkpoints und Kontrollstellen errichtet. Und das nicht nur in Hesekê, wo der Großteil der Kämpfe stattfand, sondern auch in anderen kleineren Orten, in denen die Jugend so ihre eigenen Städte und Gemeinschaften vor möglichen Angriffen der geflohenen IS-Kämpfer beschützten. Und auch der Fakt, dass unsere Reise vor Ort weiter geplant wurde, als sie in unseren Augen angesichts der Angriffe auf der Kippe stand, ist rückblickend vielleicht ein gutes Beispiel für eine der wichtigsten Eigenschaften dieser Revolution, die uns noch viele Male auf unserer Reise in verschiedenen Formen begegnet ist: weiter zu planen, weiter zu blicken, weiter zu machen und weiter zu kämpfen – auch wenn es danach aussieht, als stehe der Plan auf der Kippe. Denn hätten die Menschen dieser Region in den vergangenen Jahrzehnten immer dann aufgehört weiterzukämpfen, wenn die Situation nicht hundertprozentig positiv für sie aussah, dann wäre die Region heute nicht dort, wo sie heute ist. Dann hätte die gesellschaftliche Entwicklung nie den Stand erreichen können,

den sie heute erreicht hat, und vermutlich wäre die Revolution in Rojava nie zustande gekommen.

Aber nicht nur die Sicherheitslage war für uns eine neue Situation. Neu war für uns auch die andere Kultur und das Realisieren, endlich an dem Ort zu sein, von dem wir schon so viel gehört hatten und der uns so viel Hoffnung gibt.

Ein Raum, um den eigenen Horizont zu erweitern

Bereits in den ersten Tagen unseres Aufenthaltes wurde uns deutlich, wie sehr sich dieser Ort von Europa unterscheidet und wie sehr der Ort, an dem wir uns aufhalten, auch Einfluss auf unsere Gedanken und Diskussionen hat. Es war gut, außerhalb von Europa zu sein und mit den Genoss:innen dort über die Situation in Europa zu sprechen. Darüber, welche Schritte notwendig sind und was aktuell gut beziehungsweise eher schlecht läuft, welchen Einfluss der zu diesem Zeitpunkt frisch ausgebrochene Ukraine-Krieg auf den Rest Europas, aber auch auf den Nahen Osten haben würde. Dies hat uns klargemacht, wie eingeschränkt unsere Analysefähigkeit oft an einem Ort ist, an dem wir 24/7 von Nachrichten, Internet und Social Media umgeben sind und an dem wir keine Zeiten haben, in denen wir nicht mit Information bombardiert werden. Nur ein- oder zweimal die Woche Internet zu haben, trotzdem mitzubekommen, was in der Welt passiert, aber unsere eigenen Gedanken dazu formen zu können und ausgehend davon miteinander zu diskutieren, war eine unerwartete und wertvolle Erfahrung. Auch die Perspektiven aus der Region selbst, aber auch die Perspektiven der Genoss:innen aus verschiedenen anderen Ländern in den Diskussionen präsent zu haben, hat unseren Horizont erweitert, der in Europa oft sehr begrenzt bleibt.

Newroz in Dêrik

Bevor wir zu der bereits erwähnten Tour durch Nord- und Ostsyrien aufbrachen, hatten wir die Gelegenheit, die Newroz-Feierlichkeiten in Dêrik zu begleiten, sowohl das Feuer am Vorabend als auch die zentrale Feier am 21. März selbst.

Die Feier am Vorabend war vor allem durch ihren sehr jugendlichen Charakter geprägt, da die Revolutionäre Jugendbewegung (Tevgera Ciwanên Şoreşger) sehr stark präsent war und auch gemeinsam das traditionelle Newrozfeuer entzündete.
Auch waren es vorwiegend Jugendliche, die den Abend über ums Feuer tanzten und feierten.

Die Feier am 21. war dann deutlicher von allen gesellschaftlichen Gruppen besucht. Mehrere tausend Menschen kamen aus der Stadt nach außerhalb, um gemeinsam das traditionelle Neujahr zu begehen. Viele Familien kamen mit eigenen Grills und Zelten zu der Feier, sodass während der Pause des Programms auf der Bühne der Rauch von hunderten Grills und der Geruch des darauf zubereiteten Essens die Szenerie bestimmten. Neben Musik wurden auch Reden gehalten und kleinere Theaterstücke aufgeführt. Vor der Bühne wurde durchgehend getanzt, wobei sich neben der Jugend gerade auch ältere Personen hervortaten, die bis vor zehn Jahren ihr gesamtes Leben lang das Neujahrsfest ihrer Kultur nicht oder nur versteckt hatten feiern können und für die es deshalb immer etwas Besonderes bedeutet, offen Newroz zu feiern und damit auch die eigene Kultur und Existenz als Volk zu feiern. Den Aspekt des Newroz-Festes als kulturelles Fest des Widerstandes spiegelte auch eine Tanzgruppe wider, die aus Vertriebenen aus Efrîn bestand. Sie mussten 2018 infolge der türkischen Invasion und Besatzung ihre Heimat verlassen und ließen sich im Kanton Cizîrê nieder. Dort fanden sie sich nicht nur als Gemeinschaft wieder, sondern hielten auch durch das Tanzen ihre eigene Efrîn-spezifische Kultur am Leben, die, genauso wie die Menschen, durch die türkische Armee angegriffen und seit 2018 systematisch vernichtet wurde.

Bildungsarbeit für Jugendliche

Während der Tour besuchten wir Qamişlo, Hesekê, Raqqa, Tabqa, Kobanê, Minbic und das Frauendorf Jinwar. In den verschiedenen Städten stand neben ihrer Besichtigung vor allem das Treffen mit der Jugend im Vordergrund. Die Jugendlichen in den verschiedenen Regionen mit ihren verschiedenen Geschichten und Erfahrungen kennenzulernen, war in jeder der Städte etwas sehr Besonderes und hat uns allen klargemacht, mit welchen Herausforderungen und Schwierigkeiten sie in der Vergangenheit konfrontiert gewesen waren. Aber es zeigte auch, mit welcher Haltung sie es geschafft haben, diese Situationen zu überwinden, und welche Opfer sie bringen mussten, um sich selbst daraus zu befreien. In Tabqa zum Beispiel konnten wir mit Jugendlichen reden, die selbst an der Befreiung ihrer Stadt beteiligt waren und die bis heute an den Jugendarbeiten teilnehmen und dafür sorgen, dass sich Drogen, aber zum Beispiel auch die Ideologie des sogenannten Islamischen Staat (IS) nicht wieder in der Stadt verbreiten. Um dies zu erreichen, ist hier auch die Arbeit der jungen Frauen elementar. Wir hatten die Gelegenheit, eines ihrer Zentren in Tabqa zu besuchen, in dem zur gleichen Zeit ein Ausbildungskurs für junge Frauen zur Krankenpflegerin stattfand. Ziel dieser Kurse ist es, Frauen von ihrer Familie finanziell unabhängig zu machen, um sie so vor Zwangsheirat und anderen patriarchalen Praktiken innerhalb der Familien zu schützen. Schon der Prozess, die jungen Frauen in diese Ausbildungsprogramme zu bekommen, ist oft eine Herausforderung für sich, wie uns eine Mitarbeiterin des Zentrums erzählte. Oft brauche es mehrere Besuche bei der Familie und viel Geduld



und Überzeugungsarbeit, bis Familien ihre Töchter an diesen Programmen teilnehmen lassen. Allerdings wird dies auch als ein integraler Teil der Arbeit betrachtet. Nicht nur die Frauen sollen unabhängiger und selbstständiger werden, es sei auch wichtig, dies dem Rest der Gesellschaft, der teilweise von sehr konservativen Weltbildern geprägt ist, zu vermitteln und ihn auf den Weg der Veränderung mitzunehmen.

Dass diese Veränderungen stattfinden und auch von weiten Teilen der Gesellschaft angenommen werden, lässt sich sehr gut in Minbic beobachten, das vermutlich auch genau deswegen von Erdoğan als Ziel für eine neue Invasion benannt wurde. Minbic liegt wie Tabqa westlich des Euphrats (kurd Firat) und etwa 50 Kilometer südwestlich von Kobanê. Die Stadt ist seit jeher die Heimat vieler verschiedener Ethnien. Heute leben hier Kurd:innen, Araber:innen, Tscherkess:innen, Turkmen:innen, Armenier:innen und Assyrer:innen zusammen, was sich auch auf den Schildern der autonomen Administration in der Stadt widerspiegelt, die allesamt in vier bis fünf Sprachen gehalten sind. In unseren Gesprächen mit den Jugendlichen vor Ort wurde klar, wie sehr das Ausleben der eigenen Kultur ein elementarer Teil der Jugendarbeiten ist. Obwohl alle Völker der Stadt ihre eigene Kultur haben und diese auch offen leben und zeigen und als wichtigen Teil ihrer Identität beschreiben, unterstützen sich die verschiedenen Ethnien im Ausleben ihrer jeweils eigenen Kultur, anstatt sie zu ignorieren oder gegeneinander auszuspielen. Vor der Revolution sei es oft so gewesen, dass bei Problemen das syrische Regime einfach eine der Ethnien der Region für das Problem verantwortlich gemacht habe, um sich selbst zu schützen. Auch sollten so die verschiedenen Ethnien in der Stadt dauernd im Streit gehalten werden, damit sich kein Widerstand gegen das Regime formieren konnte. Heute hielten die Ethnien viel eher zusammen und die Diversität der Stadt sei ein Faktor der Stärke und die Kooperation der Völker der einzige Weg in eine Zukunft in Frieden. Am 24. Mai kündigte Erdoğan an, neben Til Rifat auch Minbic in einer neuen Invasion angreifen und besetzen zu wollen, obwohl beide Regionen keine Grenze mit der Türkei haben und außerhalb der »30-Kilometer-Sicherheitszone« liegen, die Erdoğan sonst immer als Argument für seine Angriffe heranzieht. Dass diese beiden Regionen nun im Visier der Türkei stehen, liegt vor allem an ihrer wichtigen Leuchtkraft für die gesamte Region. Minbic ist die Stadt, die im Kleinen beweist, was Nord- und Ostsyrien seit zehn Jahren der Welt zeigen: Ein demokratisches Zusammenleben der Völker im Nahen Osten ist möglich und die Völker sind bereit dafür. Minbic beweist auch, dass es sich bei der Revolution nicht um ein kurdisch-nationalistisches Projekt handelt mit dem Ziel, andere Ethnien der Region zu vertreiben oder zu unterjochen, wie es oft von türkischer Seite propagiert wird. Und weil Minbic diese Strahlkraft hat, ist es dem türkischen Staat und allen anderen Kräften, die eine demokratische Zukunft im Nahen Osten verhindern wollen, ein Dorn im Auge.

Kobanê, der erste Ort, an dem die Selbstverwaltung aufgebaut wurde

Dass die bevorstehenden Angriffe aber auch von der Jugend der Region nicht akzeptiert werden, hat sich uns bei unserem Besuch von Kobanê gezeigt. Die Stadt, die 2014 und 2015 weltweiten Ruhm durch den Widerstand gegen den IS erlangte, weist eine lange Geschichte der Widerständigkeit auf und war auch im Juli 2012 der Ort, an dem die Revolution begann, und der erste Ort, an dem die Selbstverwaltung aufgebaut wurde. Aufgrund dieser Geschichte ist auch Kobanê für den türkischen Staat ein Objekt des Hasses geworden und ist immer wieder Ziel von Drohungen und Drohnenangriffen. Für die Bevölkerung ist dies Teil des Alltags geworden, aber sie ist sich auch bewusst, welche Symbolkraft Kobanê hat und wie wichtig die Stadt nicht nur für sie selbst ist, sondern für das gesamte demokratische Projekt. In unseren Gesprächen mit den Jugendlichen wurde immer wieder klar, dass sie bereit sind, die Stadt zu verteidigen, sollte die Türkei angreifen. Sie werden sich nicht von Drohungen gegen die Stadt vertreiben lassen, frei nach dem Motto: »Wir haben alles gegen den IS gegeben, wir werden auch alles gegen die türkische Armee geben, wenn sie sich traut, hierher zu kommen.« Dass sie es damit sehr ernst meinten, wurde uns klar, als wir nach unserer Rückkehr nach Deutschland ein Video aus Kobanê sahen. Dort standen die jungen Frauen, mit denen wir in Kobanê geredet hatten, den lokalen Sicherheitskräften an einem Checkpoint zur Seite, um sich auf eine mögliche Invasion der Türkei vorzubereiten.

In Kobanê hatten wir auch die Gelegenheit, den Ort eines Drohnenschlages zu besuchen, dem im Dezember letzten Jahres sechs Mitglieder der Revolutionären Jugend zum Opfer gefallen waren. In beinahe jedem Gespräch, das wir führten, wurde ihrer gedacht und auch ihre Bilder waren im Stadtbild und in den Zentren, die wir besuchten, allgegenwärtig. Den Ort selbst zu sehen, war für uns sehr bewegend. Und gleichzeitig war es beeindruckend zu sehen, welche Kraft die Jugendlichen aus der Erinnerung an ihre getöteten Genoss:innen zogen und weiterhin ziehen.

Das System verstehen, in dem wir aufgewachsen sind

Auch die Bildung, an der wir im Anschluss an die Tour teilnahmen, war diesen sechs Gefallenen gewidmet und fand in ihrem Gedenken statt.

Die Bildung, die für uns, sowie auch für die anderen Teilnehmenden, eine sehr neue Erfahrung war, gab uns die Gelegenheit, nicht nur die Geschichte der Revolution näher und detaillierter kennenzulernen, sondern dabei auch die verschiedenen Aspekte der Ideologie der Revolution näher zu beleuchten. Für uns war die Bildung auch eine Gelegenheit, das System in dem wir alle aufgewachsen sind, besser zu verstehen und uns damit auseinanderzusetzen, wie es sich in uns selbst und in unserem Charakter manifestiert: Wo wir selbst das System reproduzieren, seien es Patriarchat, staatliches Denken, Kapitalismus oder Liberalismus, der, gerade bei uns in Europa aufgewachsenen Menschen, sehr großen Einfluss auf die Charakterbildung hatte. Es war wertvoll, diese Dinge im eigenen Charakter zu entdecken und die Ehrlichkeit zu entwickeln, nicht aus Höflichkeit zu schweigen, sondern offen anzusprechen, wenn wir bei anderen sehen, wo und wie sie das System reproduzieren, das sie eigentlich bekämpfen wollen.

Dieser Prozess war für alle, die an der Bildung teilnahmen, extrem schwierig und stellenweise auch sehr schmerzhaft. Zu erkennen, wo man selbst nicht den eigenen Ansprüchen entspricht, wo man hinter dem herhinkt, was man eigentlich sein möchte, wo Liberalismus doch noch einen so großen Teil des Charakters ausmacht, ist eine Erfahrung, die neu war und in Europa oft unmöglich ist. Denn dort haben die Verbindungen zu den Menschen, mit denen man politisch arbeitet, meist nicht die Intensität oder Tiefe, um sich gewisse Dinge offen sagen zu können, ohne einen Streit vom Zaun zu brechen und die gemeinsame Organisierung zu gefährden. Wir lernten in der Bildung auch, welche Tradition gesellschaftliche Widerstände gegen Staat, Zentralisierung und Kapitalismus haben, und erkannten, dass wir in unseren Kämpfen auf den Schultern von Riesen stehen und eine große Verantwortung damit einhergeht, diese Widerstände zu verstehen, weiterzuführen und auszuweiten.

Fazit

Die Delegationsreise war für uns alle von extremer Bedeutung: die Revolution und ihre Jugend im direkten Austausch kennenzulernen, den Freiraum und die Gelegenheit zu haben, die eigene Position und Situation sowie die eigene Herangehensweise an politische Arbeit zu analysieren, zu hinterfragen und Schlüsse daraus zu ziehen. Zu sehen, welchen historischen Kampf wir mit der Revolution in Kurdistan vor uns haben, welche Opfer nötig waren, dass sie diesen Punkt erreichen konnte, welche Verantwortung daraus erwächst, sie zu verteidigen, welche Schritte noch vor uns liegen und welche Hoffnung wir aus dem Kampf ziehen können und müssen, hat uns alle in unserer Arbeit bestärkt und uns Energie gegeben, unsere Arbeiten hier intensiviert fortzusetzen. ♦

Tim Strobel ist in der internationalistischen Jugendbewegung aktiv und war im Frühjahr diesen Jahres mit einer Delegation in Nord- und Ostsyrien.

Die ökonomische Krise in der Türkei

»Die Syrer:innen sind schuld!«

Mako Qocgirî – Mitarbeiter von Civaka Azad, kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V.

Straßeninterviews werden in der Türkei immer beliebter. In Zeiten, in denen die türkische Regierungspartei weite Teile der Medienlandschaft kontrolliert, haben junge Medienaktivist:innen damit angefangen, auf den Straßen Interviews zu führen, um die Meinung der Menschen einzufangen. Es gibt mittlerweile einige dieser Kanäle auf YouTube, deren Videos zu Hunderttausenden angeklickt werden. Oft geht es in den Interviews um die ökonomische Situation des Landes. Und kaum sehen die Menschen auf der Straße ein Mikro und eine Kamera, scheinen sie das Bedürfnis zu haben, auch ihre Meinung kundzutun. Wer sich einige dieser Videos anschaut, merkt sofort, dass die Wut auf das AKP-Regime in der Bevölkerung groß ist. Aber die Wut der Straße richtet sich nicht nur gegen die Regierenden, sie richtet sich zunehmend auch gegen die Geflüchteten, insbesondere gegen die Syrer:innen im Land.

In den letzten Wochen ist ein Straßenvideo des Portals »medyali tv« in den sozialen Medien viral gegangen. Es beginnt damit, dass sich ein Mann im mittleren Alter mit seiner Tochter an der Hand vor der Kamera darüber beklagt, dass sein Heimatland verloren gehe. Der Grund dafür? Die Syrer:innen, Afghan:innen, Pakistaner:innen usw. im Land würden sich wie die Karnickel vermehren und dann die türkische Staatsbürger:innenschaft annehmen. Dann taucht plötzlich ein syrischer Jugendlicher vor der Kamera auf, der den Dialog mit dem Mann sucht. Obwohl er in ruhigem Ton spricht, braucht es nicht lange, bis sich die Stimmung hochschaukelt. Es mischen sich immer mehr Menschen in das Gespräch ein, die dem Jugendlichen lautstark Vorwürfe machen. Er würde Geld von der Regierung bekommen, er solle seine Heimat verteidigen gehen, statt in Istanbul Wasserpfeife zu rauchen, oder ob er schon einmal das Denkmal für die Gefallenen des türkischen Befreiungskrieges in Çanakkale besucht habe. Die Vorwürfe sind so absurd, dass der syrische Geflüchtete sich am Ende gezwungen sieht, laut auszurufen, er sei auch ein Mensch.

Der Schwindel von der freiwilligen Rückkehr

Rund 3,6 Millionen Syrer:innen leben derzeit in der Türkei. Die Wirtschaftskrise und die Inflation trifft sie ebenso sehr wie alle anderen Menschen im Land. Dadurch, dass viele Geflüchtete im Niedriglohnsektor arbeiten, trifft sie die Wirtschaftskrise potentiell sogar stärker. Laut türkischem Innenminister haben etwas mehr als 200.000 Syrer:innen die türkische Staatsbürger:innenschaft, weitere 31.000 haben eine Arbeitserlaubnis. Allein diese Zahlen machen deutlich, dass der allergrößte Teil der syrischen Geflüchteten, wenn überhaupt, dann im informellen Sektor arbeitet und somit weder Anspruch auf einen Mindestlohn noch auf sonstige Arbeitnehmer:innenrechte hat. Sie gehören sozusagen zu den vulnerabelsten Teilen der Gesellschaft. Das schützt sie aber nicht vor dem Rassismus der türkischen Mehrheitsgesellschaft.

Der antisyrische Rassismus wird bewusst von der türkischen Opposition geschürt. Die Anhänger:innen sowohl der kemalistischen CHP[1] als auch der nationalistischen İyi Parti[2] verwenden eine offen antisyrische Rhetorik. Verantwortlich für die Anzahl der syrischen Geflüchteten in der Türkei machen sie die Regierungspartei AKP[3]. Sie habe die Syrer:innen ins Land eingeladen und leiste ihnen finanzielle Hilfe, die der eigenen Bevölkerung vorenthalten würde. Auch wenn Behauptungen wie diese nicht haltbar sind, so sind sie in der Bevölkerung mittlerweile doch sehr verbreitet. Der kemalistische Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu[4] hat bereits angekündigt, bei einem Wahlerfolg die Syrer:innen im Land innerhalb von zwei Jahren auszuweisen. Mit dieser Ankündigung stößt er auf große Zustimmung unter der wirtschaftlich gebeutelten nationalistischen Bevölkerung des Landes.

1 CHP – Cumhuriyet Halk Partisi, türkisch für »Republikanische Volkspartei«.

2 İyi Parti – türkisch für »Gute Partei«, ist eine nationalkonservativ bis nationalistische, laizistisch-kemalistisch ausgerichtete Partei in der Türkei.

3 AKP – Adalet ve Kalkınma Partisi, türkisch für »Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung«.

4 Kemal Kılıçdaroğlu ist seit 2010 Vorsitzender der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP, der größten Oppositionsfraktion im türkischen Parlament.



»Schulter an Schulter gegen den Faschismus« – Demonstration gegen rassistische Angriffe auf syrische Geflüchtete in der Türkei. Foto: ANF

Auch wenn die öffentliche Stimmung etwas anderes suggerieren mag, ist die regierende AKP weiterhin die große Profiteurin der Geflüchtetensituation im Land. Zunächst einmal sind die geflüchteten Syrer:innen seit Jahren eine sogenannte Verhandlungsmasse für die AKP, mit der sie Deutschland und die EU erpresst und großzügige Finanzhilfen an Land zieht. Darüber hinaus gebärdet sie sich einerseits als Beschützerin der Syrer:innen im Inland und schafft durch die Einbürgerungen ein starkes Wähler:innenpotential. Andererseits steigt sie ebenfalls in die Debatten um zeitnahe Rückführung der Syrer:innen ein, um die Wut der türkischen Bevölkerung zu dämpfen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hat bereits den Startschuss für ein Projekt verkündet, in dessen Rahmen rund eine Million Syrer:innen zur freiwilligen Rückreise bewegt werden sollen.

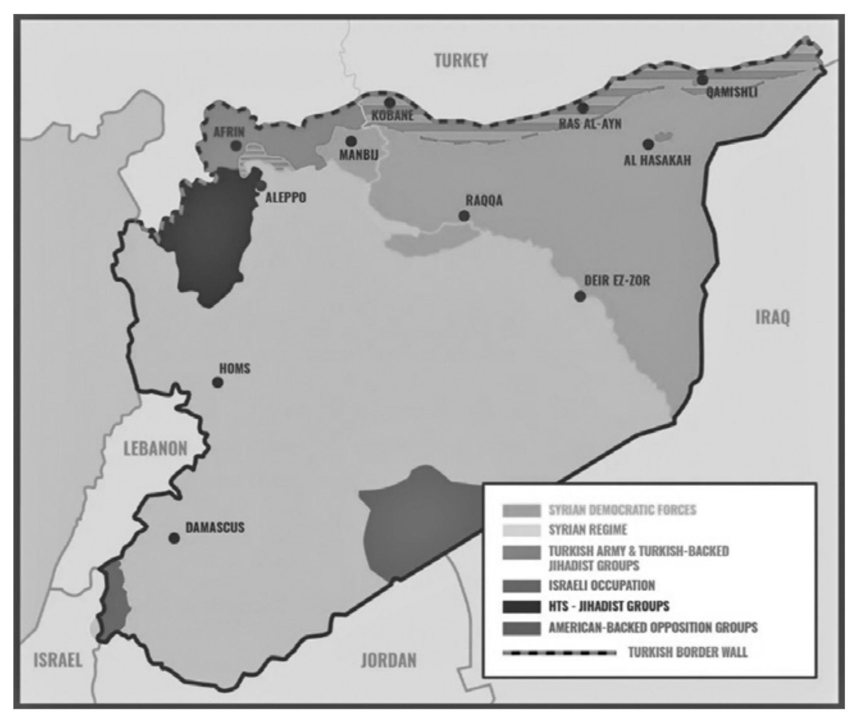
Wie freiwillig solche Rückführungen am Ende sind, ist selbstverständlich fraglich. Gerade vor dem Hintergrund der rassistischen Erfahrungen, denen die Syrer:innen ausgesetzt sind, bleibt vielen oftmals keine andere Wahl, als die Türkei zu verlassen. Da die Grenzen in Richtung Europa weitgehend geschlossen sind, bleibt häufig nur der Weg zurück in die bürgerkriegsgeplagte Heimat.

Rassismus schlägt in offene Gewalt um

Bei einer Untersuchung aus dem Jahr 2018, an der 1000 syrische Geflüchtete teilgenommen hatten, gaben 92 Prozent an, dass sie in der Türkei mindestens einmal rassistische Diskriminierung erlebt hätten. 2021 gaben bei einer anderen Umfrage mit türkischstämmigen Menschen mehr als 56 Prozent der Befragten an, dass sie sich keine:n syrische:n Nachbar:in wünschten. Dass diese antisyrische Grundstimmung schnell in rohe Gewalt umschlagen kann, erlebten im August die syrischstämmigen Menschen in Ankaras Bezirk Altındağ. Nachdem bei einem Streit zwischen einer vermeintlich syrischen Gruppe und einem oder mehreren türkischen Menschen im Viertel Battalgazi ein türkischer Jugendlicher mit einem Messer tödlich verletzt wurde, tobte ein rassistischer Mob durch die Straßen, zerstörte Geschäfte syrischer Einwohner:innen und griff auch die Wohnungen von Syrer:innen an. Während die Familien und insbesondere ihre Kinder große Ängste ausstanden, patrouillierten im Viertel noch tagelang junge Männer mit türkischer Fahne auf den Schultern. Einwohner:innen des Viertels, die sich gut mit ihren syrischen Nachbar:innen verstehen, berichten, wie sie selbst Angst davor hatten, sich dem Mob entgegenzustellen. Die pogromartige Stimmung im Viertel führte dazu, dass viele Syrer:innen ihre Wohnungen verließen und sich nach einem neuen Wohnort umsahen.

Ebenfalls im vergangenen Jahr tauchten plötzlich Videos einer Gruppe von dunkel gekleideten Männern im Internet auf, die sich als »Ataman Kardeşliği« (Ataman-Bruderschaft) bezeichneten. Diese Gruppe, deren Logo an ein Hakenkreuz aus drei Halbmonden erinnert, machte öffentlich Jagd auf Geflüchtete und verbreitete Videos in den sozialen Medien, in denen einzelne Geflüchtete von Gruppen verprügelt werden.

Im November letzten Jahres wurde dann eine Unterkunft für Arbeiter:innen in der Provinz İzmir in Brand gesteckt. In der Unterkunft lebten drei Syrer, die alle bei dem Feuer ums



Erdoğans gewünschter Grenzverlauf

Leben kamen. Die Menschenrechtsorganisation İHD[5] bezeichnete den Fall als rassistisch motiviert. Auf eine abschließende Aufklärung des Falles warten wir noch heute.

Das politische Kalkül der AKP

Es sind Fälle wie diese, die aufzeigen, wie der antisyrische Rassismus in der Türkei schnell lebensgefährlich werden kann. In den nächsten Monaten wird sich die Stimmung mit Sicherheit weiter aufheizen, auch weil Wahlen anstehen. Oppositionsparteien wie die CHP und die İyi Parti werden antisyrische Ressentiments weiter stärken und die Regierungspartei dafür verantwortlich machen. Die AKP wird von den Stimmen der eingebürgerten syrischen Geflüchteten profitieren und sich zugleich zur Schutzpatronin ihrer »muslimischen Geschwister« aus dem Nachbarland stilisieren. Gewissermaßen profitiert die AKP auch davon, dass die Syrer:innen von der Opposition zu Sündenböcken für die ökonomische Krise im Land erklärt werden. Denn solange die Leidtragenden dieser Krise nach unten treten, bleiben diejenigen, die oben sind, weitgehend verschont.

Doch es gibt da noch einen außenpolitischen Faktor, der die Syrer:innen in der Türkei für die Agenda der AKP-Regierung wichtig macht: Die geplante 30 Kilometer tiefe Sicherheitszone in Nordsyrien/Rojava. Recep Tayyip Erdoğan versucht, den Unmut der türkischen Bevölkerung gegen die Syrer:innen in Unterstützung für seinen Kriegskurs in Nordsyrien umzumünzen. Er hat bereits mehrfach betont, dass er in diesem Gebiet die syrischen Geflüchteten ansiedeln will. Selbst internationale Mächte zeigen Verständnis für dieses Vorhaben des türkischen Präsidenten. Immerhin sei die Türkei über lange Jahre eine großzügige Gastgeberin gewesen.

Dass die Syrer:innen, die in die Türkei geflüchtet sind, zumeist nicht aus den Gebieten Nordsyriens kommen, interessiert da nicht weiter. Was die türkische Regierung plant, ist eine umfassende Vertreibung der Kurd:innen, die eigentlich in den Gebieten Nordsyriens beheimatet sind. Tatsächlich verfolgt Erdoğan in den türkisch besetzten Gebieten wie Efrîn bereits seit Jahren diese Politik der ethnischen Säuberung.

Das AKP-Regime hat die syrischen Geflüchteten zu einem Faustpfand für seine eigene innen- und außenpolitische Agenda gemacht. Die Oppositionsparteien CHP und İyi Parti lassen sich ebenso bereitwillig auf dieses Spielchen ein wie die europäischen Staaten, die sich durch die sogenannte Flüchtlingskarte der AKP bedrohen lassen. Leidtragende sind die Syrer:innen selbst, die nach der Vertreibung aus ihrer Heimat aufgrund des Bürger:innenkrieges nicht nur zu einem Spielball der Interessenpolitik der AKP geworden, sondern auch mit dem gewaltsamen Rassismus in der türkischen Gesellschaft konfrontiert sind. ♦

5 İHD – İnsan Hakları Derneği, türkisch für »Menschenrechtsverein«, ist ein Verein mit Sitz in Ankara, der sich für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei einsetzt.

Die Türkei nach der AKP:

Die Mentalität des Sechs-Parteien-Bündnisses verstehen

Ali Devrim, Journalist aus Nordkurdistan/Osttürkei

Vor Kurzem jährte sich die Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne zum 99. Mal. Zu diesem Anlass erklärte der Vorsitzende der oppositionellen Republikanischen Volkspartei (CHP), Kemal Kılıçdaroğlu: »Wenn wir an die Macht kommen, werden wir den 24. Juli, das Datum der Unterzeichnung von Lausanne, zum offiziellen Feiertag erklären.« Für alle, die die Mentalität des Sechs-Parteien-Bündnisses in der Türkei [*oppositionelle Allianz, die die AKP-MHP-Regierung in der Parlamentswahl 2023 ablösen will*] verstehen möchten, ist diese Aussage allein schon mehr als ausreichend, um zu erkennen, dass diese Einstellung keine demokratische, sondern eine streng nationalstaatliche ist.

Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang an ein oft zitiertes Wort Johann Wolfgang von Goethes: »Wer nicht von dreitausend Jahren / Sich weiß Rechenschaft zu geben, / Bleib im Dunkeln unerfahren, / Mag von Tag zu Tage leben.« Man muss also zumindest die letzten einhundert Jahre der politischen Geschichte eines Landes kennen, um dessen Tagespolitik zu verstehen. Es ist eine Grundkrankheit und Perversion des Liberalismus, Ereignisse, Fakten, Politik und Entwicklungen nur im Hinblick auf die Gegenwart zu analysieren und zu bewerten. Bevor wir die Geschichte und das politische Verständnis der einzelnen Parteien des Sechs-Parteien-Bündnisses und ihrer Vorsitzenden genauer betrachten, wollen wir zunächst kurz die Grundlagen verdeutlichen, auf denen der türkische Staat und die Politik in der Türkei fußen.

Der Vertrag von Lausanne

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde die politische Landkarte des Mittleren Ostens, einschließlich der Türkei, von den Hegemonialmächten durch den Vertrag von Lausanne neu gestaltet. Die Gründung des türkischen Staates wurde von diesem Abkommen stark geprägt. Mit ihm schuf er ein monistisches System, das auf einer einzigen ethnischen Gruppe (dem Türkentum) basierte, alle anderen Volksgruppen, Glaubensrichtungen, Konfessionen und Identitäten ignorierte und den Völkermord an Armeniern, Assyrern, Suryoye, Kurden und anderen ethnischen Gruppen und deren Assimilierung legitimierte. Warum akzeptierten die internationalen kapitalistischen Hegemonialmächte dies damals? Zunächst einmal müssen wir die Tatsache anerkennen: Es hat durchaus seine Berechtigung, die damals in der Kultur des Mittleren Ostens errichteten Nationalstaaten als die konzentriertesten Agenteninstitutionen des hegemonialen Nationalstaates zu betrachten. So lässt sich beispielsweise die Existenz von zweiundzwanzig arabischen Miniatur-Nationalstaaten nur mit den Interessen des hegemonialen Nationalstaates erklären. Eine andere Deutung gibt es schlichtweg nicht. Die Existenz der Republik Türkei, dieses osmanischen Überbleibsels, wurde erst anerkannt, als sie akzeptierte, ein Miniatur-Nationalstaat zu werden. Ohne dies hinzunehmen, hätte sie nicht entstehen können.

Wir können ein Phänomen bei seiner Bewertung nicht losgelöst von Zeit und Raum betrachten. Welche zeitlichen und räumlichen Faktoren also waren wirksam, als mit dem Vertrag von Lausanne der Grundstein für den türkischen Staat gelegt wurde? Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts, als der Kapitalismus in eine tiefe Systemkrise geriet, provozierten die Kräfte der kapitalistischen Moderne den Ersten Weltkrieg – den ersten globalen Aufteilungskrieg –, um diese Krise zu überwinden. Mit dem Krieg wurde das Leben für alle Völker der Welt, die bereits unter sehr schwierigen Bedingungen zu überleben versuchten, unerträglich. Aus diesem Grund waren sie auf der Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen System. Eine Antwort auf diese Suche war die auf der sozialistischen Ideologie basierende Sowjetrevolution (1917), die sich in kurzer Zeit ausbreitete und zur Hoffnung der Völker dieser Welt wurde. Von den führenden Mächten der kapitalistischen Moderne wurde sie entsprechend als große Gefahr für das kapitalistische System angesehen, die es unbedingt abzuwenden galt. Diese Revolution im zaristischen Russland durfte unter keinen Umständen auf den Mittleren Osten übergreifen – eine Region, die das größte Kolonialgebiet des von Großbritannien geführten kapitalistischen Systems darstellte.

Wichtiges Tor zum Nahen Osten

In der Türkei, damals noch in der Gründungsphase, entstanden kommunistische Volksparteien, die gegen den britischen Kolonialismus und dessen Zumutungen Beziehungen mit den Sowjets aufnahmen. Geografisch gesehen bildete die Türkei sowohl für das kapitalistische als auch das sowjetische System das wichtigste Tor zum Nahen Osten. Mit anderen Worten, sie ist seit jeher ein geostrategisch sehr bedeutendes Land. Daher verstand Großbritannien es als förderlich für seine eigenen Interessen, eine monistische und monopolistische nationalstaatliche Türkei gegen die pluralistische und kollektive Struktur des Sozialismus aufzubauen. Warum also zogen die türkischen Machthaber den Monismus dem Pluralismus, den Kapitalismus dem Sozialismus vor?

Als das Osmanische Reich besetzt und zerschlagen wurde, strebten die Türken, die unter der Führung des Komitees für Einheit und Fortschritt (İttihat ve Terakki) diese Besatzung bekämpften, zunächst einen monistischen Nationalstaat an. Mit anderen Worten: Ihre Vorstellungen und ihre Mentalität waren nicht der Pluralismus, sondern die Schaffung eines türkischen Heimatlandes, das nur aus Türken bestehen würde. Parallel kam es zu Aufständen der Kurden, die an der türkischen Seite auch gegen Kolonialismus und Besatzung gekämpft hatten und die jetzt ihre Rechte einforderten. Den Türken allein fehlte jedoch die Macht, die Aufstände zu unterdrücken. Damals wurde öffentlich über die Rechenschaftspflicht für den Völkermord an den Armeniern, Suryoye und Assyrern und über die Rechte dieser Völker diskutiert. Darüber hinaus war die wirtschaftliche Lage der Türkei in ihrer Gründungsphase sehr schlecht. Aus diesen Gründen bevorzugte die im Entstehen begriffene Bourgeoisie der Türkei einen Nationalstaat unter der Führung Englands. Dieses wiederum legitimierte im Gegenzug alle genozidalen Verbrechen der Türkei und ebnete den Weg für neue Völkermorde, indem es die notwendige Unterstützung leistete. So wurde die Politik der Türkei bereits in der Gründungsphase monistisch, monopolistisch und unter britischer Führung geprägt. Dies wurde damals schon von der CHP verkörpert, der einzigen Partei des Landes. Als Nachfolgerin des Komitees für Einheit und Fortschritt übernahm sie die Aufgabe, die nicht zu Ende gebrachten Völkermorde zu vollenden. Von Şêx Seîd (Scheich Said) bis Sey Rıza (Seyit Riza), von Qoçgirî bis Agirî wurden alle Aufstände für die Rechte und die Freiheit der Kurden gewaltsam niedergeschlagen, und es wurde aktiv versucht, den Völkermord an ihnen zu vollenden.

Zweiter Weltkrieg

Im Zuge des zweiten globalen Aufteilungskrieges (1939–1945) wurden die alten Gleichgewichte und Politiken zerstört und an ihrer Stelle neue entwickelt. 60 Millionen Menschen verloren in diesem Krieg ihr Leben und auch das monistisch-starre nationalstaatliche Verständnis des Kapitalismus wurde dabei zerstört. Als Folge wurde die Ideologie des Sozialismus, die sich als Alternative herauskristallisierte und in der Sowjetunion praktiziert wurde, zur ersten Wahl für immer mehr Völker, und in allen Ecken der Welt, von China bis Kuba, von Vietnam bis Lateinamerika, wurden sozialistische Volksbewegungen ins Leben gerufen. Mit diesem Krieg verlagerten sich das Zentrum und die Führung des hegemonialen kapitalistischen Systems in die USA, da die europäischen Länder ihre materiellen und menschlichen Ressourcen in hohem Maße verschwendet hatten. Europa gelang es damals, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen und zu überleben, indem es ein pluralistischeres und bürgerlich-demokratisches System (durch den Aufbau der Europäischen Union) auf der Grundlage der sozialdemokratischen Ideologie – einer Perversion des Sozialismus – entwickelte. Und zwar indem die zerstörerischen Folgen der monistisch-starren nationalstaatlichen Mentalität in Frage gestellt wurden. In diesem Prozess verwandelte auch die Türkei unter dem Druck Europas ihr Einparteiensystem (mit der CHP als einziger Partei) in ein Mehrparteiensystem (1946) und bemühte sich um gewisse Reformen.

Die Türkei als strategisch wichtigster Außenposten der NATO

Da die kapitalistischen Machtzentren erkannten, dass diese europäischen Anstrengungen allein nicht gegen die sich entwickelnden sozialistischen Revolutionen der Völker ausreichen würden, gründeten sie die NATO als Militärmacht (4. April 1949) und Gladio als Geheimdienst- und Guerillatruppe, die keinem Gesetz unterstellt war (1952, ursprüngl.: Allied Coordination Committee, aufgebaut von CIA und MI6). Westdeutschland wurde Hauptzentrum von Gladio gegen den Sowjetblock, die Türkei zum strategisch wichtigsten Außenposten der NATO. In diesem Rahmen wurden Hunderte von Atomsprengköpfen auf türkischem Staatsgebiet stationiert (noch heute lagern allein auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik 90 B61-Atombomben). Im Jahr 1950 brach der Koreakrieg aus, und obwohl die Türkei nicht Mitglied der NATO war, entsandte sie unter deren Schirm Truppen nach Korea. Erst 1952 wurde sie selbst Mitglied und im selben Jahr wurden auch umgehend türkische Gladio-Strukturen aufgebaut. Die türkische Gladio wurde 1952 unter dem Namen »Spezial- und Unterstützungskampfeinheiten« (Hususi ve Yardımcı Muharip Birlikleri) gegründet, 1953 in »Mobilisierungsuntersuchungsausschuss« (Seferberlik Tetkik Kurulu), 1970 in »Abteilung für besondere Kriegsführung« (Özel Harp Dairesi) und schließlich 1992 in »Kommando Spezialkräfte« (Özel Kuvvetler Komutanlığı) umbenannt. In diesem Rahmen wurden zahlreiche Personen des politischen Lebens in der Türkei, darunter Alparslan Türkeş (der später den Militärputsch vom 27. Mai

1960 mitorganisierte, die Partei der Nationalistischen Bewegung MHP gründete und bis zu seinem Tod ihr Vorsitzender war) und Deniz Baykal (der spätere Vorsitzende der CHP), in den USA ausgebildet, um die türkische Gladio zu organisieren.

Wir erwähnen das alles, weil die türkische Staatsstruktur und Politik seither nach den Bedürfnissen von NATO und Gladio gestaltet werden. Dementsprechend wurde ungefähr alle zehn Jahre offen oder verdeckt geputscht, um Staat, Politik und Gesellschaft zu formen, um die Entwicklung der linkssozialistischen Bewegungen und den Kampf für Demokratie, insbesondere die Forderung der Kurden nach Freiheit, zu verhindern, zu unterdrücken und zu liquidieren und um die Regierungen zu bestrafen, denen es nicht gelungen war, diese emanzipatorischen Entwicklungen zu verhindern. Deshalb können wir klar und deutlich feststellen: In der Türkei herrschen seither Verhältnisse, in denen jeder – vom Präsidenten bis zum Ministerpräsidenten, vom Unterstaatssekretär des Geheimdienstes (MIT) bis zum Befehlshaber der Armee, von den Ministern bis zu den Kommandoangehörigen, von den Vorsitzenden der politischen Systemparteien bis zur Leitung der wichtigen staatlichen Institutionen – entweder direkt von der türkischen Gladio oder mit ihrer Billigung bestimmt wird. Deren Vertreter in Politik und Parlament sind seit jeher die CHP und die MHP. Nach dem NATO-Beitritt der Türkei wurde die CHP mit der Aufgabe betraut, linkssozialistische und demokratische Gruppen, insbesondere Aleviten und Kurden, in das System einzubinden und dort zu halten. Aus diesem Grund sind viele alevitische und linkssozialistische Bewegungen und Gruppen von ihrer ursprünglichen Politik abgewichen und haben eine türkisch-sozialchauvinistische Linie übernommen.

Seit ihren Anfängen, seit ihr Grundstein mit Lausanne gelegt wurde, bestehen in der Türkei zwei politische Linien. Die eine ist die offizielle staatliche Ideologie, das monistische, türkische, monopolistische, starre Nationalstaatsverständnis (religiös, konservativ, rechts, klassisch links, sozialdemokratisch, liberalistisch usw.). Bei der anderen handelt es sich um die pluralistischen, libertären, demokratischen Volksbewegungen (Kurden, Aleviten, volksnahe, linkssozialistische, demokratische Kräfte), die sich gegen die Erstere richten. Wichtig ist zu erkennen, dass jeder der Parteien des Sechser-Bündnisses die offizielle Staatsideologie zugrunde liegt.

Auflösung der Sowjetunion

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion beschlossen die europäischen Länder, ihre eigenen Gladio-Strukturen aufzulösen, denn sie hatten in der Zwischenzeit einen mafiösen Charakter angenommen, sich zu kriminellen Vereinigungen entwickelt und waren aktiv an der Korrumpierung von Staat und Gesellschaft beteiligt. Doch die türkischen Gladio-Strukturen wurden damals nicht angetastet. Im Gegenteil, sie wurden noch stärker unterstützt und erweiterten ihren Einfluss beträchtlich. Denn die kurdische Freiheitsbewegung, die die Fahne des Sozialismus, das Symbol des Widerstands der Völker, vom 20. ins 21. Jahrhundert trug, hatte zu Beginn der 1990er Jahre enorm an Stärke gewonnen und drohte dementsprechend den türkischen Staat zum Einsturz zu bringen. Darüber hinaus wurde die Türkei nach der Auflösung des Sowjetblocks als neuer zentraler Stützpunkt für NATO und Gladio verstanden, da der Mittlere Osten das neue Interventionsfeld des kapitalistischen Systems darstellte. Für eine umfassende Intervention in der Region mussten zunächst die Wege freigeräumt und alternative Kräfte liquidiert werden. An erster Stelle stand dabei die Freiheitsbewegung Kurdistans. Doch der türkische Staat war an einem Punkt angelangt, an dem er ihr deutliche Zugeständnisse machen musste. Der damalige türkische Staatspräsident Turgut Özal rief dementsprechend zu einem Waffenstillstand und zur Problemlösung durch politischen Dialog auf. Genau in dieser Zeit kamen die Gladio-Strukturen der NATO denen der Türkei zu Hilfe.

17.000 ungeklärte Morde von 1993 bis 1999

Mit der Ermordung von General Eşref Bitlis, dem Generalkommandanten der Gendarmerie, im Jahr 1993 und dem fragwürdigen Tod von Präsident Özal unmittelbar danach wurde in der Türkei ein Liquidationsprozess eingeleitet: 17.000 ungeklärte Morde (staatlicher Täter) von 1993 bis 1999, hauptsächlich an kurdischen Intellektuellen und Patrioten. Nach dem Vorbild US-amerikanischer Aufstandsbekämpfung wurde der Notstand in Nordkurdistan (Osttürkei) ausgerufen, 4000 Dörfer wurden zerstört, zwei Millionen kurdische Patrioten in die türkischen Metropolen deportiert und alle möglichen illegalen Methoden eingesetzt, um die Guerilla zu zerschlagen. Dieser Prozess sollte mit dem internationalen Komplott gegen den Repräsentanten des kurdischen Volkes Abdullah Öcalan abgeschlossen werden, der am 9. Oktober 1998 begann und in seiner Gefangennahme am 15. Februar 1999 mündete. 1993, als dieser Prozess eingeleitet wurde, wurde Süleyman Demirel, ein Gladio-Mitglied, zum Präsidenten der Republik ernannt. Zeitgleich wurde Tansu Çiller zur Premierministerin, Doğan Güreş zum Generalstabschef und Mehmet Ağar, der spätere Innenminister, zum Chef der allgemeinen Sicherheit. Als Ağar 1996 vom Posten des Innenministers zurücktrat, nachdem seine schmutzigen Machenschaften aufgedeckt worden waren, wurde Meral Akşener zur Innenministerin ernannt. Ihre Aufgabe war es, die von Ağar unvollendet gelassene Arbeit zu vollenden. Viele Jahre später, als Akşener aus der MHP austrat und die İYİ-Partei gründete (2017), verteidigte sie auf die Frage eines Journalisten nach den unaufgeklärten Morden während ihrer Amtszeit als Innenministerin diese Verbrechen offen mit den Worten: »Ich stehe hinter diesem Prozess.«



Gever: Die kurdische Bevölkerung zog 2015 als »Lebende Schutzschilde« in die Berge, um ein Zeichen gegen den Krieg der türkischen Regierung zu setzen Foto: DIHA

Modell des gemäßigten Islams

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurde das starre Nationalstaatensystem, insbesondere im Mittleren Osten, zunehmend als Hindernis für das internationale Kapital betrachtet, und das kapitalistische System strebte eine Neugestaltung der Nationalstaaten auf der Grundlage der neoliberalen Ideologie an. Seit ihrer Gründung stellt die Türkei für die kapitalistischen Mächte ein Modell des Systems dar, das sie im Mittleren Osten entwickeln wollen. Das Modell des gemäßigten Islams, das im Rahmen des »Greater Middle East Project« in der Region gefördert werden sollte, wurde mit der Machtergreifung der AKP im Jahr 2002 erstmals in der Türkei in die Praxis umgesetzt. Die Freiheitsbewegung Kurdistans wurde in diesem Kontext als das größte Hindernis gesehen, und es wurde folglich versucht, sie zu beseitigen. Als die AKP versuchte, alle Institutionen des Staates, insbesondere Gladio und Armee, für das angestrebte neue Modell umzugestalten, stieß sie auf den Widerstand der starren, monistischen nationalstaatlichen Traditionen.

Während dieser Widerstand mit den Ergenekon-Prozessen gebrochen wurde, unterstellte man MHP und CHP – den Vertreterinnen dieser Staatstradition in Parlament und Politik – »Bandenverschwörung«. Die führenden Kader und Führungskräfte der MHP wurden abgesetzt und die Partei unter der Führung von Devlet Bahçeli wurde der AKP untergeordnet. In der CHP wurde im gleichen Zuge Deniz Baykal durch den neuen Parteivorsitzeden Kemal Kılıçdaroğlu ersetzt. Zuvor hatten große Teile der Gesellschaft, insbesondere Aleviten, Liberale, Sozialdemokraten und Intellektuelle, die Hoffnung auf die CHP verloren und begannen, sich der von der kurdischen politischen Bewegung angeführten demokratischen Front zuzuwenden. Genau als dies geschah, wurde Kılıçdaroğlu, ein Kurde aus Dersim und Alevit, ins Boot geholt, um diese verschiedenen Kreise wieder in die CHP zu locken und damit im System zu halten, was bis zu einem gewissen Grade auch gelang. Nachdem er den CHP-Parteivorsitz übernommen hatte, kehrten diese Gruppen weitgehend wieder in die CHP zurück. Aleviten, Liberale, Intellektuelle, Demokraten usw. innerhalb der CHP und die CHP-Basis übten starken Druck auf die Partei aus, um ein Bündnis mit der von der kurdischen politischen Bewegung geführten demokratischen Front gegen die faschistische Politik der AKP zu schließen. Doch es ist der nationalistische Flügel, der die Politik der CHP bestimmt. Obwohl sich Kılıçdaroğlu ihrem Druck widersetzte, zeigte sich die CHP-Basis bei den Wahlen am 1. Juni 2015 bis zu einem gewissen Grade solidarisch, damit die Demokratische Partei der Völker (HDP) nicht an der 10%-Hürde scheiterte, und setzte ihren Parteivorsitz unter Druck.



Unter dem Motto »Die Lösung liegt in uns, Nein zu Krieg und Ausbeutung« mobilisierte die Demokratische Partei der Völker HDP Tausende nach Istanbul und Amed Foto: ANF

Genau in diesem Prozess, als die CHP keine andere Wahl hatte, als sich mit der demokratischen Front zu verbünden, wurde mit großem Tamtam die İYİ-Partei unter Meral Akşener gegründet, um die CHP vor diesem Schritt zu bewahren und die heftigen Brüche in AKP und MHP unter einem neuen Dach aufzufangen. Alle Gründungskader und Führungskräfte der İYİ-Partei sind türkische Nationalisten, die die MHP verlassen haben. Die CHP ging sofort ein Bündnis mit der İYİ-Partei ein, wodurch sich der Druck auf sie selbst abschwächte. Kılıçdaroğlu (CHP) und Akşener (İYİ) sind seither die Hauptakteure im Sechs-Parteien-Bündnis.

Plan zur Zerschlagung der kurdischen Bewegung

Ahmet Davutoğlu, ein weiteres Mitglied dieser Allianz, begann seine politische Tätigkeit 2009 als Außenminister der Türkei, wurde 2014 zum Ministerpräsidenten gewählt und trat die Nachfolge von R. T. Erdoğan als Vorsitzender der AKP an, als dieser Staatspräsident wurde. Während seiner Amtszeit als Premierminister übernahm er die praktische Umsetzung eines Plans zur Zerschlagung der kurdischen Bewegung. In diesem Rahmen reagierte er auf den von der kurdischen Bevölkerung entwickelten Selbstverwaltungswiderstand 2015/16, indem er die Städte bzw. Stadtteile, in denen sich der Widerstand entwickelte – insbesondere Silopiya, Cizîr und Sûr –, zerstören, die Menschen in Kellern bei lebendigem Leibe verbrennen und schreckliche Massaker anrichten ließ, ohne Rücksicht auf Zivilisten, Frauen und Kinder. Als er angesichts dieses Widerstands nicht den nötigen Erfolg vorweisen konnte, wurde er von seinen Aufgaben als Ministerpräsident und AKP-Vorsitzender entbunden und aus der Partei ausgeschlossen. Eines der Hauptziele des Plans war die Zerstörung der politischen Errungenschaften der Kurden und der demokratischen Front. Auf dieser Grundlage wurde unter Premier Davutoğlu mit Unterstützung der CHP die Verfassung geändert und die Immunität der HDP-Abgeordneten aufgehoben. Dutzende von ihnen, insbesondere die Ko-Vorsitzenden der HDP, Hunderte ihrer Führungskräfte und Bürgermeister, Tausende von Mitarbeitern und Anhängern wurden verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Die Verfassungsänderung konnte damals nur mit Unterstützung der CHP vorgenommen werden, da die Zahl der AKP-MHP-Abgeordneten nicht ausreichte. Was erneut zeigt, dass die CHP seit ihrer Gründung die Partei des monistischen türkischen Nationalstaats ist.

Ali Babacan, ein weiteres Mitglied des Sechser-Bündnisses, ist Großkapitalist. Es wäre nicht falsch zu sagen, dass er seit Beginn der 2000er eine der wichtigsten Stützen des internationalen Kapitals in der Türkei ist. Er spielte eine aktive Rolle bei der Gründung der AKP, sowohl als Gründungsmitglied als auch als Mitglied der Parteiführung, um eine neoliberale

Politik in der Türkei durchzusetzen. Von 2002 bis 2015 war er Wirtschaftsminister, Außenminister, stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister. Als er sich im Konflikt zwischen R. T. Erdoğan und Abdullah Gül auf die Seite von Gül schlug, wurde er nach 2015 von Erdoğan an den Rand gedrängt, indem er keine Aufgabe erhielt, und verließ 2019 die AKP.

Temel Karamollaoğlu, der Vorsitzende der Partei der Glückseligkeit (Saadet Partisi), ist der wahrscheinlich bekannteste Name des Sechser-Bündnisses. Während seiner Zeit als Bürgermeister von Sivas (als Mitglied der Wohlfahrtspartei/Refah Partisi) beteiligte er sich 1993 aktiv am dortigen Massaker [*bei einem Pogrom eines religiös-nationalistischen Lynch-Mobs gegen ein alevitisches Festival im Madımak-Hotel wurden 37 Menschen ermordet*]. Dort wurde er von den versammelten Angreifern als »Mudschahid« (Kämpfer) begrüßt und wandte sich an die Menge: »Lasst uns doch einmal eine Fatiha [*die Eröffnungssure des Koran*] sprechen, die Fatiha für ihre Seelen. Möge dein Krieg gesegnet sein«, und erteilte Anweisungen. Nach seiner aktiven Rolle beim Sivas-Massaker wurde er in den Parlamentswahlen 1995 zum Abgeordneten gewählt, wodurch sein Gerichtsprozess verhindert wurde. Er ist derjenige, der die Unschuld der Angeklagten im Fall des Massakers von Sivas verteidigte und »die Umwandlung des Madımak-Hotels in ein ‚Museum der Schande' « als »größten Verrat an Sivas« bezeichnete. Karamollaoğlu arbeitete von 1960 bis 1967 während seines Studiums in England als Präsident der »Türkischen Studentenvereinigung in England« und als Direktor der »Federation of Muslim Students› Associations in England«. Etliche von der türkischen Gladio organisierte Vereinigungen, wie der »Verein für den Kampf gegen den Kommunismus« und der türkische Studentenverband, waren Ausbildungszentren für die Konterguerilla. Viele Politiker und Führungskräfte, von Erdoğan bis Fethullah Gülen, von Abdullah Gül bis Devlet Bahçeli und Hulusi Akar, waren Mitglieder dieser Vereinigungen.

Auch auf die Demokratische Partei (DP), die Teil des Sechs-Parteien-Bündnisses ist, lohnt ein genauerer Blick. Sie ging 2007 aus der von den türkischen Gladio-Mitgliedern Süleyman Demirel, Tansu Çiller und Mehmet Ağar geleiteten Partei des Rechten Weges (DYP) hervor und fusionierte später mit der Mutterlandspartei (ANAP). Die von Kontra-Politikern wie Mehmet Ağar und Süleyman Soylu geführte DP kann auf eine lange Kontra-Tradition zurückblicken.

Warum haben sich diese sechs Parteien zusammengetan und was genau sind ihre Ziele? Wenn wir uns ihre oben erwähnten Hintergründe und die von ihnen vertretene Politik ansehen, so ist ihnen allen eine türkische und monistische nationalstaatliche Tradition gemeinsam. Es widerspricht der Dialektik des Lebens und der Politik, dass diejenigen mit einer so dunklen Vergangenheit für eine strahlende Zukunft sorgen könnten. Das Ziel dieser sechs Parteien ist es, den klassischen türkischen Nationalstaat zu retten, der aktuell in der Auflösung begriffen ist und kurz vor dem Bankrott steht, nachdem die faschistische AKP-MHP-Regierung mit Unterstützung aller türkischen Nationalisten, einschließlich der Parteien des Sechser-Bündnisses, die Vernichtung der Kurden in Form der Freiheitsbewegung Kurdistans nicht verwirklichen konnte. Dafür hat die Regierung alle Institutionen und Mittel des Staates in einer Hand vereint und jegliches internationale und nationale Gesetz mit Füßen getreten. Angesichts der Rhetorik und des Handelns der Parteien des Sechser-Bündnisses sehen wir, dass sie alle stets die Vernichtungspolitik der faschistischen AKP-MHP-Regierung gegen die Kurden und die linkssozialistischen und demokratischen Kräfte verteidigt und unterstützt haben. Die Wut dieser Parteien auf Erdoğan und die faschistische AKP-MHP-Regierung richtet sich nicht gegen deren realisierte faschistische Politik, sondern gegen deren Scheitern trotz all der Unterstützung und des Einsatzes aller staatlichen Mittel.

Bisher haben diese sechs Parteien keine konkreten Vorschläge für die Lösung der kurdischen Frage und die Stärkung der Demokratie vorgelegt. Das Einzige, was sie versprochen haben, ist die Rückkehr zum alten parlamentarischen System, was mit ihrer Nostalgie für den alten klassischen türkischen Nationalstaat zusammenhängt. Als Erdoğan 2002 an die Macht kam, machte er konkrete Versprechungen, die kurdische Frage zu lösen und die Demokratie in der Türkei auf der Grundlage individueller kultureller Rechte und mit politischen Mitteln zu fördern. Aber die sechs Parteien behandeln ein so entscheidendes Thema wie die kurdische Frage noch immer, als ob es nicht existiere. Wenn die Kurden, Aleviten, Linken, Sozialisten und die demokratischen Kräfte, insbesondere die Kurden, glauben, dass sich das Sechs-Parteien-Bündnis für Demokratie einsetzen wird, bedeutet das nichts anderes, als dass sie ihre Köpfe den Henkern hinhalten.

Schließlich müssen wir die folgende Tatsache klar benennen: Um seine Macht zu erhalten, hat Erdoğan die jahrhundertealte türkische Nationalstaatsideologie und -tradition, all ihre Institutionen, Organisationen und Teile in seiner eigenen Macht vereint. Daher wird die Niederlage seiner Regierung die Niederlage der jahrhundertealten monistischen klassischen türkischen Nationalstaatsideologie sein. Auch das Sechser-Bündnis wird zu dieser Niederlage beitragen, indem es eine Rolle bei der Beendigung der Herrschaft von Erdoğan spielt, auch wenn es den sechs Parteien eigentlich darum geht, den Staat zu retten. Es wird jedoch der organisierte und entschlossene Kampf der demokratischen Kräfte sein, insbesondere der Kurden, Linken und Sozialisten, durch den ein demokratisches System und ein demokratisches Land aufgebaut werden und die AKP-MHP-Regierung ersetzt wird. ♦

Ein schmutziger Basar der westlichen Mächte in Nahost und Kurdistan gegen Demokratie und Frieden

Wie die Kurd:innen verraten wurden

Adem Uzun

Kurdistan geteilt und beherrscht von westlichen Mächten und Sowjets zwischen 1916 und 1923

Die erste, häufig vergessene, Teilung Kurdistans wurde 1639 zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich beschlossen, genannt »Vertrag von Qasr-e Schirin«. Damals wurde Kurdistan zweigeteilt, in beiden Teilen wurde die kurdische Gesellschaft unterdrückt und ihre Rechte wurden ihr verweigert.

Nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg (1914–1918) und seiner Umwandlung in eine geschwächte Macht einigten sich Großbritannien und Frankreich zusammen mit dem zaristischen Russland auf die Aufteilung (»Sykes-Picot-Abkommen« von 1916) der unter osmanischer Kontrolle stehenden Gebiete auf Länder, die direkt von Frankreich und Großbritannien regiert wurden, sowie auf die Bildung von Mandatsgebieten, die ihre Entscheidungen dem französischen und dem britischen Staat überließen.

Die Kurd:innen, die sich mit dieser Situation nicht abfinden wollten, organisierten im und nach dem Ersten Weltkrieg einige Aufstände und schafften es, manche Teile ihres Landes zu befreien. Aber die Sowjetunion, die die Türkei als wichtiger ansah als die unterdrückten Völker, wie die Kurd:innen, die Armenier:innen und die Suryoye, verriet diese und entschied sich, das neue unterdrückerische Regime unter Atatürk zu unterstützen, in der Hoffnung, mit dieser Politik den türkischen Staat gegen die westlichen Mächte zu vereinnahmen und die Türkei gegen ihren eigenen Feind zu instrumentalisieren. Auch sie schenkten den Aufständen der Kurd:innen, der Armenier:innen und anderer keine Beachtung. So wurde dem Atatürk-Regime damals grünes Licht gegeben, mit der Errichtung seines Nationalstaates fortzufahren, der auf der Verleugnung und Unterdrückung anderer Ethnien und Nationen beruhte.

All dies ebnete den Weg für den »Vertrag von Lausanne« 1923, der Kurdistan vierteilte. Mit ihrer Gründung setzte die türkische Republik das Konzept der Vernichtung und Verleugnung der Kurd:innen in die Tat um. Trotz der Tatsache, dass am meisten die kurdische Gesellschaft unter dem Lausanne-Übereinkommen gelitten hat, stellt Erdoğan es heute als Nachteil für die Türkei dar – in Wirklichkeit aber versucht er, die Grundlagen für ein zweites Lausanne vorzubereiten, um die Kurd:innen für weitere 100 Jahre auszubeuten.

Wenn wir also über die kurdische Geschichte sprechen, dann sehen wir nicht nur eine Besetzung durch die vier Länder Iran, Irak, Syrien und Türkei, wir sehen Kurdistan als eine internationale Kolonie. Die westlichen Mächte haben ihre Augen verschlossen, haben die Besatzer unterstützt, damit sie ihre Verleugnungspolitik, ihre Assimilationspolitik, ihre Arabisierungs- und Türkisierungspolitik gegen die Kurd:innen fortsetzen können. Diese jedoch haben nicht aufgegeben und vielmehr jede Gelegenheit genutzt, um für ihre Rechte zu kämpfen.

Sowjetischer Verrat in Ostkurdistan (Westiran) 1946

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Kurd:innen in Ostkurdistan einen Teil ihres Landes befreien und proklamierten im Westen des Irans eine freie kurdische Republik. Sie konnte jedoch nur elf Monate bestehen, weil die Sowjets die Kurd:innen erneut verrieten und ihre Unterstützung einstellten.

Die neue imperiale Macht USA in Südkurdistan (Nordirak) 1975

Einen ähnlichen Verrat begingen die USA, als sie dem Iran und dem Irak (Saddam Hussein) bei der Unterzeichnung des Abkommens von Algier 1975 halfen, indem sie im Gegenzug für die Einstellung der iranischen Unterstützung der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) und andere Zugeständnisse Landstreitigkeiten beilegten. Barzanî und seine Anhänger:innen beendeten ihren Aufstand und versuchten, Unterstützung von den Vereinigten Staaten zu erhalten, die ihre Versprechen nicht hielten.

Europäische Länder beliefern Saddam mit verbotenen Waffen, Südkurdistan (Nordirak) 1988

Während des iranisch-irakischen Krieges 1980–1988 hatte die kurdische Gesellschaft viel Leid zu ertragen. Die Saddam Hussein zur Verfügung gestellten chemischen Waffen wurden 1987 und 1988 gegen Kurd:innen in Helebce eingesetzt, wobei etwa 6800 Zivilist:innen starben. Damals wurden alle Aufrufe und Forderungen, etwas gegen Saddam zu unternehmen, von den westlichen Mächten ignoriert. Dieselben Staaten, die überhaupt keine Position gegen ihn bezogen hatten, nutzten jedoch die Situation, als er für sie gefährlich wurde, und machten daraus einen Angriffsgrund.

Der Aufstieg der PKK nach 1980 in Nordkurdistan (Südosttürkei) und die Politik des Westens

Im türkischen Teil Kurdistans kam es Anfang der 80er Jahre zu einem von den USA initiierten Militärputsch. Dabei wurden Tausende von Kurd:innen, Aktivist:innen, Journalist:innen, Politiker:innen und Frauen verhaftet, gefoltert, getötet, inhaftiert. Zu der Zeit, als viele ihrer Mitglieder verhaftet wurden, beschloss die PKK, das Land zu verlassen und mit der militärischen Selbstverteidigung zu beginnen.

Anfangs, als die PKK mit ihren Aktivitäten begann und die Partei gründete, basierte ihre Strategie nicht auf militärischer Kriegsführung, sie versuchte andere Methoden zu verfolgen, um politisch, kulturell und sozial aktiv zu sein. Nach dem Militärputsch jedoch, als der Staat beschloss, alles zu verbieten und zum Schweigen zu bringen, entschied sie sich für die militärische Verteidigung als einzige Option. Diese Entscheidung wurde vom kurdischen Volk begrüßt und unterstützt, da es sehr unter der türkischen Unterdrückung und der Politik der Verleugnung gelitten hatte. Die PKK galt als Hoffnungsträgerin für Würde und Widerstand.

Parallel dazu kamen die NATO-Länder zusammen und erörterten eine neue Strategie, die auf der Niederschlagung dieser Erhebung basierte. Sofort wurde innerhalb des türkischen Militärs eine Abteilung für Aufstandsbekämpfung gegründet, die zur eigentlichen Entscheidungsträgerin wurde, wenn es um Krieg und Unterdrückung ging. Ihre erste Maßnahme bestand darin, eine Kriminalisierungskampagne gegen die PKK zu starten. Olof Palme, schwedischer Ministerpräsident und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, wurde 1986 ermordet. Die Kurd:innen wurden beschuldigt, ohne dass man wusste, durch wessen Hand er getötet worden war. Vielfach hieß es jedoch, dass die schwedische Polizei oder die CIA ihre Hand im Spiel gehabt hätten. Trotzdem wurden die Kurd:innen verantwortlich gemacht und zu Terrorist:innen erklärt. Auch heute werden sie wieder einmal durch Sozialdemokrat:innen zu Terrorist:innen erklärt. Insbesondere in Schweden sollte es bei dieser Thematik eigentlich eine größere Sensibilität geben. Für Schweden sind nicht die Kurd:innen eine Bedrohung, sondern die türkische Regierung unter Erdoğan, denn diese ist es, die den IS unterstützt und fördert. Die schwedische Bevölkerung ist gegen die Unterwerfung ihrer Regierung unter einen Diktator und fühlt sich damit sehr unwohl. Das sollten die Politiker:innen erkennen. Als Ergebnis dieses Komplotts wurden 30 Jahre lang die Kurd:innen für den Mord an Olof Palme verantwortlich gemacht. Sie und ihre Freiheitsbewegung haben unter dieser Kriminalisierung immens gelitten.

Auch die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung und der kurdischen Diaspora in Deutschland wurde fortgesetzt, während die Türkei weiterhin von fast allen EU-Regierungen und der US-geführten NATO sowohl de facto als auch de jure unterstützt wird, mit der ausdrücklichen Billigung Deutschlands.

So wurde bspw. der Düsseldorfer Prozess 1989 von Deutschland inszeniert. Mehrere Kurd:innen wurden verhaftet, darunter etliche Aktivist:innen und Kader:innen der PKK, und als Terrorist:innen, gefährliche Personen und Separatist:innen beschuldigt. Damals musste sogar das Gericht entscheiden, dass all diese Anschuldigungen an den Haaren herbeigezogen waren, und das Verfahren wurde eingestellt, doch die Kurd:innen und ihr Kampf wurden weiterhin als kriminell betrachtet.

Die westliche Politik gegen das neue kurdische Paradigma, 1993–1999

Nach den 90er Jahren, als die Sowjetunion zusammenbrach, begannen innerhalb der PKK neue Diskussionen über einen Paradigmenwechsel, und in der PKK und zwischen allen anderen kurdischen Organisationen hielten sie in diesen Jahren an. Während der schweren Kämpfe in Nordkurdistan versuchte sich der türkische Präsident Turgut Özal der PKK durch einen möglichen Waffenstillstand zu nähern. Über Dschelal Talabanî [Vorsitzender der Patriotischen Union Kurdistans (YNK), Konkurrentin der PDK im Machtkampf in Südkurdistan] ließ er Abdullah Öcalan einige Botschaften übermitteln. Der sah diesen Aufruf als Chance, eine friedliche und demokratische Lösung zu finden, und erklärte im März 1993 einen einmonatigen Waffenstillstand. Diese neue Politik der PKK wurde unter den Kurd:innen, im Nahen Osten und in der Türkei diskutiert. Eine neue Ära der Hoffnung und eine positive Atmosphäre für eine demokratische Türkei wurden geschaffen. Doch plötzlich, nur wenige Monate nach dieser Erklärung, verboten Deutschland und Frankreich kurdische Vereine und verhafteten Hunderte von Aktivist:innen. Beide Länder, insbesondere Deutschland, waren mit der Idee einer friedlichen, demokratischen Lösung nicht einverstanden. Ihr Schritt ermu-

tigte die Türkei, nicht auf den von der PKK erklärten Waffenstillstand einzugehen. Das autokratische türkische Regime sah darin eine Bestätigung seiner Politik und beschleunigte seinen schmutzigen Krieg in Kurdistan.

Auch nach diesem Schritt Deutschlands und Frankreichs hörte die PKK nicht auf, nach einer friedlichen, demokratischen Lösung zu suchen, und erklärte 1995, 1996, 1997 und 1998 jeweils einen einseitigen Waffenstillstand. Jedes Mal hat sich der Westen gegen all diese Versuche der PKK gewandt. Während der Waffenruhe von 1997 haben die USA die PKK beispielsweise als ausländische terroristische Organisation eingestuft. Sie vermittelten der Türkei eine klare Botschaft: »Lasst euch nicht auf Friedensverhandlungen mit diesen Terrorist:innen ein.« Nach einem erneuten Waffenstillstand der PKK 1998 kam es zu einer internationalen Verschwörung gegen ihren Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Die USA und die EU bündelten all ihre Kräfte und zwangen Syrien, ihn aus dem Land zu vertreiben. Öcalan erkannte diesen schmutzigen Plan und beschloss, in die EU zu gehen, um sie von der Notwendigkeit einer friedlichen, demokratischen Lösung zu überzeugen. Statt ihn zu unterstützen, gewährten sie ihm nicht einmal Asylrecht. Die europäischen Länder erlaubten ihm nicht, über die kurdische Frage zu sprechen. All seine Vorschläge für eine friedliche, demokratische Lösung wurden ignoriert. Ihre Antwort war die Organisierung einer widerrechtlichen Verschleppung. Daraufhin wurde er entführt und in das Gefängnis von İmralı gebracht, wo er seitdem fast 24 Jahre in völliger Isolation verbracht hat.

Die EU-Terrorliste gegen jede demokratische Lösung in der Türkei/Kurdistan, 2000–2022

Selbst im Gefängnis nahm er Kontakt zu türkischen Offiziellen auf und überzeugte sie davon, eine friedliche Lösung zu suchen. Als Ergebnis seiner Bemühungen forderte er die PKK auf, ihre bewaffneten Kräfte aus der Türkei abzuziehen. Er bat um die Fortsetzung des Waffenstillstands. Und schließlich forderte er die PKK auf, ihren Namen zu ändern, um eine friedliche, demokratische Lösung zu erleichtern und vorzubereiten. Die PKK reagierte positiv und begann, die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Doch leider wurde die Welt mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA konfrontiert. Nach dem 11. September erklärten die USA und das Vereinigte Königreich die neue Politik des »Krieges gegen den Terror«. Das autokratische türkische Regime, das keine demokratische Lösung wollte und auf eine militärische Lösung drängte, sah dies als Gelegenheit, seine bisherige Politik fortzusetzen. Es stoppte den Verhandlungsprozess mit Abdullah Öcalan. Sie hofften auf die volle Unterstützung der USA und des Vereinigten Königreichs, die sie auch sofort erhielten. Die USA, die die PKK 1997 als ausländische terroristische Organisation eingestuft hatten, listeten sie 2001 ebenfalls als Gefahr für die USA. Das Vereinigte Königreich setzte sie 2001 auf Antrag der USA ebenso auf die Liste, dasselbe erklärte die EU im Mai 2002.

Der EU wurden damals mehrere Fragen gestellt, unter anderem auch, warum sie die PKK auf die Terrorliste setzen wolle. Schließlich löse diese sich auf, lege die Waffen nieder und versuche sich neu und anders zu organisieren. Die EU wurde auch gefragt, warum sie die PKK während des aktiven Krieges nicht auf die Terrorliste gesetzt habe. Damals wie heute gab es darauf keine vernünftigen Antwort. Sie zogen die Fortsetzung des Krieges einer friedlichen und demokratischen Türkei in Koexistenz mit einem Kurdistan vor und wollten nicht, dass die PKK den Krieg beendet.

Abdullah Öcalan hat nie aufgehört, ideologisch zu forschen und sich für einen Paradigmenwechsel in der Bewegung einzusetzen. 2005 verkündete er das neue Paradigma, das er demokratischen Konföderalismus nannte und das von Millionen Kurd:innen begrüßt wurde.

In dieser Zeit, in der Erdoğan wiedergewählt und die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden wollte, versuchte er, sich als Demokrat zu präsentieren. Also suchte er nach neuen Wegen, um die Kurd:innen, die Europäische Union und die Weltöffentlichkeit zu manipulieren. Daher begrüßte er den Vorschlag einiger Intellektueller und ausländischer Vermittler:innen von Friedensverhandlungen. Von 2006 bis 2011 fanden dann geheime Verhandlungen statt, Gespräche zwischen der PKK und der türkischen Regierung. Zunächst in Genf, dann in Oslo. Bei diesen Treffen wurde sehr deutlich, dass die türkische Regierung die kurdischen Fragen überhaupt nicht lösen wollte. Sie versuchte nur, Zeit zu gewinnen, die PKK zur Entwaffnung aufzufordern. Als deren Vertreter:innen nach einem türkischen Plan für kulturelle, politische, soziale und organisatorische Rechte und nach Plänen für kurdische Grund- und Frauenrechte fragten, war die Reaktion der türkischen Delegationen: »Nein, nein, dafür ist jetzt nicht die Zeit, darüber sprechen wir später.« Unmittelbar nach dem letzten Treffen tauchte auf einigen türkischen Websites eine Aufzeichnung der so genannten Osloer Treffen auf. Wer hat diese Aufnahme veröffentlicht? Manche sagen, es sei die NATO gewesen, andere, die Türkei, wieder andere, Fethullah Gülen, auf jeden Fall war sie durchgesickert. Und das durch diejenigen, die keine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage wollten. Und der ganze Prozess war wieder einmal gescheitert.

Dank der Entschlossenheit Abdullah Öcalans wurde 2013 eine neue Phase eingeleitet. Leider wurde auch dieser Prozess von den türkischen Behörden nicht sehr ernst genommen, da

sie die neuen Bewegungen im Nahen Osten gesehen hatten. Die arabischen Aufstände, bei denen Gruppen der Muslimbruderschaft in der Lage waren, einige Länder zu übernehmen, ermutigten Erdoğan, seinen neoosmanischen Traum zu verwirklichen und der neue »Sultan der Muslime« zu werden. Weil er auch von der NATO Unterstützung für seine neue Politik erhoffte, brach er 2015 den Verhandlungsprozess mit Abdullah Öcalan ab. Er konnte auch nicht ertragen, dass den Kurd:innen in Syrien die Möglichkeiten zu einigen Rechten, einem freien Land und neuen Allianzen geboten wurden. Die Kurd:innen, die gegen den Islamischen Staat (IS) gekämpft hatten, wurden von der Weltöffentlichkeit begrüßt und als Held:innen gefeiert. Sie bekamen in Syrien die Chance auf einen Status wie in den irakischen Teilen Kurdistans. Natürlich wurde dies von der Türkei nicht begrüßt, weshalb sie den IS in vollem Umfang zu unterstützen begann, um die kurdische Bewegung und die Kurd:innen, die für die Menschlichkeit kämpften, zu vernichten. Heute werden die Kurd:innen, die den IS besiegt haben, die Tausende von Leben geopfert haben, die als Held:innen, als gute Menschen, als Verbündete gesehen wurden, jetzt wieder von denen verraten, die mit ihnen zusammen gegen den IS gekämpft haben.

Heute werden die Kurd:innen, die den IS besiegt haben, die Tausende von Leben geopfert haben, die als Held:innen, als gute Menschen, als Verbündete gesehen wurden, jetzt wieder von denen verraten, die mit ihnen zusammen gegen den IS gekämpft haben

NATO billigt erneut Erdoğans Kriterien für Schweden und Finnland

Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wurde mit den Kurd:innen ein sehr schmutziges Geschäft gemacht. Dieselben Kräfte, die sich im russisch-ukrainischen Krieg gegen die Besatzung und für das ukrainische Volk ausgesprochen haben, billigen in gleichem Maße die Invasion des türkischen Staates. Der richtet in Rojava jeden Tag Massaker an und tötet die Menschen. Ist das nicht eine Invasion? Das bedeutet, dass die Entscheidungen, die sie im Hinblick auf Rojava getroffen haben, nicht im Sinne Rojavas sind. Die Behauptungen, Rojavas Freunde zu sein und Rojava zu verteidigen, sind nicht wahr. Das ist nicht der Fall. Sie billigen die Entscheidung des türkischen Staates zum Einmarsch.

Finnland und Schweden haben eine demokratische Gesellschaft. Werden Erdoğans Kriterien nun auch in Schweden und Finnland angewandt werden? Selbst während des Kalten Krieges traten Schweden und Finnland nicht der NATO bei, und ihre Ressourcen wurden nicht für die Entwicklung oder den Erwerb von Waffen verwendet. Sie waren somit eine Stätte der Entwicklung von Demokratie und Wohlstand. Dies könnte durch den neuen NATO-Prozess zerstört werden. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine drängten die USA und Großbritannien Schweden und Finnland, der NATO beizutreten. Die Vereinigten Staaten bestanden auf einer Erweiterung der NATO, weil die Geopolitik für den Arktischen Ozean darauf abzielte, Russland und China an der Ostseeküste und am Schwarzen Meer einzudämmen, um für den Fall der Eisschmelze eine neue Hegemonie über Ressourcen und Verkehrswege zu schaffen. Als das Erdoğan-Regime dies erkannte, begann es über die Kurd:innen zu verhandeln. Erdoğan wollte seine Völkermordpolitik gegen sie mit der vollen Zustimmung der NATO fortsetzen. Es wurde ein internationales Vernichtungs- und Besatzungskonzept installiert. Der türkische Staat will alle Kurd:innen türkisieren und Kurdistan zu einer Expansionsfläche für die türkische Nation machen. Sie haben 1915 die Armenier:innen vernichtet, und jetzt wollen sie die Kurd:innen vernichten, indem sie sie türkisieren. Ist das nicht Völkermord? Sie nennen es Komplizenschaft. Tatsächlich hat dieser letzte NATO-Gipfel in Madrid voll und ganz offenbart, was diese NATO ist, was die europäische Moral ist, was ihr politisches Verständnis ist.

Die Beziehungen der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und des türkischen Staates zum IS sind allseits bekannt. Auch NATO, USA und Europa wissen es, aber sie verschließen aufgrund ihrer Interessen die Augen.

Rojava, das kurdische Volk und die Guerilla der Volksverteidigungskräfte (HPG) haben einen großen Kampf gegen den IS geführt. Sie haben die Menschheit vor der Gefahr des IS gerettet. Aber jetzt treffen die Mächte Entscheidungen gegen sie, die NATO stellt sich gegen die Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) und die Partei der Demokratischen Einheit (PYD), die hart gegen den IS gekämpft und allein in jüngster Zeit mehr als 10.000 Gefallene zu beklagen hatten.

Ist das die Aktualisierung des Abkommens von Lausanne aus dem 20. Jahrhundert? Es besagte: Die Türkei wird sich nicht im Irak einmischen, aber einen Völkermord an den Kurd:innen in Nordkurdistan verüben. Das ist die Grundlage des Vertrages von Lausanne. Genozid an den Kurd:innen in Nordkurdistan als Gegenleistung für den Verbleib von Mûsil und Kerkûk im Irak.

Nach dem Ende des Kalten Krieges sprachen sie über Demokratie, über die Entwicklung der Demokratie. Sie gaben die Botschaft aus, keine Diktatoren mehr zu unterstützen, wie sie es während des Kalten Krieges getan hatten, in Lateinamerika, im Nahen Osten und überall. Jetzt unterstützen sie Diktaturen für ihre eigenen Interessen, so wie während des Kalten Krieges. Wenn diese Diktatoren in ihren Diensten stehen, ist es in Ordnung, aber wenn nicht, kommen sie in die Hölle. Es ist wirklich eine sehr schmutzige Beziehung. Es ist Komplizenschaft, dass sie so viel über die kurdische Frage verhandeln. Mit anderen Worten, eine völkermörderische Partnerschaft.

Schlussfolgerung

Daraus können wir schließen, dass die westlichen Mächte, die NATO, wirklich keine Lösung für die kurdische Frage sehen wollen. Sie wollen nicht wirklich eine demokratische Türkei. Sie wollen nicht wirklich dieses autokratische Regime loswerden. Wenn es um ihre Interessen geht, unterstützen sie es. Alle wissen, wie sich Erdoğan verhält, wie autokratisch er ist, wie er manipuliert und die Welt bedroht, nicht nur in Kurdistan. Wie er im irakischen Teil Kurdistans chemische Waffen gegen kurdische Guerilla-Kräfte einsetzt. Wie er die Zivilist:innen in Şengal, im Flüchtlingslager Mexmûr, in Rojava und in der Türkei selbst angreift. Wie er alle kurdischen Politiker:innen inhaftiert, Tausende von ihnen sind jetzt im Gefängnis. Und diese Länder geben diesem Autokraten jetzt wieder grünes Licht, seine Politik fortzusetzen. Deshalb denke ich, dass diese Länder und die NATO für das alles verantwortlich sind, und wir sollten das nicht akzeptieren.

Ich denke, wir müssen eine neue internationale Initiative starten, um unsere Werte zu schützen, unsere Demokratie zu schützen, unseren Frieden, unsere Ziele, unser Land, unsere Freiheit. Wir müssen ihnen eine starke Botschaft übermitteln, meinetwegen »ihr könnt so nicht weitermachen«. Wir müssen sogar der NATO eine wirklich starke Botschaft übermitteln. Es ist Zeit für eine internationale Kampagne, denke ich. ♦

Wie hier in Mexmûr finden überall in den kurdischen Gebieten und in Nord- und Ost-Syrien Gedenkveranstaltungen für die Gefallenen im Kampf gegen den sogenannten islamischen Staat statt. Hier für den HPG-Kämpfer Ahmed Muratpur (Bêkes Urmiye), der bei den Kämpfen mit den IS-Banden ums Leben kam. Foto: ANF



Wie lässt sich eine ganze Bevölkerungsgruppe kriminalisieren?
Oder:

Das schwedische Modell 2.0 in Sachen Kriminalisierung?

Mahmut Şakar, Rechtsanwalt

Das trilaterale Memorandum, das am 28. Juni 2022 als Ergebnis der von der NATO angeleiteten Verhandlungen zwischen der Türkei, Schweden und Finnland unterzeichnet wurde, sagt unter anderem viel über die Funktionsweise und Struktur der langjährigen Kriminalisierungspolitik gegen das kurdische Volk aus. Im Unterschied zur ersten fand diese zweite Phase der Kriminalisierung, in deren Mittelpunkt Schweden steht, vor den Augen der ganzen Welt statt. Wir wurden alle zu Zuschauer:innen des Feilschens um das Schicksal eines Volkes, das wie ein Verhandlungsgegenstand behandelt wurde.

Der Mord an Olaf Palme und seine Folgen

Es ist notwendig, die besondere Rolle Schwedens zu Beginn der Kriminalisierungspolitik gegen das kurdische Volk, in deren Zentrum die PKK steht, zu betonen. Unmittelbar nach der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten Olaf Palme am 28. Februar 1986 wurde die These einer »kurdischen Verwicklung« in dem Mordfall aufgestellt und Ermittlungen gegen Kurd:innen wurden aufgenommen. Infolgedessen gerieten sowohl die in Schweden lebende kurdische Gemeinschaft und alle in der Diaspora lebenden Kurd:innen unter Generalverdacht.

Nicht nur die in Schweden inhaftierten Kurd:innen, sondern auch ihre Verwandten und ihr gesamtes soziales Umfeld erfuhren schwere Ausgrenzungen, Marginalisierung und psychischen Druck. Wie sehr diese Vorgehensweise des Staates die in Schweden lebende kurdische Gemeinschaft traumatisiert hat, ist auch heute noch, trotz der vielen Jahre, die vergangen sind, in Gesprächen mit den Menschen spürbar.

Die Erklärung der schwedischen Außenministerin, dass es nach dem trilateralen Memorandum keine »Jagd auf Kurd:innen« geben werde, zeigt, dass man sich sehr genau der Folgen des repressiven Vorgehens nach der Ermordung von Olaf Palme für die kurdische Gesellschaft bewusst ist.

Am 10. Juni 2020 schloss der schwedische Polizeichef, der die Untersuchung im Mordfall Olaf Palme leitete, die Akte mit der Feststellung, dass bei diesem Mord keine »kurdische Spur« gefunden worden sei. Es ist klar, dass die auf diesem Treffen abgegebene Erklärung, die PKK sei eine Organisation, die gegen die Türkei einen Freiheitskampf führe, nicht ausreicht, um den Schaden der seit 34 Jahren andauernden Politik gegen die Kurd:innen ungeschehen zu machen.

Zur Zeit des Mordes an Palme befand sich der kurdische Freiheitskampf noch in seinen Anfängen. Die Anschuldigung, die PKK sei für die Ermordung eines von allen fortschrittlichen Menschen geliebten und respektierten Politikers wie Palme verantwortlich, stieß Entwicklungen an, deren Folgen bis heute zu spüren sind. Seither werden der kurdische Freiheitskampf und die Forderungen des kurdischen Volkes nach demokratischen Rechten kriminalisiert und mit einem Terrorstempel versehen.

Die schwedische Kriminalisierungspolitik

Es scheint, dass der schwedische Staat es vorzieht, den Mord an Palme aus seinem eigenen Gedächtnis zu löschen, indem er ihn in die Abteilung »ungelöste Mordfälle« einordnet. Er vermeidet damit auch die Auseinandersetzung mit dem Schmerz, der der kurdischen Gemeinschaft durch den Umgang mit diesem Mord zugefügt wurde. Er zieht es vor, so zu tun, als ob alles so nicht geschehen wäre und alles bereits vergessen sei. Aber die Erfahrung hat gezeigt, dass Kriminalisierung im wirklichen Leben nicht vergessen wird, sondern kontinuierlich fortbesteht und damit die Kurd:innen immer im Fokus bleiben.

Die schwedische Kriminalisierungspraxis gegen die kurdische Gemeinschaft konzentriert sich auf zwei Bereiche. Der erste Bereich betrifft das Aufenthaltsrecht. Vor kurzem stand der Fall der Kurdin Zozan K. auf der Tagesordnung. Sie ist verheiratet mit einem schwedischen Staatsbürger und Mutter zweier Kinder. Das Aufenthaltsrecht wurde ihr trotzdem verweigert und sie wurde nach Belgien zurückgeschickt. Der

ausschlaggebende Grund war die Einstufung als Gefahr für die nationale Sicherheit durch die Sicherheitspolizei, dem nationalen Nachrichtendienst (Säkerhetspolisen, kurz Säpo). Die Gründe für diese Einschätzung wurden nicht genannt, Widerspruch war nicht möglich.

Die schwedische Tageszeitung ETC berichtete, dass mindestens 38 Kurd:innen im Jahr 2021 aufgrund der vagen und zweideutigen Einschätzung der Säpo abgeschoben wurden. Anderen Angaben zufolge hat die Migrationsbehörde im Zeitraum 2015 bis 31. Oktober 2021 992 vergleichbare Fälle an die Säpo weitergeleitet. Aus dieser Statistik ergibt sich, dass in den Jahren 2019 und 2021 die meisten Fälle an die Säpo weitergeleitet wurden.

Nach dem Präzedenzurteil des schwedischen Berufungsgerichts für Migration vom 16. April 2021 kann eine Person, die eine Bedrohung für die Sicherheit darstellt, trotz familiärer Bindungen abgeschoben werden. In einigen Urteilen des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) wurde jedoch festgelegt, dass der Vorwurf vor der Abschiebung konkret formuliert sein muss und nachrichtendienstliche Bewertungen ausreichend Beweise, die einer kritischen Überprüfung standhalten, enthalten müssen.

Ein zweiter Bereich betrifft die Staatsbürgerschaft. Diese Frage gibt sehr aufschlussreiche Einblicke, um Schwedens Haltung gegenüber den Kurd:innen, insbesondere gegenüber Rojava, zu verstehen. In einem Beschluss der schwedischen Regierung vom 4. September 2004 heißt es, dass Personen, die »Organisationen angehören oder sich an ihnen beteiligt haben, welche systematische, weit verbreitete und schwere Verstöße wie Folter, Mord und außergerichtliche Hinrichtungen begangen haben«, erst 25 Jahre nach dem Austritt aus diesen Organisationen schwedische Staatsbürger werden können. Die schwedische Migrationsbehörde hat eine Liste von Organisationen erstellt, deren Mitglieder von dieser Regelung betroffen sind. Darunter sind auch die PYD (Partei der Demokratischen Einheit), die YPG (Volksverteidigungskräfte) und die QSD (Demokratischen Kräfte Syriens).

Obwohl keine Untersuchungsergebnisse bzw. Beschuldigung vorliegen, die beweisen, dass die PYD, die YPG und die QSD diese schweren Verbrechen begangen haben und auch wenn Personen, die die Staatsbürgerschaft beantragen, in keiner dieser Organisationen aktiv waren, wird ihnen die Einbürgerung verweigert. Dies geschieht unter Verzicht auf eine individuelle Prüfung und nur unter Berücksichtigung der Teilnahme an Solidaritätskundgebungen mit Rojava in Schweden.

Diese Regelung steht im Gegensatz zu einer Rede der schwedischen Außenministerin Ann Linde, in der sie formulierte: »Die QSD sind ein wichtiger Partner der Internationalen Anti-IS-Koalition, der auch Schweden angehört. Die Kräfte der QSD standen im Mittelpunkt unseres gemeinsamen Kampfes gegen den IS, der noch nicht vorbei ist. Wir haben großen Respekt vor ihren Opfern. Mehr als 11.000 Menschen haben im Kampf gegen die Terrororganisation ihr Leben verloren.«

Einige Quellen führen diese Haltung Schwedens auf die Nähe der betreffenden Organisationen zur PKK und die Tatsache zurück, dass die PKK auf der EU-Terrorliste steht. Doch erscheint es zutreffender, diese Haltung als eine aktualisierte Version der »Jagd auf die Kurd:innen« zu betrachten, die nach der Ermordung von Palme begann und seither ununterbrochen fortgesetzt wurde.

Schweden 2.0

Vor diesem Hintergrund können wir mit Blick auf das trilaterale Memorandum vom 28. Juni 2022 feststellen, dass vor allem Schweden seine Kriminalisierungspraxis weiter verstärken wird.

Die Behauptung der schwedischen Vertreter:innen nach Unterzeichnung dieses Memorandums, sie hätten dem Druck von R. T. Erdoğan nicht nachgegeben und keine Kompromisse in Bezug auf die Demokratie gemacht, ist unehrlich. Auch Kommentare, die die Haltung vertreten, dass dieses Memorandum in der Praxis nichts ändern werde und die türkische Regierung ihre Ziele nicht erreicht habe, sind Selbstbetrug.

Es ist unbestritten, dass in der Türkei ein autoritäres Regime herrscht im Sinne einer »Ein-Mann-Diktatur«. Zutreffender ist die Formulierung, dass die Türkei zurzeit eine faschistische und völkermörderische Politik betreibt. Von diesem Regime gehen Krieg, Gewalt und Aggression aus. Es breitet sich von Syrien über Libyen und Armenien bis in den Irak aus.

Dasselbe Regime bedrohte europäische Länder mit dem IS, woraufhin es zu blutigen Anschlägen in Europa kam, die erst endeten, als der IS unter großen Opfern von den Kurd:innen besiegt wurde. Wir sollten nicht vergessen, dass Schweden mit einem Regime verhandelt hat, das die Entscheidungen des EMRK und anderer internationaler Gerichte nicht anerkennt und das Fehlen von Recht und Gerechtigkeit im eigenen Land leugnet.

Das wahre Gesicht dieses Regimes zeigt sich jedoch anhand seiner völkermöderischen Vernichtungspolitik gegen die Kurd:innen. Die Zerstörung dutzender kurdischer Städte in Nordkurdistan in den Jahren 2015 bis 2016, die Verbrennung von mehr als 200 jungen Menschen in Kellern dieser Städte,



Protest in Schwedens Hauptstadt Stockholm gegen Erdoğans Deal mit Schweden zu den NATO-Beitrittsverhandlungen
Foto: ANF

die Unterstützung des IS und anderer salafistischen Kräfte in ihrem Kampf gegen die Kurd:innen in Rojava, die Besetzung von Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî, die ethnischen Säuberungen in diesen Gebieten, die schrittweise militärische und politische Besetzung Südkurdistans, die gezielten Angriffe gegen Mexmûr und Şengal und die täglichen Drohnenangriffe auf die kurdische Gesellschaft sind Elemente dieser Vernichtungspolitik. Es ist klar, dass das Hauptziel des türkischen Staates darin besteht, die Kurd:innen zu vertreiben und auszulöschen, wo immer sie sich aufhalten.

Diese oben beschriebene Politik ist unübersehbar, während man mit diesem Regime verhandelt und schamlos sagt, »wir teilen die Sorgen der Türkei«. Durch diese Haltung wird man zum Partner der türkischen Völkermordpolitik. Was als »Sorgen der Türkei« bezeichnet wird, ist nichts anderes als die praktische Umsetzung der von Erdoğan in der UN-Vollversammlung gezeigten Karte des geplanten Völkermords. Infolge dieser so genannten »gemeinsamen Sorgen« ist Efrîn zu einem Ort geworden, an dem sich IS-Führer aufhalten. In den Berichten der UN-Sonderkommission für Syrien kann man die schrecklichen Morde, ethnischen Säuberungen, Vergewaltigungen, Entführungen, Lösegelderpressungen, Plünderungen religiöser Stätten und Gräber, die Zerstörung von Olivenbäumen, Beschlagnahmungen usw. in Efrîn nachlesen. Dieser Politik wird nicht widersprochen, und es wird grünes Licht für die Besetzung neuer Gebiete gegeben, indem man auf die angeblichen Sicherheitsbedenken der Türkei verweist.

Auf Grundlage des Memorandums soll nun das kurdische Volk vor den Augen der Weltöffentlichkeit unter Verweis auf PKK, PYD und YPG einer der brutalsten Mächte der Gegenwart ausgeliefert werden. Inwieweit dies der Türkei gelingen wird, ist eine andere Frage, aber mit diesem Memorandum möchte man den legitimen Kampf des kurdischen Volkes delegitimieren. Die Kriminalisierung zielt bereits auf dieses Ziel ab. Darüber hinaus wurde der Weg für eine noch brutalere Verfolgung des kurdischen Volkes geebnet.

Die illegitime Kriminalisierung von Kurd:innen ist unrechtmäßig

Es ist für Schweden und Finnland moralisch und politisch inakzeptabel, mit dem unrechtmäßigsten und brutalsten Regime der heutigen Welt über die Existenz des kurdischen Volkes zu verhandeln. Dieser Prozess zeigt uns jedoch, dass die Politik Schwedens und anderer Länder in Bezug auf den Kampf des kurdischen Volkes für seine demokratischen Rechte nicht legal, gerecht und legitim ist. Diese Politik erfolgt vielmehr im Rahmen eines Kriminalisierungs- und Terrordiskurses. Es ist offensichtlich, dass die im Zuge des Memorandums vom 28. Juni umgesetzte schmutzige Politik unter dem Deckmantel des Terrorvorwurfs gegen die Kurd:innen nicht akzeptiert werden kann. Dies gilt auch für die völlig illegitimen politischen Abkommen, die in der Vergangenheit auf ähnliche Art und Weise geschlossen wurden.

Wir wissen nicht, welche Kräfte und Entwicklungen dazu beigetragen haben, die Ermordung von Palme einem Volk anzulasten, das aktuell am stärksten seiner Rechte beraubt wird. Wir wissen auch nicht im Detail, wer genau für die Entscheidung verantwortlich ist, diesem Volk den Mord an Palme zur Last zur legen und auf diesem Vorwurf 34 Jahre lang zu bestehen. Doch ein Blick in die jüngere Vergangenheit schürt den Verdacht, dass diese Entwicklungen von der NATO vorangetrieben wurden.

Wir können davon ausgehen, dass in anderen Ländern, die die PKK auf ihre Terrorliste gesetzt haben, ähnliche Prozesse ablaufen. So besuchte Erdoğan zum Beispiel Australien erstmals am 6. Dezember 2005. Und Australien setzte die PKK daraufhin am 17. Dezember 2005 auf seine Terrorliste. Ähnlich war es in Neuseeland. Warum hat dieses Land, in dem nur sehr wenige Kurd:innen leben, die PKK am 10. Februar 2010 auf seine Terrorliste gesetzt?

Europol stellt 2021 in einem Bericht fest, dass die PKK in Europa keine Gewalttaten begangen habe. In ihren früheren Berichten finden sich ähnliche Aussagen. In seiner Bewertung der terroristischen Bedrohung im Jahr 2017 kam das NCT (National Centre for Terrorist Threat Assessment), das alle schwedischen Nachrichtendienste umfasst, zu dem Schluss, dass die PKK nicht beabsichtige, in Schweden Gewalttaten zu begehen, die als Terroranschläge eingestuft werden könnten. Diese Einschätzung hat sich bis zum heutigen Tag gehalten. In der Begründung Australiens für die Aufnahme der PKK in die Terrorliste findet sich ebenso die Aussage, dass die PKK keine Bedrohung für die australische Bevölkerung darstelle. Nur unter Missachtung aller logischen und rechtlichen Abwägungen konnte die australische Regierung zu der Einschätzung gelangen, dass australische Staatsbürer:innen, die Urlaub in der Türkei machen, potentiell der Gefahr von Angriffen ausgesetzt seien.

Das Gleiche gilt für Neuseeland. Warum wird die PKK immer wieder im Zusammenhang des »terroristischen Diskurses« adressiert, wenn doch klar ist, dass sie keine Gewalttaten begangen hat und keine Bedrohung darstellt, sowohl in den Ländern, die die EU-Terrorliste gebilligt haben, als auch in den Ländern, die ihre eigene Liste haben?

Das trilaterale Memorandum kann uns eine aktuelle Antwort auf diese Fragen geben. Denn der Druck der NATO und die unmoralischen Verhandlungen mit der Türkei sind die wahren Gründe dafür. In diesem Zusammenhang haben weder juristische Argumente noch Gesetze und Vorschriften, die sich auf den »Terrorismus-Diskurs« konzentrieren, einen wirklichen Wert. Die Tatsache, dass das Verbot in Deutschland trotz wechselnder Regierungen seit 1993 wie eine verfassungsmäßige Verpflichtung aufrechterhalten wird, ist ein Beweis dafür, dass ein rechtlicher und objektiver Diskurs und daraus folgende Maßnahme als nicht notwendig betrachtet werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit beobachten und dokumentieren muss, welche Folgen die neue schwedische 2.0 Version der Kriminalisierungspolitik haben wird. Inwieweit dieses Memorandum die Gewalt gegen die Kurd:innen verstärken und ausweiten wird, sollte ebenfalls in diesen Beobachtungsprozess einbezogen werden. Denn im Gegenzug für die Zustimmung der Türkei zur NATO-Mitgliedschaft geben Schweden und Finnland dem Land grünes Licht für jedwede Art von Angriffen gegen die Kurd:innen, insbesondere für Angriffe gegen Rojava.

Nach der erfolgten Verabschiedung des Memorandums stehen wir nun vor der Aufgabe, die Verbotspraxis gegen die PKK und die daraus abgeleitete Kriminalisierung als Ergebnis schmutziger Verhandlungen zu entlarven und ihnen entgegenzutreten. Grundlegend wichtig ist es, Verbot und Kriminalisierung nicht als einen neuen Kampfbereich zu verstehen, sondern sie zum Hauptthema des kurdischen Volkes und der internationalistischen Solidarität mit dem kurdischen Volk zu machen und die laufenden Kämpfe in dieser Richtung zu verstärken. ♦

Mahmut Şakar ist Vorstandsmitglied des Kölner Vereins für Demokratie und internationales Recht (MAF-DAD e.V.) und ehemaliger Verteidiger von Abdullah Öcalan.



Mahmut Şakar auf einer Konferenz zur Demokratie in der Türkei, der kurdischen Frage und dem PKK-Verbot im April im schwedischen Reichstag Foto: ANF

Feministische Selbstorganisierung gegen Angriffskrieg und Besatzung

Unsere Unterkunft ist ein sicherer Raum für Frauen und Kinder

Maijy Woilya, organisiert bei »Gemeinsam Kämpfen«

Ukrainische Feminist:innen errichten Unterstützungsstrukturen für Frauen und Kinder auf der Flucht. Bericht über ein Wohnprojekt in Lviv.

Mein Leben in Deutschland ist seit dem 24. Februar geprägt davon, mit meinen Gedanken in der Ukraine zu sein. Der Drang, die Besatzung aufzuhalten, das Bangen um Freund:innen vor Ort, die immense Wut auf die Besatzungsmacht und ihre Kompliz:innen – diese Gefühle waren für mich aufgrund der fortwährenden Angriffskriege in Kurdistan nicht neu. Doch es war das erste Mal, dass sich Themen wie Familienbiographie und so etwas wie ein Gefühl von zweiter Heimat mit dem Thema Krieg vermischten.

Dem ging im letzten Jahr eine Suche voraus, die sich mit der eigenen Herkunft beschäftigt hat und mich schließlich in die Ukraine führte. Meine Großeltern sind bis auf einen ukrainischen Großvater ehemals deutsche Siedler:innen – also Deutsche, die als Projekt des russischen Imperiums am Schwarzen Meer und an der Wolga angesiedelt wurden. Cherson, wo die Eltern meiner Mutter gelebt haben, ist nun zu einem großen Teil unter russischer Besatzung.

Meine Pläne, dieses Jahr mehrere Monate in Kiew zu verbringen, änderten sich mit der aktuellen Situation schlagartig. Stattdessen verbringe ich nun einige Wochen in Lviv, im Deutschen auch als Lemberg bekannt, eine Stadt im Westen der Ukraine. Ich besuche dort Freund:innen, bringe logistische Unterstützung und lerne einige linke und feministische Organisationen kennen.

Eindrücke aus Lviv

Lviv ist eine sehr alte Stadt, die schon seit dem Mittelalter besteht. Verschiedene Bauweisen der letzten Jahrhunderte prägen das Stadtbild. Ukrainisch hat sich hier als primär gesprochene Sprache bewahrt. Das hängt damit zusammen, dass andere Teile der Ukraine bereits seit mehreren Jahrhunderten russischer Assimilationspolitik unterzogen wurden, während der Westen der Ukraine erst während des zweiten Weltkriegs und danach mit einer russischen Vorherrschaft konfrontiert wurde. In den letzten Jahrhunderten war die Stadt unter Besatzung verschiedenster Imperien – der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, der Polnischen Republik, des Nationalsozialismus. Die Verteidigung einer ukrainischen Identität gegen Fremdherrschaft ist hier historisch verankert. So stammt das ukrainische Volkslied »oy u luzi chervona kalyna«[1], das heute im Kampf gegen die russische Besatzung gesungen wird und nun manchmal auf deutschen Radiosendern zu hören ist, aus der Zeit der Besatzung durch die Österreichisch-Ungarische Monarchie. Auch die russische Vormachtstellung zur Zeit der Sowjetunion ging mit einer Assimilationspolitik einher und wird in der Ukraine teilweise als Besatzung verstanden. Zur Zeit der Lösung von der Sowjetunion seit den 80er Jahren wurde Lviv zu einem wichtigen Bezugspunkt für ukrainische Unabhängigkeitsbestrebungen. Diese Tradition hielt sich weiterhin, als es 2004 und 2014 darum ging, sich von einer prorussischen Regierung loszusagen.

Lviv ist im Verhältnis zu anderen Teilen der Ukraine bisher selten Ziel russischer Angriffe. Der normale Alltag geht größtenteils weiter: Geschäfte, Restaurants und kulturelle Einrichtungen sind geöffnet, es gibt die üblichen städtischen Menschenmengen auf dem Weg zur Arbeit, beim Einkaufen oder als Pulk vor Straßenmusiker:innen. Trotzdem ist der Krieg hier präsent. Immer wieder gehen die Sirenen an, was bedeutet, dass Raketen von einem Ort abgefeuert werden, die auch die Stadt treffen könnten. Die Statuen und Hauswände von besonderer Pracht und historischem Wert sind mit Planen abgedeckt, um diese vor möglichen Bombenangriffen zu schützen. Ab 23 Uhr ist Ausgangssperre. Im Stadtzentrum ist eine lange Tafel aufgestellt, mit vielen Bildern von hauptsächlich jungen Menschen – Menschen aus Lviv, die gegen die russische Besatzung gekämpft haben und gefallen sind.

Es gibt in Lviv viele Geflüchtete, die sonst in weniger sicheren Gebieten leben bzw. auch dort, wo nun russische Truppen einmarschiert sind und wo aktive Kämpfe stattfinden. Im März wurden etwa 200 000 Geflüchtete aus anderen Teilen

1 Eine aktuelle Version von verschiedenen ukrainischen Sänger:innen findet sich hier: https://www.youtube.com/watch?v=ncxnCMXWjIg

der Ukraine gezählt und das in einer Stadt, die normalerweise 700 000 Einwohner:innen zählt.

Feministische Selbstorganisierung als Antwort auf Krieg

Krieg ist eines der Instrumente, derer sich das Patriarchat bedient, um seine Herrschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten. Krieg und Besatzung werden dabei auf dem Körper von Frauen ausgetragen. In der Ukraine zeigt sich das nicht zuletzt an brutalen Feminiziden und Vergewaltigungen durch russische Soldaten in den Besatzungsgebieten.

Mich interessiert, wie feministische Selbstorganisierung in dieser Situation aussieht. Welche Strukturen gibt es, die Frauen und andere unterdrückte Geschlechter aus einer bewusst antipatriarchalen Perspektive heraus aufbauen, um dem etwas entgegenzusetzen? Was bedeutet das für Lviv, eine Stadt, in der viele geflüchtete Frauen leben?

Eine der Organisationen, die ich in Lviv kennenlerne, ist der Feministische Workshop[2], oder auch FemWorkshop genannt. FemWorkshop ist eine feministische Organisation, die sich in Lviv seit 2014 für die Bekämpfung von patriarchaler Diskriminierung und Gewalt sowie für tiefgreifende feministische Veränderungen einsetzt. Mit dem Beginn der flächendeckenden Invasion hat die Organisation den Fokus ihrer Arbeit geändert. Es gibt nun verschiedene Projekte, die sich mit den Auswirkungen des Krieges auf Frauen beschäftigen. Seit Juni dieses Jahres ist eines der Projekte eine Unterkunft für geflüchtete Frauen und Kinder. Während meines Aufenthalts in Lviv war ich mehrmals dort, unter anderem, weil wir gemeinsam zwei Veranstaltungen zur Frauenrevolution in Rojava und der aktuellen Situation in Kurdistan organisierten.

Eine der Aktivist:innen von FemWorkshop, die ich öfter treffe und die sich für ein Interview bereit erklärt, ist Kvitka. Kvitka ist 25 Jahre alt, Soziologin und schon seit 2016 Teil der Gruppe. Sie kam zu FemWorkshop dazu, nachdem sie als Referentin an einem Camp für Mädchen im Teenager-Alter teilgenommen hatte. Bis 2021 arbeitete sie beim Feministischen Workshop im Büro- und Sicherheitsbereich. Im Dezember letzten Jahres trat sie aus der Organisation aus, doch als am 24. Februar die flächendeckende Invasion begann, kehrte sie zurück: »Mir wurde klar, dass der Krieg für Feminist:innen viel Arbeit bedeutet und dass wir jetzt von gefährdeten Bevölkerungsgruppen gebraucht werden – Binnenvertriebenen, Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, und weiteren.« Mit dem Beginn der russischen Invasion versammelten sich die Aktivist:innen des Feministischen Workshops zu einem dringenden Treffen und planten verschiedene neue Projekte. Den Fokus auf Bildungsarbeit und Frauen als Zielgruppe behielten sie bei. Außerdem kamen noch einige humanitäre Projekte hinzu.

Mir wurde klar, dass der Krieg für Feminist:innen viel Arbeit bedeutet und dass wir jetzt von gefährdeten Bevölkerungsgruppen gebraucht werden

Der Aufbau einer Unterkunft für Frauen und Kinder

Für die Aktivist:innen des FemWorkshops ist der Aufbau einer Unterkunft für Frauen und Kinder eine bisher unbekannte und neue Angelegenheit. Seit April hat die Gruppe bereits Erfahrungen bei der Unterstützung von Frauen auf der Flucht gesammelt, indem sie das FemApartment eröffnet hat. Das FemApartment ist ein Wohnraum für Aktivist:innen, die aus unterschiedlichen Teilen der Ukraine kommen und nun in Lviv leben. Das Ziel ist es, diejenigen zu unterstützen, die wiederum andere unterstützen, denn die Bewohner:innen sind weiterhin in feministischen Gruppen und NGOs aktiv. Zwei der Bewohner:innen des FemApartments arbeiten nun in der Unterkunft für geflüchtete Frauen und Kinder mit.

»Die Menschen, die herkommen, brauchen zunächst Stabilität. Da sie nicht so schnell an ihren bisherigen Wohnort zurückkehren können, brauchen sie die Gewissheit, dass sie sich für längere Zeit in einem relativ sicheren Gebiet niederlassen können«, erklärt Kvitka. Diese Stabilität versucht die feministische Gruppe nun zu gewährleisten. Neben dem Schaffen von Wohnräumen versorgt FemWorkshop die Bewohner:innen regelmäßig mit Produkten zum Kochen. Außerdem wird psychosoziale Unterstützung, wie Beratung zur Arbeitssuche, Treffen mit Psycholog:innen, Kunsttherapie und Einzelpsychotherapie, für die Bewohner:innen des Heims organisiert. Eine der Aktivist:innen arbeitet in der Unterkunft als Nanny. Sie verbringt dreimal die Woche Zeit mit den Kindern und plant verschiedene Aktivitäten, wie gemeinsame Ausflüge, Bastelaktivitäten und verschiedene Spiele. »Manchmal unterhalten sie sich auch einfach und lernen respektvoll miteinander zu reden. Da die Nanny eine feministische, vegane, antiautoritäre Aktivistin ist, übernehmen auch die Kinder die entsprechenden Werte«, sagt Kvitka.

»In der Unterkunft ist immer jemand von uns da und ansprechbar«, erzählt sie weiter. »Natürlich gibt es auch Kon-

2 Link zur Internetseite von FemWorkshop auf Englisch: https://femwork.org/en/



Kvitka beim Sortieren von Spielsachen. Foto: Tania Jafarova

flikte, weil jede ihre eigenen Ansichten über Ernährung, Lebensmittellagerung oder das Wirtschaften im Allgemeinen hat. Aber wir versuchen diese zu lösen. Zum Beispiel ist es manchen Bewohner:innen wichtig, sich mit Lebensmitteln einzudecken, um sich sicherer zu fühlen. Wir verstehen das und haben den Bereich der Kühlschränke vergrößert.«

Kvitka gibt mir eine kleine Führung durch die verschiedenen Räume des neuen Heims. Im Erdgeschoss sind Büroräume. Im Flur kommen uns bereits die ersten Kinder entgegen auf dem Weg zur Gemeinschaftsküche, die sich ebenfalls im untersten Stockwerk befindet. Ein Stockwerk höher sind Schlafräume für die Bewohner:innen des Heims und das oberste Stockwerk ist ein großes Dachgeschoss mit viel Spielzeug. Meistens sind in diesem Raum die jüngeren Bewohner:innen zum Spielen und manchmal finden dort auch Veranstaltungen statt. Einige Tage vor meinem Besuch organisierte eine queere Gruppe dort anlässlich des Pride-Monats zum Beispiel eine Filmvorführung. Auch die Veranstaltungen zur kurdischen Befreiungsbewegung finden dort statt.

Momentan leben in dem Heim 19 Personen, 14 Frauen und 5 Kinder. Auch einige Haustiere, ein Hund, eine Katze und zwei Ratten gehören zu den Mitbewohner:innen. Ein Großteil der Bewohner:innen kommt aus der Region Donezk, also einem der Gebiete, die schon seit 2014 zur Hälfte von russischen Proxys kontrolliert werden und nun weitgehend unter russische Besatzung gefallen sind. Die anderen Bewohner:innen kommen aus den Regionen Luhansk und Cherson.

Die meisten leben schon seit dem Eröffnungstag am 1. Juni in der Unterkunft. »Wir haben Organisationen und freiwillige Helfer:innen, die wir kannten, eingeladen und sie haben wiederum Leute an uns weitergeleitet. Viel Werbung war nicht nötig«, berichtet Kvitka zu der Frage, wie die Frauen den Weg zu ihnen gefunden haben.

Geflüchtete Frauen im Westen der Ukraine

Seitdem Russland die flächendeckende Invasion begonnen hat, gab es laut UN-Bericht mehr als 10 Millionen Grenzübertritte von Menschen aus der Ukraine auf der Flucht in Folge des Krieges.[3] Die meisten von ihnen sind Frauen mit Kindern. Neben dem Faktor, dass Männer zwischen 18 und 60 Jahren wegen des Militärdienstes das Land nicht verlassen dürfen, gibt es noch weitere Gründe, die dazu führen, dass weniger Männer auf der Flucht sind. Einige bleiben in den unsicheren Gebieten, um die Häuser vor Plünderungen schützen, damit die Familie später wieder dorthin zurückkehren kann. Einige bleiben, um zu arbeiten und den Unterhalt für die Familie auf

3 Vgl. https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine/location?secret=unhcrrestricted



Aktivist:innen im FemApartment. Foto: Tania Jafarova

der Flucht zu sichern. Zusätzlich gibt es bei vielen Unterkünften in der Ukraine die Regelung, keine Männer aufzunehmen.

Viele der Frauen kümmern sich auf der Flucht um Kinder oder ältere Angehörige. Das bringt verschiedene Herausforderungen mit sich, da das Umfeld und die Alltagsroutine ihrer bisherigen Wohnorte nicht mehr vorhanden ist. »Vielleicht konnten die Frauen vorher ihr Leben so organisieren, dass sie keine weitere Hilfe bei der Care-Arbeit brauchten, doch beim vorübergehenden Niederlassen in Lviv können sie ihr Leben nicht auf gewohnte Weise organisieren und brauchen Unterstützung«, sagt Kvitka.

Ein Problem bei der Kinderbetreuung ist: Die staatlichen Kindergärten nehmen keine Kinder auf, die keine offizielle Bescheinigung haben, dass ihre Eltern arbeiten. »Das ist ein Teufelskreis«, erklärt Kvitka. »Die Frauen können sich weder eine Arbeit suchen, weil sie sich um die Kinder kümmern müssen, noch können sie die Kinder in den Kindergarten schicken, da sie keine Arbeit haben. Auch in dem Punkt sind sie oft auf die Hilfe von Freiwilligen angewiesen.«

Die Nachfrage nach Wohnraum für Geflüchtete ist in Lviv groß. Die meisten Menschen, die aus den umkämpften Gebieten fliehen, reisen weiter ins europäische Ausland, doch viele wollen in der Westukraine bleiben. »Staatliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten haben zunächst Menschen aufgenommen, können diese aber nicht langfristig beherbergen, da sie ihre Arbeit als Bildungseinrichtungen wieder aufnehmen«, sagt Kvitka zur Wohnungslage in Lviv. Aus diesem Grund mussten Organisationen wie der Feministische Workshop die Initiative ergreifen und Unterkünfte öffnen, damit es weiterhin Wohnraum für Geflüchtete gibt.

»Wir haben unsere Unterkunft als einen sicheren Raum geplant, in dem Frauen und Kinder für längere Zeit leben und sich gegenseitig unterstützen können«, sagt Kvitka.

Was genau für längere Zeit heißt, ist leider noch nicht klar. Mit Sicherheit hat der Feministische Workshop die Räume bis zum Ende des Jahres. Ob die Unterkunft danach noch weiter bestehen kann, hängt derzeit von Spendengeldern ab. ♦

Spendenkonto:
Inwole e.V.
IBAN: DE66 1002 0500 0003 8100 02
BIC: BFSWDE33BER
Betreff: Feminist Workshop

Weitere Informationen zur Unterstützung:
https://femwork.org/en/support-us/

Die koloniale Schiene der Deutschen Bahn

»Tren Maya Made in Germany«

Victor Hübotter

Europäische Konzerne beteiligen sich am zynisch benannten »Maya«-Zug, einem zerstörerischen Megaprojekt im Südosten Mexikos. Es ist nicht die einzige Verwicklung der Deutschen Bahn (DB) in Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Angriffe auf Autonomie und Freiheit gehören zum Geschäftsmodell des deutschen Staatskonzerns. Was macht »Deutschlands schnellster Klimaschützer« in Katar, Kolumbien und der Türkei?

Was ist das mit den Eisenbahnzügen?
In den Eisenbahnzügen, die rollenden Hotels gleichen, heißt es,
Wohnt jetzt oft kein Mensch.
Er fährt nirgends hin
Mit einer unvergleichbaren Geschwindigkeit!
Was ist das mit den Brücken?
Sie verbinden jetzt Schuttplätze mit Schuttplätzen.
Und was ist mit den Menschen?

Berthold Brecht

Berlin am Abend des 30. Oktober 2021: Rund einhundert Demonstrierende stehen vor dem DB-Tower am Potsdamer Platz. »Gegen die koloniale Schiene der Deutschen Bahn« und »Gegen die Megaprojekte des Todes, von Lützerath bis Yucatán, von Kolumbien bis Kurdistan« steht auf ihren Bannern und Schildern. Sie lauschen Ángel Sulub vom Nationalen Kongress der Indigenen in Mexiko (Congreso Nacional Indígena, CNI). »In den Wagons des Tren Maya fährt die Auslöschung unserer Völker mit«, ruft er in Richtung der DB-Büros. Aus dem gläsernen Turm des Konzerns leuchtet hingegen eine ganz andere Botschaft auf ihn hinab: »Klimaschutz kann auch einfach sein«.

Es scheint, als sei ein Konflikt in Deutschland angekommen, der Mexiko seit Jahren spaltet: Während indigene Gemeinden um ihre Lebensgrundlagen fürchten, verspricht die Regierung »den Anschluss des Südostens an die Moderne« – der »Maya«-Zug ist dabei das Vorzeigeprojekt des Präsidenten López Obrador. Auf 1500 Kilometern verbindet er fünf Bundesstaaten und führt über die gesamte Yucatán-Halbinsel bis nach Chiapas. Mitten durch geschützte Ökosysteme und autonome indigene Gemeinden.

Unwürdige Arbeitsbedingungen und Ausbeutung von Migrant:innen

Dem offiziellen Diskurs folgend gibt es dabei nur Gewinner: Der Zug soll den Tourismus ankurbeln, einige der bedeutendsten archäologischen Stätten liegen auf seinem Weg, von den Maya-Pyramiden an der Karibikküste Tulums bis zu jenen im Regenwald von Palenque. Davon würde auch die lokale Bevölkerung profitieren: 110.000 Arbeitsplätze habe der Tren »Maya« bis heute geschaffen, obwohl die Wagons frühestens 2023 rollen. Die Arbeiter:innen hingegen berichten von Lohnausfällen, Lohnkürzungen, unwürdigen Arbeitsbedingungen und Ausbeutung von Migrant:innen als billige Arbeitskräfte – mindestens ein Arbeiter starb bereits auf den Baustellen des »Maya«-Zuges. Für alle Menschen vor Ort solle sich die Mobilität verbessern, heißt es, und doch scheinen die Ticketpreise des kommenden »Maya«-Zuges höher als die der aktuell verkehrenden Busse. Die Bäuer:innen in der Region hätten bessere Möglichkeiten, ihre Güter zu transportieren, heißt es – und doch wird der »Maya«-Zug vor allem die Waren großer transnationaler Konzerne transportieren – denn: Im Schatten des Zuges fährt so einiges mit – »tatsächlich besteht der größte Fehler darin, den Maya-Zug nur als Zug zu betrachten«, betont Dr. Sergio Prieto Díaz vom Colegio Ecosur in Campeche.

Angebunden an den »interozeanischen Korridor«, der in Oaxaca an der schmalsten Stelle Pazifik und Atlantik miteinander verbindet und wie ein zweiter Panama-Kanal auf Schienen fungieren soll, öffnet der »Maya«-Zug den Süden des Landes für den Weltmarkt – und die multinationalen Unternehmen: Während die Regierung meist den touristischen Aspekt hervorhebt, sollen 80 Prozent der Wagons für den Gütertransport genutzt werden. Dass diese die Produkte der Kleinbäuer:innen transportieren sollen, bezweifeln hier viele: »Sie werden genverändertes Saatgut großer Konzerne hierherbringen und Ressourcen von hier abtransportieren«, fürchtet etwa Sara Gonzalez aus Candelaria.



Foto: deinebahn.com

Vertreibung der indigenen Bevölkerung

In vielen Regionen bewahrheitet sich dies bereits jetzt: Wo am Tren »Maya« gebaut wird, entstehen Masttieranlagen und Soja-Monokulturen. Dabei soll es nicht bleiben: Die größten Gasvorkommen des Landes liegen vor der Küste, Öl wartet auf die Förderung. Und so werden der »interozeanische« und der »Maya«-Zug durch die Entstehung von Industrieparks begleitet. Fabriken und Raffinerien gehören zur »territorialen Neuordnung« wie Hotelanlagen und sogenannte »Planstädte«.

Diesem »Fortschritt« müssen die Menschen weichen, nach denen das »Zug«-Projekt benannt ist: die Maya, Ch'oles, Tzeltales, Chontales, Tzoziles und andere indigene Gruppen.

»Die Menschen wollen den Maya-Zug«, heißt es hingegen von Seiten der zuständigen Tourismusbehörde FONATUR – die sich auch auf die vorgenommene Befragung der Betroffenen beruft: »Der Konsultationsprozess für den Maya-Zug war der größte, der jemals für ein Infrastrukturprojekt durchgeführt wurde«, verkündet die Regierung 2019 – und zeigt sich euphorisch: Über 90 Prozent der Menschen vor Ort hätten für das Großprojekt gestimmt. Es ist auch das ILO-169-Abkommen der UN zum Schutz der Rechte der Indigenen Völker, welches Mexiko beim Eindringen von Großprojekten in indigene Territorien zu diesen Konsultationen verpflichtet.

Doch die angeblich überwältigende Zustimmung erweist sich schnell als Fassade – »Egal ob es regnet, donnert oder blitzt, der Maya-Zug wird gebaut, ob sie es wollen oder nicht«, verkündete López Obrador nur kurze Zeit nach den Befragungen in Campeche, auch als Antwort auf mehrere Klagen gegen den Baubeginn des Tren »Maya«. »Seltsam«, meint Dr. Sergio Díaz, »ich dachte, die Menschen seien für den Maya-Zug?«

Er ist einer derjenigen, die Obrador als »Gegner des Fortschritts« beschimpft – doch davon lässt sich Díaz nicht beeindrucken – und erklärt die hohe Zustimmung für das Projekt durch das, was viele Menschen in der Region als »Scheinkonsultierungen« bezeichnen. »Es geht hier einfach um die Legitimation einer bereits getroffenen Entscheidung. Was die Indigenen wollen, spielt überhaupt keine Rolle«. Die Regeln für die Konsultierungen bei derartigen Projekten sind eindeutig: Sie müssen in den indigenen Sprachen angeboten und dem kulturellen Kontext angepasst vorgenommen werden, über alle Folgen informieren, einen freien Charakter bewahren und vor Projektbeginn stattfinden.

Indigene Vertreter:innen, Wissenschaftler:innen, Menschenrechtsaktivist:innen und mehrere UN-Institutionen kritisieren, dass diese Vorgaben verletzt worden seien: Viel zu wenig Menschen seien befragt worden, vor allem in den ruralen Regionen, betont Díaz. So wie in Hopelchén. Dort lebt Anastacio Oliveros: »In Escárcega haben sie die Menschen befragt – aber nicht hier, nicht in den indigenen Gemeinden. Denn sie wissen, dass wir gegen den Maya-Zug sind.«

In Tres Huastecas hat eine Konsultation stattgefunden – »aber sie haben uns nichts berichtet, sondern nur mit den lokalen Autoritäten gesprochen«, beklagt Idelfonso Santos vom Regionalen Rat der Indigenen in Xpujil. Dann sei eine Liste aufgetaucht, in denen die Namen der Befürworter:innen des Projekts festgehalten sind. »Meine Unterschrift steht in dieser Liste«, meint Santos, hebt die Augenbrauen und lächelt, »ich habe nie unterschrieben, das war eine Fälschung.«

Wie viele Indigene organisiert er sich gegen den »Maya«-Zug – was nicht unbeantwortet bleibt: »Die Konsultierungen werden häufig unter Drohungen, der Kriminalisierung und Schikanen durchgeführt, wodurch ihr freier Charakter untergraben wird«, warnte das UN-Komitee gegen Rassendiskriminierung. Pedro Uc Be von der Maya-Versammlung Múuch Xíinbal wundert das nicht: Weil er sich gegen den Tren »Maya« äußert, erhielten seine Frau, seine Kinder und er bereits Morddrohungen. In den letzten drei Jahren wurden in Mexiko 48 Aktivist:innen ermordet, die sich gegen derartige Megaprojekte wehrten.

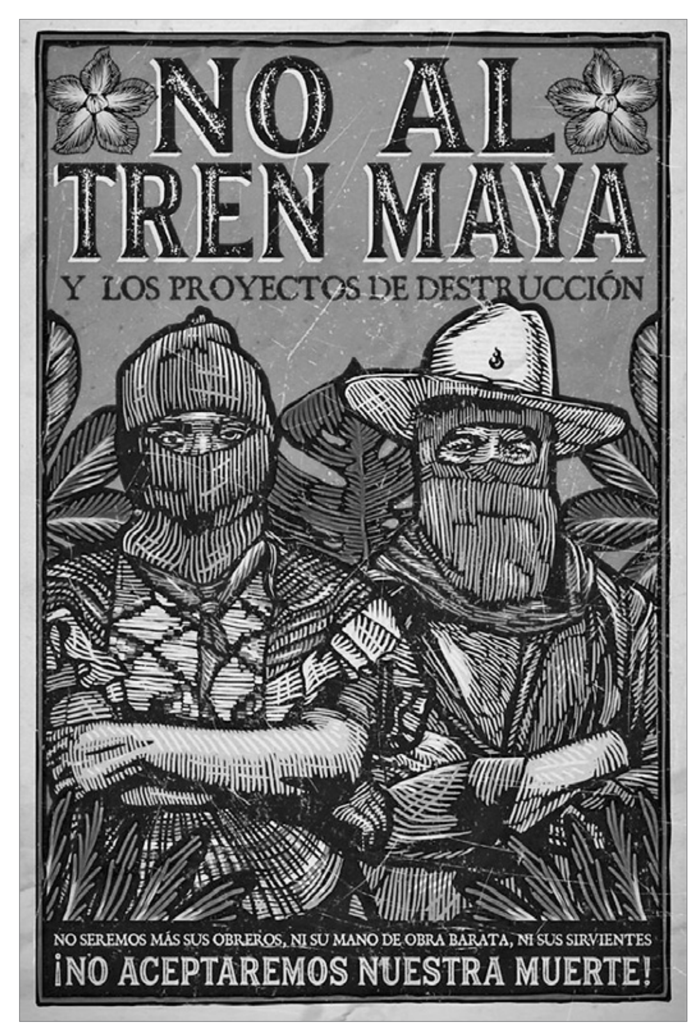
2022 spüren einige, die zuvor noch für den Zug gestimmt und freiwillig ihr Haus verlassen hatten, was mit »Scheinkonsultierungen« gemeint ist: Sandra Martínez etwa erklärt, dass sie einer Umsiedlung zugestimmt habe, »aber FONATUR ist dem versprochenen Bau der neuen Häuser nicht nachgekommen.« Viele Menschen verlieren so ihre Lebensgrundlagen – und wenn sie der »Entwicklung« nicht weichen wollen, drohen die Behörden nicht selten mit dem Einsatz der neu geschaffenen Nationalgarde.

»Ein Vorzeichen, das weltweit zur Kenntnis genommen werden sollte, ist die Präsenz des Militärs beim Bau und Nutzen dieser Megaprojekte«, sagt Nisaguie Cruz vom CNI – nicht nur bei den Konsultierungen oder den Vertreibungen des »Maya«-Zuges sind die Streitkräfte präsent: Sie bauen und verwalten ganze Streckenabschnitte – und: »Alle Gewinne aus dem Betrieb der Bahn kommen dem Militär zugute«, versichert Jiménez Pons, ehemaliger Direktor von FONATUR.

Doch auch die Militarisierung betrifft vor allem, was neben den Gleisen passiert: »Überall entstehen Militärbasen, derzeit sind rund 30.000 Soldaten allein der Nationalgarde im Südosten stationiert«, berichtet Dr. Ana Ceceña von der Nationalen Autonomen Universität Mexiko (UNAM).

Dahinter stehen auch geopolitische Interessen: »Stellt euch einen Zug von Küste zu Küste vor, umgeben von Militärbasen. Sie nennen es vielleicht ein Infrastrukturprojekt, de facto ist es eine Mauer«, erklärt Dr. Díaz.

Migrant:innen auf dem Weg in die USA werden bereits zwischen Guatemala und Mexiko aufgehalten. Eine Praxis, die mit



NEIN ZUM TREN MAYA
und den Projekten der Zerstörung
wir werden nicht länger ihre Arbeiter, ihre billigen Arbeitskräfte oder ihre Knechte sein
WIR WERDEN UNSEREN TOD NICHT AKZEPTIEREN!

Obama begonnen hatte und unter Trump intensiviert wurde: »Mexiko ist zum Türsteher der US-Regierung geworden. Unter Einsatz des Militärs werden Migrant:innen an ihrer Reise gen Norden gehindert, schwere Menschenrechtsverletzungen sind die Folge«, berichtete »Brot für die Welt« 2020 aus Chiapas. Seitdem hat sich wenig geändert: »Trump hat es nicht geschafft, eine Grenzmauer fertigzustellen, geschweige denn Mexiko dazu zu bringen, sie zu bezahlen. Präsident Biden hat Mexiko gerade dazu gebracht, 1,5 Milliarden Dollar zu investieren, um die Grenzabfertigung durch intelligente, bewährte Grenzmanagementlösungen zu verbessern«, schwärmt der stellvertretende Pressesprecher des Weißen Hauses am 13. Juli 2022.

Vieles spricht dafür, dass zu diesen »Grenzmanagementlösungen« die Militarisierung Südmexikos gehört – Amnesty In-

ternational und entsandte UN-Berichterstatter:innen sind sich sicher, dass sie durch den »Maya«-Zug vorangetrieben wird.

Für Sicherheit sorgt das nicht. Wie bereits in Cancún, einer der ersten »Planstädte«, droht stattdessen die Machtübernahme der organisierten Kriminalität. Im Schatten schillernder Hotelfassaden florieren Drogen-, Menschen- und Waffenhandel auf der Riviera Maya, die ursprüngliche Bevölkerung lebt in Armut. »Es ist weltweit eines der schlimmsten Beispiele für ›ungleiche Entwicklung‹«, konstatiert Dr. Díaz.

Der Name »Maya«-Zug erweist sich auch in anderer Hinsicht als irreführend: So wird dem Hinweis auf Umweltschäden entgegnet, dass es sich doch um ein umweltfreundliches Verkehrsmittel handle. Der parallele Ausbau von Autobahnen an der Route wird verschwiegen. Allein im »Abschnitt 1« müssen 11 Millionen Bäume dem Zug weichen, mitten in der »Selva Maya« – dem zweitgrößten Regenwald des Kontinents. In Quintana Roo führt er über die »Cenotes« – unterirdische Höhlen- und Flusssysteme, die das größte Süßwasservorkommen des Landes beherbergen. Der Zug an sich stellt dabei, von permanenter Einsturzgefahr abgesehen, gar nicht das eigentliche Problem dar: Das Wasser wird vor allem durch Baustellen, intensivierte Landwirtschaft und Massentourismus kontaminiert. Über die »Cenotes« ist aber auch ein Wasserzufluss an die Küste gewährleistet, grundlegend für die Existenz der Mangroven, die wiederum Nährstoffe für das zweitgrößte Korallenriff der Welt liefern – und den natürlichen Schutz vor Überflutungen bieten, die durch die Klimakatastrophe stetig zunehmen.

Diese ist in den Gemeinden schon lange spürbar: »Das Problem hier in Calakmul ist«, erzählt Ernesto Martínez, »dass es kein Wasser gibt. Und jetzt wollen sie 8000 Tourist:innen pro Tag hierherbringen«, fragt er ungläubig und versucht, nicht zu lachen.« Im Juli 2022 ist es so trocken wie nie zuvor, die mexikanische Wasserkommission Conagua hat den Notstand ausgerufen.

»Entwicklung für uns«, sagt Kleinbauer Alfredo Vásquez, »wäre ein Zugang zu sauberem Wasser.« Nur für die Tourist:innen und Konzerne wird davon nach dem Tren »Maya« noch genügend vorhanden sein, meint Sara Gonzalez: »Ich weiß nicht, woher, aber das Wasser wird kommen, wie durch ein Wunder.«

Eigentlich müssen in Mexiko Umweltverträglichkeitsstudien (MIAs) vorgelegt werden, bevor Projekte wie der »Maya«-Zug beginnen. Für viele Abschnitte sind sie jedoch nicht vorhanden. Gerichte beschlossen daher bereits mehrere Baustopps, die immer wieder ignoriert werden, zuletzt ordnete ein Richter im Mai 2022 einen Stopp der Arbeiten zwischen Tulum und Playa del Carmen an.

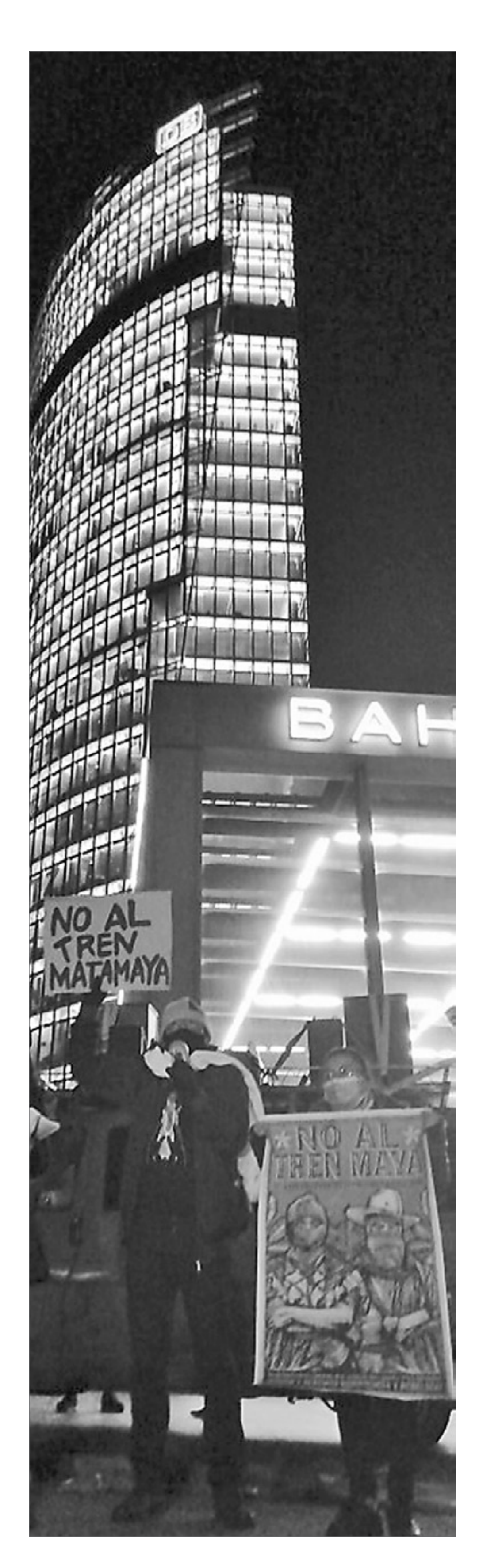


Foto: deinebahn.com

Eine »Angelegenheit der nationalen Sicherheit«

Doch auch im August 2022 graben Bagger zwischen den Maya-Pyramiden von Tulum und der Touristenstadt Playa del Carman an der mexikanischen Karibikküste eine Schneise durch den Regenwald. Denn die Verantwortlichen wollen am Start 2023 festhalten und griffen am 18. Juli 2022 zu einer ungewöhnlichen Maßnahme, um den definitiven Baustopp zu umgehen: Der Tren »Maya« sei eine »Angelegenheit der nationalen Sicherheit«, erklärte Javier May, Direktor von FONATUR. Er berief sich dabei auf ein erst kürzlich verabschiedetes Dekret der mexikanischen Regierung, das den Start von staatlichen Megaprojekten ohne eigentlich bindende Prüfverfahren erlaubt, wenn sie als »nationales Interesse« definiert werden.

Der Tren »Maya« ist ein neoliberales Militarisierungsprojekt zur wirtschaftlichen Erschließung einer gesamten Region. Indigene Autonomie und intakte Ökosysteme sollen dem Beispiel Cancún in die Ungerechtigkeit folgen, während die Festung gegen die Migrant:innen verstärkt wird.

All dessen völlig ungeachtet beteiligt sich die Deutsche Bahn über ihr Tochterunternehmen DB Engineering & Consulting weiter am Tren »Maya«, eine Brücke verbindet den Schuttplatz Cancun mit dem seelenlosen Potsdamer Platz in Berlin. In beiden Fällen steigt die soziale Ungleichheit im Schatten schillernder Hotel- und Bürofassaden, die gefühllos und kalt in den Himmel ragen, ohne nach den Menschen zu fragen.

Bereits 2018 hatte die Botschaft der BRD ein Treffen zwischen deutschen Unternehmen und FONATUR organisiert, 2019 begann die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein Projekt zur »nachhaltigen Nutzung der Selva Maya«, Unternehmen wie SIEMENS oder der TÜV Rheinland stehen als Interessierte in der Mitverantwortung. 2020 sicherte sich die DB als Teil eines Konsortiums mit den spanischen Unternehmen Renfe und Ineco einen Vertrag. Bis 2023 erhält der Konzern als sogenannter »Schattenbetreiber« 8 Millionen Euro für Beratung »in allen Bereichen«. Genaueres ist über die Aufgaben der DB schwer zu erfahren, erst eine parlamentarische Anfrage lieferte 2021 überhaupt Gewissheit. Als eine internationale »Recherche AG« nach der Veröffentlichung ihres Berichts »Tren Maya Made in Germany« eine Stellungnahme der staatlichen DB und der weisungsbefugten Bundesregierung verlangte, antworteten beide mit Falschaussagen: Die Beteiligung sei unproblematisch, da unter anderem das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) »in das Projekt eng eingebunden« sei. Tatsächlich kritisiert das OHCHR das Projekt – und weist insbesondere auf die mangelhaften Konsultierungen der indigenen Gemeinden hin, die nicht die Vorgaben des ILO-169-Abkommens erfüllten.

Am 23. Juni 2022 ist dieses Abkommen auch in Deutschland in Kraft getreten, spätestens jetzt muss die Bundesregierung ihre Weisungsbefugnis gegenüber der DB durchsetzen und den Rückzug aus dem Projekt verlangen, betont Christian Russau vom ILO-169-Koordinierungskreis und Dachverband der Kritischen Aktionär:innen.

Nicht nur in Mexiko widerspricht die DB-Beteiligung der deutschen Ratifizierung des Abkommens: Auch in anderen Regionen der Welt bedeutet der »einfache Klimaschutz« der »grünen und sozialen DB« eine Vernichtung Indigener Völker:

»Das Monster« nennt die lokale Bevölkerung die Kohlemine »El Cerrejón« in Kolumbien. Die Mine gräbt der indigenen Bevölkerung das Wasser ab, Kinder erkranken durch die Verschmutzung der Luft, riesige Landstriche werden zerstört, zurück bleibt eine Wüste. Wer trotzdem hier lebt wird enteignet und vertrieben. Polizei, Militär und paramilitärische Einheiten, ausgerüstet mit deutschen Waffen und schwerem Gerät terrorisieren die Gemeinden. Wer sich wehrt, zahlt den Preis für den »einfachen Klimaschutz«: Mindestens 611 Umweltaktivist:innen wurden seit 2011 in Kolumbien ermordet.

2017 schritt das Verfassungsgericht des Landes ein und stoppte den Ausbau der Mine, die weitere Umleitung des für die indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden überlebenswichtigen Flusses Rio Rannchería wurde verboten. Bis 2022, als Bundeskanzler Olaf Scholz einen Anruf tätigte.

Im deutschen Kohlekraftwerk Datteln IV wurde schon immer Kohle aus Kolumbien verbrannt. Vor allem aber aus Russland, ebenfalls aus indigenen Territorien, wurde Steinkohle importiert, nachdem das »grüne und nachhaltige« Deutschland den Kohleausstieg beschlossen hatte. Doch seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine muss sich nach neuen Quellen umgesehen werden. Die Importe kolumbianischer Kohle stiegen daraufhin sprunghaft um 690.000 Tonnen allein im März 2022 an. Dass Datteln IV trotz Kohleausstieg und fehlender Genehmigungen überhaupt in dieser Größe ans Netz ging, liegt auch an den Zusagen der Deutschen Bahn, bis in die 2030er Jahre gewaltige Strommengen aus dem Kraftwerk zu beziehen, bis zu einem Viertel des gesamtdeutschen Bahnstroms. »100 Prozent Ökostrom« verbraucht der Konzern nämlich »nur auf dem Papier« – und erwirbt entsprechende Zertifikate.

Am anderen Ende des Telefons saß Ivan Duque, damals noch Präsident Kolumbiens und bekannt für Menschenrechtsverletzungen. Olaf Scholz soll ihn unter Druck gesetzt haben, die Kohleförderung zu intensivieren. Unterstützung leistet Deutschland dabei auch für die notwendigen Repressionen – neben Waffenlieferungen besteht ein Militärabkommen zwischen den beiden Ländern – trotz der zahlreichen Verbrechen



Foto: deinebahn.com

der kolumbianischen Sicherheitskräfte, die unter anderem dutzende Demonstrierende und viele Jugendliche während der Proteste 2021 erschoss – mit deutschen Waffen.

Auch in Mexiko profitiert die deutsche Rüstungsindustrie vom »Maya«-Zug: Das mexikanische Militär kauft seit Jahrzehnten deutsche Waffen, sie kommen auch bei paramilitärischen Angriffen auf Studierende oder auf die zapatistischen Gemeinden in Chiapas zum Einsatz – durch den »Maya«-Zug kreisen die Soldaten Autonomiegebiete und Migrationsrouten nun vollkommen ein.

»Erfolgreichstes Halbjahr seit 150 Jahren«

Die Deutsche Bahn hat dabei bereits ihre Erfahrungen mit Waffen: Schenker, einst großer Profiteur und Täter im Nationalsozialismus, transportiert heute Rüstungsgüter auf der ganzen Welt, ist größter Logistikpartner der NATO und der bekanntesten Waffenmessen.

Dass die DB das abscheulich angehäufte Vermögen der für die Shoah mitverantwortlichen »Reichsbahn« erbte, interessiert den Konzern dabei nicht: Stattdessen geht er gegen das Gedenken an die Deportierten vor, verweigert Reparationszahlungen und bedroht das Mahnmal der im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma durch eine neue S-Bahn-Linie in Berlin.

Und während die DB zur Nazivergangenheit der Schenker-Tochter schweigt, verkündet der Konzern 2022 voller Stolz und Traditionsbewusstsein: »Erfolgreichstes Halbjahr seit 150 Jahren: Den mit Abstand größten Beitrag zum aktuellen Konzernerfolg leistete DB Schenker. Sie konnte ihren operativen Gewinn im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2021 auf rund 1,2 Milliarden Euro fast verdoppeln«

Auch in der Türkei ist Schenker aktiv – ob ihre Infrastruktur den Angriffskrieg auf die kurdische Autonomie unterstützt, ist nicht bewiesen, aber denkbar. Eine parlamentarische Anfrage läuft. Immerhin ist die Türkei NATO-Partner und führt ihre völkerrechtswidrigen Angriffe auch mit deutschen Waffen durch.

In Katar unterstützt die DB die Bauarbeiten für die Fußball-Weltmeisterschaft, die bereits tausenden Arbeitssklav:innen das Leben kostete – der »schnellste Klimaschützer Deutschlands« ist eben kein soziales Unternehmen, sondern ein weltweit mit Schiffen, Flugzeugen, LKWs und Bahnen agierender Megakonzern, der nur an Profit orientiert ist – der in den Taschen des Vorstands landet, der gegen Protest der eigenen Arbeiter:innen gerne auch gerichtlich vorgeht. Statt sich um bezahlbare Preise, eine umweltfreundliche Infrastruktur und faire Arbeitsbedingungen in Deutschland zu kümmern, verlegt der Konzern lieber eine koloniale Schiene durch Mexiko:



Foto: deinebahn.com

Schon 1881 sollte ein Zug »den wilden Süden« erschließen, 2012 stellte Peña Nieto den Plan des »Tren Transpeninsular« vor. Immer wieder scheiterte das koloniale Projekt am Widerstand der Maya. Jetzt ist es nach ihnen benannt – und so weit fortgeschritten wie nie zuvor. Ob die Wagen – gebaut vom französischen Konzern Alstom – jemals rollen, ist offen. Doch die negativen Folgen sind bereits spürbar. Um den Zug aufzuhalten, sei auch Widerstand in jenen Ländern notwendig, aus denen sich große Unternehmen am Projekt beteiligen, meint Pedro Uc Be: »Andernfalls, so scheint es mir, wird das Maya-Volk dazu verurteilt sein, zu verschwinden: Unsere Sprache wird verschwinden, unsere Kultur wird verschwinden – und was als ›Maya‹ übrig bleiben wird, ist ein Hotel, ein Restaurant, eine Buslinie, ein Zug …«

Es ist auch ein Kampf gegen die Behauptung, Klimaschutz im Kapitalismus sei möglich. Die Deutsche Bahn steht hier nur exemplarisch für die falschen Behauptungen eines »grünen Kapitalismus«, von »Klimaschutz für Wohlstand« und »nachhaltiger Entwicklung«.

Nachhaltig wird in der praktischen Umsetzung dieses Diskurses meist nur eines gemacht: Ausbeutung und Zerstörung – vor allem im »globalen Süden«. Wirklicher Klimaschutz ist nicht einfach, denn er erfordert einen grundlegenden Systemwandel. Die angebotenen »Lösungen« finden auf dem Rücken der Ärmsten statt, insbesondere der Indigenen Völker. Unsere »grüne« E-Mobilität zum Beispiel führt zu Ökozid und Menschenrechtsverletzun-
gen auf der ganzen Welt – Kobalt wird durch Kinder- und Sklav:innenarbeit in weiten Teilen Afrikas abgebaut, für unseren Hunger nach Nickel brennen Militärs in Guatemala indigene Gemeinden nieder, und nach Lithium wird inzwischen nicht nur in Bolivien gesucht – auch in Portugal werden Naturschutzgebiete umgegraben – und das größte Lithium-Vorkommen Europas liegt übrigens in der aktuell umkämpften Donbass-Region.

Die Indigenen Völker sind einmal mehr auch Opfer dieses Krieges mitten in Europa: Die Nachfrage nach Flüssiggas aus den USA und Kanada bedroht die letzten Territorien der Indigenen Nordamerikas, der Kohlehunger wird in Kolumbien gestillt, es sind nur zwei Beispiele einer möglichen Auflistung.

Wirklicher Klimaschutz erfordert zuallererst die Einhaltung der Menschenrechte: Das reichste ein Prozent schädigt das Klima doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt. Und unser »einfacher Klimaschutz« geht gerade gegen die vor, die das Klima wirklich schützen: 80 Prozent der weltweiten Biodiversität finden sich in Territoriender Indigenen. Im Namen des Naturschutzes werden diese von aus Deutschland oder dem WWF mitfinanzierten Folterbanden vertrieben – ob in Tansania, dem Kongo oder Mexiko – und nicht selten folgt dann ein profitables Megaprojekt wie der »Tren Maya« – Made in Germany. ♦



Die vollkommen überarbeitete Neuauflage des gleichnamigen Reports der Recherche AG ist frei verfügbar auf https://deinebahn.com/

Einer der letzten Schuhmachermeister in Amed

… man muss lernen, diese Schwierigkeiten zu meistern

ANFdeutsch, 7.8.2022

Die Schuhmacherei war ein traditionelles Handwerk armenischer Meister in Amed. In der kapitalistischen Wegwerfgesellschaft stirbt der Beruf aus, Kasım Oğuç ist einer der letzten Schuster in der nordkurdischen Metropole.

Einer der Berufe, die in Amed (tr. Diyarbakir) traditionell von armenischen Meistern ausgeübt wurden, ist die Schuhmacherei. Die Handwerkskunst kann in Amed auf eine fast tausendjährige Geschichte zurückblicken und befindet sich in den Händen der letzten Meister. Kasım Oğuç, der ursprünglich aus Xîzan in der nordkurdischen Provinz Bedlîs stammt und seit mehr als 50 Jahren in Amed lebt, lernte das Schuhmacherhandwerk von seinem älteren Bruder. Sein Bruder lernte von seinem Onkel, sein Onkel von seinem Großonkel, und der wurde von einem armenischen Meister ausgebildet. Heutzutage stirbt dieser Beruf aus. Oğuç arbeitet seit 45 Jahren in seinem eigenen Geschäft. Aufgewachsen ist er im Altstadtbezirk Sûr, dort eröffnete er auch sein erstes Geschäft. Vor einigen Jahren ist er in den Stadtteil Bajarê Nû (Yenişehir) gezogen.

Aussterbender Beruf

Oğuç beklagt, dass es niemanden gibt, der seinen Beruf weiterführt: »Ich hatte viele Lehrlinge, aber nur wenige von ihnen haben ihren Beruf weiter ausgeübt. Danach haben sie aufgehört. Jetzt setzt nur noch einer meiner Lehrlinge unseren Beruf in Istanbul fort. Auch meine Kinder haben kein Interesse an der Schuhmacherei. Es ist ein schwieriger Beruf, der Geduld und Sorgfalt erfordert. Manchmal kann einem dieser Beruf auch für einen Moment leid werden. Aber schließlich verdiene ich hier unser Brot. Ich kann diesen Beruf nicht aufgeben und einfach etwas anderes machen. Wenn man sich einmal daran gewöhnt hat, ist man auch ganz bei der Sache.«

»Man muss seine Fähigkeit ständig verbessern«

Kasım Oğuç hat seinen Ehrgeiz nicht verloren und will sich kontinuierlich verbessern. Er sagt: »Wir treffen auf Modelle, die es vor Jahren noch nicht gab. Das Wichtigste ist, dass man sich in seinem Beruf verbessert. Natürlich gibt es Schwierigkeiten und man muss lernen, diese Schwierigkeiten zu meistern. Als ich mit diesem Beruf ANFing, konnte ich den Hammer nicht halten, ich habe mir wohl viele Male den Finger angeschlagen. Aber mit der Zeit wird man ein Meister. In dem Maße, wie die Modelle und Produkte zunehmen, muss man sich weiterentwickeln. Als zum Beispiel Ledermäntel in jungen Jahren in Mode kamen, habe ich in Amed angefangen, sie zu bemalen. Dann haben wir angefangen, Ledermäntel zu reparieren. Jetzt reparieren wir auch Koffer. Wenn du dich in deinem Beruf nicht verbesserst, bist du kein Meister.«

»Die Wirtschaftskrise hat auch uns getroffen«

Die Wirtschaftskrise hat sich auch auf die Schusterei ausgewirkt, sagt Oğuç und weist darauf hin, dass die Preise nicht mehr das sind, was sie einmal waren. Der Preis für ein Produkt, das er vor einigen Monaten gekauft hat, habe sich inzwischen verdoppelt. »Wenn wir heute einen Schuh reparieren, sind 15 TL für die Leute zu viel. Vielleicht haben sie Recht, aber wir können ja auch keine Produkte zum alten Preis kaufen. Unsere Kunden glauben uns nicht, wenn sie abwarten und uns zusehen. Heute gibt es zwar mehr Arbeit für uns, aber unser Verdienst ist gesunken. Denn wir kaufen zwar teure Materialien, aber wir versuchen, dies nicht an die Kundschaft weiterzugeben.«

Als Rentner weiter arbeiten

Oğuz fügt hinzu, dass sich die Wirtschaftskrise nicht nur in den Geschäften widerspiegelt, sondern natürlich auch auf die Familien auswirkt: »Die Wirtschaftskrise spiegelt sich unweigerlich in der eigenen Familie wider. Eines meiner Kinder studiert an der Universität. Auch wenn wir selbst hungern, müssen wir uns um ihn kümmern. Ein anderes Kind ist am Gymnasium, eines bereitet sich auf die Universität vor, auch sie haben Ausgaben. Irgendwie drehen sich unsere Räder, aber nicht auf dem Niveau, das wir uns wünschen. Ich muss für die Zukunft unserer Kinder arbeiten. Obwohl ich bereits Rentner bin, muss ich immer noch arbeiten.« ♦

Theater über die Haft und das politische Denken von Öcalan

Die Zelle ohne Nacht

Seckin Guneser, ANFdeutsch 6.8.2022

Wie lebt es sich 23 Jahre lang in einer Zelle? Das Stück »La celda sin noche« des Basken Galder Irusta widmet sich dieser Frage und sucht eine Antwort darauf, was es bedeutet, in völliger Isolation zu leben und unter schwierigsten Bedingungen zu kämpfen.

Wie mag es wohl sein, 23 Jahre lang in einer Zelle zu leben? »Die Zelle ohne Nacht« (La celda sin noche) stellt diese Frage und versucht eine Antwort darauf zu finden, was es bedeutet, inhaftiert zu sein, in Isolation zu leben und wie Widerstand unter schwierigsten Bedingungen entsteht. Das Stück schildert das Leben und das politische Denken des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan, der seit seiner Entführung im Jahr 1999 inhaftiert ist. 2019 von Galder Irusta geschrieben und 2022 von Mireia Gabilondo inszeniert, bringt es die vier Wände einer isolierten Zelle auf die Bühne und zeigt, wie ein auf einen kleinen Raum beschränktes Leben unbegrenzten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sein kann, wie etwa einem Licht, das nie ausgeschaltet wird.

»Die Zelle ohne Nacht« ist das erste Stück von Irusta, einem jungen Dramatiker und Regisseur für Film und Theater, der 1995 im baskischen Bilbao geboren wurde und in Madrid, Rom und Amsterdam Philosophie und Film studierte. Bisher wirkte Irusta an über 55 unabhängigen Kurzfilmen mit – vom Drehbuch über Schnitt bis hin zu Regie, und arbeitete an diversen Theatern als Regieassistent, Regisseur und Inspizient. Kürzlich erhielt er das prestigeträchtige La Caixa-Stipendium, um in den USA Filmregie zu studieren.

Durch die Erzählung der Geschichte von Abdullah Öcalans Inhaftierung setzt sich Irusta mit der Entwicklung des politischen Denkens, der politischen Vorschläge und Ideen auseinander, die der Begründer der kurdischen Befreiungsbewegung unter schwerer Isolation und inmitten von Menschenrechtsverletzungen entwickelt hat. Das Stück entzieht sich einer einfachen Verbalisierung und nimmt das Publikum stattdessen mit auf eine emotionale Reise durch Erzählungen, die Öcalans eigenen ideologischen Weg widerspiegeln: von der Verteidigung des bewaffneten Kampfes aus einer marxistisch-leninistischen Perspektive zur Erreichung eines unabhängigen kurdischen Staates bis hin zum Widerstand für einen neuen Gesellschaftsvertrag auf der Grundlage von Konföderalismus, Feminismus und direkter Demokratie. Die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks ermöglicht eine innovative Darstellung dessen, was in einer Einzelzelle geschieht. Drei Figuren, die Öcalans Gedankenwelt repräsentieren, führen das Publikum durch die Verwicklungen einer vollständigen Gefangenschaft und eines ehrlichen politischen Wandels. Das Publikum verfolgt die Diskussionen zwischen diesen drei Figuren und kann in die Freiheit der Gedanken eintauchen, die trotz der durch das Gefängnis auferlegten Beschränkungen unbegrenzt bleibt.

Obwohl diese Geschichte eine Geschichte des kurdischen Kampfes ist, bringen Irusta und Gabilondo, indem sie sie durch die Brille der Inhaftierung und des Widerstands von Öcalan betrachtet erzählen, eine Geschichte des Menschenrechts auf die Bühne. Sie beleuchten die Möglichkeiten für eine demokratische Zukunft im Nahen Osten – und wenn man ganz genau hinhört, auch mit Auswirkungen auf die ganze Welt.

Über seine Motivation, dieses Stück zu schreiben, sagt Irusta: »Ich wollte die politischen Ideen und Vorschläge Öcalans erforschen und mit anderen teilen, die für mich die interessanteste Perspektive im globalen politischen Denken der letzten Jahrzehnte darstellen und auch für Europa relevant sind, wenn man die Geschichte verschiedener bewaffneter Kämpfe wie der ETA in Spanien und im Baskenland, der IRA in Irland und im Vereinigten Königreich, aber auch den Mangel an echten Alternativen sowohl zu den überholten bewaffneten Kämpfen als auch zum kapitalistischen Status quo bedenkt.« Für Irusta sei das Schreiben dieses Stücks auch eine Möglichkeit gewesen, »die surreale Situation, unter der Öcalan leidet, die ständigen Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat, und gleichzeitig die geradezu empörende Toleranz der Welt und insbesondere die Heuchelei Europas diesem Unrecht gegenüber bekannt zu machen«.

»Ich habe mich gefragt«, sagt Irusta, »was in einem Menschen, der völlig auf einen Raum beschränkt ist, wohl vorgeht? Was geschieht im Inneren eines Menschen, das es ihm ermöglicht, seine politischen Ideale zu ändern, ohne sie gänzlich abzulehnen oder in dogmatische Verstrickungen zu geraten? Wie vollzieht sich der Wandel, wenn man nur sich selbst hat? Was sind die Kämpfe, Konflikte und Diskussionen, die in einem selbst stattfinden? Wie kommt ein einzelner Mensch, der unter ständiger Ungerechtigkeit leidet, zu dem Schluss, dass die einzig wünschenswerte Zukunft eine ist, die auf den Werten der direkten Demokratie, des Feminismus und des Konföderalismus beruht?«

Irustas Stück ist ein Aufruf, von Öcalan und dem kurdischen Kampf zu lernen, in der Hoffnung, dass seine Qualen nicht umsonst gewesen sind. »Ich hoffe, dass es einen Weg gibt, Öcalan wissen zu lassen, dass seine Arbeit und sein Leben in der ganzen Welt geteilt und anerkannt werden. Als Dramatiker waren meine Ziele: Öcalans politische Gedanken und Vorschläge mit der Welt zu teilen, seine ungerechte Situation öffentlich anzuprangern und seinen Mut und seine Widerstandsfähigkeit zu würdigen«. Er fügt hinzu: »Ich hoffe, dass das Stück vermitteln kann, wie sein Leben in all den Jahren verlaufen ist. Es wäre eine Ehre und ein Privileg, wenn er von der Existenz dieses Stücks wüsste. Ich kann mir nur wünschen, dass er es sehen kann.«

Einen besonderen Dank widmet Galder Irusta der Internationalen Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«. Die multinationale Friedensinitiative setzt sich für die Beendigung der Isolation auf der Gefängnisinsel İmralı und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage ein und informiert die Öffentlichkeit über die Situation von Öcalan. Sie besorgt zudem in zahlreichen Sprachen die Übersetzung und Herausgabe der Werke des Vordenkers. All dies sei für das Verfassen von »Die Zelle ohne Nacht« von wesentlicher Bedeutung, sagt Irusta. »Viele der von der Initiative angeprangerten Verhältnisse auf der Insel finden sich in dem Stück wieder. Ich hoffe, dass es wenigstens einen kleinen Teil dessen erreicht, was ihre Bemühungen für Öcalan und seine Freiheit bewirkt haben«

»Die Zelle ohne Nacht« wurde im Rahmen des Programms »Neue Dramaturgien« (Nuevas Dramaturgias / Antzerkiginzta Berriak) entwickelt und ausgewählt, das von den drei Stadttheatern der baskischen Städte Bilbao, San Sebastian (Donostia) und Vitoria-Gasteiz organisiert wird. Das Stück ist eine Koproduktion zwischen diesen drei Theatern, Antzerkiz und dem Kulturministerium von Costa Rica, wo es im vergangenen Juli in der Hauptstadt San José uraufgeführt wurde. Für März 2023 steht eine Tournee durch das Baskenland in Spanien an. Das Kreativteam besteht aus den baskischen und costa-ricanischen Talenten Mireia Gabilondo (Regie), Fernando Bernués (Bühnenbild und Kostüme), David Bernués (Lichttechnik und audiovisuelle Medien) und den Schauspieler:innen Andrés Montero, Noelia Campos und Roberto Bautista, der Regieassistentin Natalia Regidor, dem Tonregisseur Daniel Alarcón und dem Produktionsteam aus Rafael Ávalos, Sally Molina und Arlette Arroyo aus Costa Rica. ♦

Wo ist das Stück zu sehen?

»Die Zelle ohne Nacht« soll an so vielen Orten wie möglich aufgeführt werden.
Die bisher bestätigten Termine sind:

- ✯ San Sebastian: 11. und 12. März 2023
- ✯ Bilbao: 15. März 2023
- ✯ Vitoria: 17. März 2023

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint
regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Nahezu täglich sterben Menschen durch die anhaltenden Angriffe der Türkei gegen Rojava
Foto: ANHA

Rückseite:
30 Jahre kurdisches Kulturfestival

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

30 Jahre internationales kurdisches Kulturfestival

In diesem Jahr feiert das Internationale Kurdische Kulturfestival seinen 30. Geburtstag unter dem Motto »Kurdistan gegen die türkische Besatzung verteidigen – Freiheit für Öcalan«. Zu der großen Feier am 17. September im niederländischen Landgraaf laden der Demokratische Rat der Kurdinnen und Kurden in den Niederlanden (DEM-NED) und die Kommission für Auslandsbeziehungen des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) ein.

Bername
Organizer DEM NED
• Dîwana Dengbêjan
• Axaftvanên ji Kurdistan û Ewropayê
• Koma Rojava
• Koma Şengal (Stranên Ezîdxanê)
• Ma Music
• Koma Soran (Stranên ji Başûr û Rojhilatê Kurdistanê)
• Govend
• Muzîka Rêya Heq

Begonnen hatte die Geschichte dieses großen Friedens- und Kulturfestivals 1992 im Ruhrstadion in Bochum. Die Orte der jährlich stattfindenden Feier wechselten in der langen Geschichte – mal nach Deutschland ins Kölner Fußballstation, nach Schalke oder auf die Trabrennbahn in Gelsenkirchen. Und immer wieder auch wie in diesem Jahr in die Niederlande. Aber egal, wohin die Organisator:innen aufgerufen haben, es kamen immer zigtausende Menschen, die mit großer Begeisterung in all ihren Farben das Festival bereicherten.

Mit dem internationalen kurdischen Kulturfestival feiert die kurdische Gemeinschaft ihre Identität nun seit 30 Jahren und bringt die Vielfalt aller Aspekte der kurdischen Kultur zum Ausdruck, einschließlich Literatur, Musik, Theater und Küche. An Hunderten von Informations- und Verkaufsständen können die Besucher:innen Bücher und Zeitschriften über Kurdistan, traditionelle Kleidung und andere kulturelle Artikel erwerben. Vertreter:innen verschiedener Religionsgemeinschaften, Journalist:innen und Schriftsteller:innen, die ihre Werke vorstellen, sind ebenfalls fester Bestandteil des Festivals. Außerdem erhalten Frauenbewegungen aus Kurdistan und anderen Ländern einen eigenen Raum, und auch für Kinder gibt es ein spezielles Programm. Auf der Hauptbühne des Festivals treten kurdische und internationale Künstler:innen auf, und es werden Reden und Unterstützungsbekundungen von kurdischen und internationalen Politiker:innen gehalten. »Wir freuen uns darauf, auch in diesem Jahr wieder zusammenzukommen, um das Internationale Kurdische Kulturfestival zu feiern«, so die Organisator:innen »und wünschen allen ein schönes Fest«.

30.

FESTÎVALA

Çand û Huner a Navnetewî ya Kurd

17.09.2022 / Saet: 10.00



Hofstraat 13, 6372 XC Landgraaf, Hollanda

ISSN 0935-5375